



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y6432A

1973

Montag, den 27. August 1973

Nr. 35

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei
 Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 7. 1973 bis 13. 8. 1973 1545

Der Hessische Minister des Innern
 Gewährung von Beihilfen an andere Personen zu Aufwendungen in Todesfällen 1546

Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II vom 11. 7. 1966 i. d. F. der Änderungstarifverträge Nr. 1 bis 6 und des § 4 des Änderungstarifvertrages Nr. 18 zum MTL II; hier: Tarifvertrag über das Wiederinkraftsetzen vom 7. 6. 1973 1546

Anschlußtarifverträge 1548

Bekanntgabe von Anschlußtarifverträgen 1549

§ 37 Abs. 2 Unterabs. 3 BAT i. d. F. des § 1 Nr. 4 des Neunundzwanzigsten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltenarbeitsvertrages vom 29. 11. 1973 1549

Durchführung von Enteignungsverfahren nach der Ersten Wasserverbändeordnung vom 3. 9. 1937 1549

Gemeinsamer Erlaß betr. Wirtschaftsplan des Investitionsfonds für das Haushaltsjahr 1973 1549

Anerkannte Sachverständige einer technischen Organisation oder Stelle nach § 23 Abs. 2 GhVO 1549

Vorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und der Gemeindeverbände; hier: Berichtigung 1550

Bauleitplanung; hier: Berücksichtigung des Schallschutzes im Städtebau a) Vornorm DIN 18 005 Bl. 1 b) Richtlinien „Schallschutz im Städtebau — Hinweise für die Planung“ 1550

Richtlinien zur Untersuchung der Baugrundstücke auf Bombenblindgänger 1550

Der Hessische Minister der Finanzen
 Auszeichnung vorbildlicher Bauten im Lande Hessen 1973 1551

Der Hessische Kultusminister
 Satzung des Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach 1551

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 Anstriche und Tapezierungen in Diensträumen, Dienstwohnungen und Mietwohnungen 1553

Schiffsbeleihungsgrundsätze für Sparkassen 1553

Merkblätter für das vermessungstechnische Rechnen (Automata) — Katastervermessungen 1555

Der Hessische Sozialminister
 Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1769/72 der Kommission vom 26. 7. 1972 zur Ausstellung von Begleitdokumenten und zur Festlegung der Pflichten der Erzeuger und Händler außer Einzelhändlern in der Weinwirtschaft 1555

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
 Auftrag über die Erstellung der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite — Stufe — Groß-Gerau — Darmstadt 1556

Verwaltung hessischer Grundstücke und Fähren am Rhein, Main, Neckar und an der Lahn — StAnz. 1973 S. 1173 1556

Flurbereinigung Dudenhofen, Krs. Offenbach 1556

Flurbereinigung Boöckenrod, Odenwaldkreis 1557

Personalmeldungen
 Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1558

Im Bereich des Hessischen Kultusministers 1558

Regierungspräsident
 DARMSTADT
 Auflösung des Krankenunterstützungsvereins Urberach, Krs. Dieburg 1565

Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln 1565

Buchbesprechungen 1565

Öffentlicher Anzeiger
 I. Nachtragshaushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel für das Rechnungsjahr 1972 1572

Öffentliche Auslegung der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1973 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1974 des kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel 1572

Die 8. Folge 1973 der monatlich erscheinenden Beilage

» Rechtsprechung der Hessischen Verwaltungsgerichte «

Ist dieser Ausgabe des Staats-Anzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.

Seite 1545

1089

Der Hessische Ministerpräsident

Veröffentlichung des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 7. 1973 bis 13. 8. 1973

Preis DM

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 58 Neue Folge

Handels- und Gaststättenzählung 1968

Statistische Berichte

C II 2 — m 7/73 (erscheint nur für Mai bis Oktober)
 Ernteschätzung über Gemüse und Erdbeeren auf dem Freiland im Juli 1973

Preis DM

5,—

—,50

C II 3 — m 7/73 (erscheint nur für Mai bis Oktober)
 Ernteberichterstattung über Obst in Hessen im Juli 1973 —,50

C III 3 — m 6/73
 Milcherzeugung und -verwendung in Hessen im Juni 1973 (30 Tage) —,50

E I 1 — m 6/73 (Vorl. Ergebn.)
 Die Industrie in Hessen im Juni 1973 und im 1. Halbjahr 1973 (Vorläufige Ergebnisse) 1,—

G III 1 — j/72 (mit festem Einband)
 Die hessische Ausfuhr 1972 3,—

G III 1 — m 5/73
 Die Ausfuhr Hessens im Mai 1973 (Vorläufige Zahlen) 1,—

	Preis DM		Preis DM
G III 3 — m 5/73 Die Einfuhr nach Hessen im Mai 1973 (Vorläufige Zahlen)	1,—	H II 1 — m 6/73 Binnenschifffahrt in Hessen im Juni 1973	1,—
G IV 1 — m 4/73 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im April 1973	—,50	L II 7 — j/72 (fr. L I 3) Die Realsteuerhebesätze in den Gemeinden Hessens 1972	1,50
G IV 1 — hj 2/72 Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Winterhalbjahr 1972/73 (Gebietsstand am 31. Juli 1972)	1,50	L III 1 — j/72 (fr. L I 4) Die Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Hessen am 31. Dezember 1972	—,50
HI 1 — m 5/73 Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Mai 1973 (Gebietsstand am 1. August 1972)	1,—	MI 1 — m 6/73 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Juni 1973	1,50
HI 4 — m 5/73 Der Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im Mai 1973	—,50	Wiesbaden, 13. 8. 1973	

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 231 — 77 a 241/73

StAnz. 35/1973 S. 1545

1084

Der Hessische Minister des Innern

Gewährung von Beihilfen an andere Personen zu Aufwendungen in Todesfällen

Nach § 15 Abs. 2 HBeihVO können Beihilfen zu den beihilfefähigen Aufwendungen, die einem verstorbenen Beihilfeberechtigten entstanden waren oder die aus Anlaß seines Todes entstanden sind, auch an andere Personen gewährt werden, wenn der Verstorbene weder einen Ehegatten noch Kinder hinterläßt. Beihilfen an andere Personen können jedoch nur gewährt werden, soweit sie durch beihilfefähige Aufwendungen belastet sind, die beihilfefähigen Aufwendungen mithin nicht aus dem Sterbegeld und dem Nachlaß bestritten werden können.

Es häufen sich die Fälle, in denen Altenheime, Pflegeanstalten und vergleichbare Einrichtungen, sowie Religionsgesellschaften, Stiftungen und andere juristische Personen nach dem Ableben alleinstehender Bediensteter Anträge auf Gewährung von Beihilfen zu den Kosten der Unterbringung, der letzten Krankheit und der Bestattung stellen, da die verauslagten Kosten von dritter Seite nicht erstattet werden und aus dem Sterbegeld und dem Nachlaß nicht beglichen werden können.

Ich habe keine Bedenken, daß auch die genannten Einrichtungen und juristischen Personen als „andere Personen“ angesehen und ihnen nach Maßgabe des § 15 Abs. 2 HBeihVO Beihilfen gewährt werden.

Wiesbaden, 7. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern
I B 23 — P 1820 A — 198
StAnz. 35/1973 S. 1546

1085

Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II vom 11. Juli 1966 i. d. F. der Änderungstarifverträge Nr. 1 bis 5 und des § 4 des Änderungstarifvertrages Nr. 18 zum MTL II;

hier: Tarifvertrag über das Wiederinkraftsetzen vom 7. Juni 1973

Bezug: Bekanntmachungen vom 29. Juli 1966 (StAnz. S. 1067, 1135, 1189, 1424), 31. Mai 1967 (StAnz. S. 710), 10. November 1967 (StAnz. S. 1482), 16. Januar 1969 (StAnz. S. 173), 2. September 1970 (StAnz. S. 1832), 24. Juni 1971 (StAnz. S. 1115) und 10. August 1972 (StAnz. S. 1519 und 2050)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft ÖTV haben — unbeschadet der über die gewerkschaftlichen Forderungen fortzuführenden Verhandlungen — mit dem nachstehenden Tarifvertrag vom 7. Juni 1973 den zum 30. September 1972 gekündigten Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II i. d. F. der obengenannten Änderungstarifverträge am 1. Juli 1973 wieder in Kraft gesetzt. Damit hat die Nachwirkung des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum MTL II (vgl. § 4 Abs. 5 Tarifvertragsgesetz) am 30. Juni 1973 geendet.

Im übrigen sind mit dem nachstehenden Tarifvertrag gleichzeitig Richtlinien für verwaltungseigene Prüfungen der Eichhelfer und Tätigkeitsmerkmale für die Eichhelfer vereinbart worden, die die verwaltungseigene Prüfung mit Erfolg abgelegt haben. Einzelheiten zur Durchführung von verwaltungseigenen Prüfungen der Eichhelfer werde ich in Kürze noch bekanntgeben.

Das in Nr. 2 Buchst. e des Tarifvertrages aufgeführte neue Tätigkeitsmerkmal ist für Hessen ohne Bedeutung.

Diese Bekanntmachung geht den obersten Dienstbehörden und den mir nachgeordneten Dienststellen nicht gesondert zu.

Wiesbaden, 1. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern

P 2204 A — 65/6 —

I B 42 — P 2204 A — 60

StAnz. 35/1973 S. 1546

*

Tarifvertrag vom 7. Juni 1973 über das Wiederinkraftsetzen des Tarifvertrages über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — andererseits, wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

Einziger Paragraph

Der Tarifvertrag über das Lohngruppenverzeichnis zum Manteltarifvertrag für Arbeiter der Länder vom 11. Juli 1966, zuletzt geändert durch den Änderungstarifvertrag Nr. 5 vom 7. Juni 1972, wird mit den nachstehenden Änderungen und Ergänzungen vom 1. Juli 1973 an wieder in Kraft gesetzt:

1. § 7 Abs. 2 erhält die folgende Fassung:

„(2) Er kann jederzeit schriftlich gekündigt werden.“
2. Die Anlage I wird wie folgt geändert und ergänzt:
 - a) In der Lohngruppe IV erhält im Abschnitt „Dazu:“ Unterabschnitt „In der Eichverwaltung“ das Tätigkeitsmerkmal
„Eichhelfer ohne einschlägige Handwerker- oder Facharbeiterausbildung, soweit nicht in die Lohngruppe V oder VI eingereicht“
die folgende Fassung:
„Eichhelfer
a) ohne einschlägige Handwerker- oder Facharbeiterausbildung,
b) ohne verwaltungseigene Prüfung, soweit nicht in die Lohngruppe V oder VI eingereicht.“
 - b) In der Lohngruppe V erhält im Abschnitt „Ferner:“ Unterabschnitt „In der Eichverwaltung“ das Tätigkeitsmerkmal

„Eichhelfer ohne einschlägige Handwerker- oder Facharbeiterausbildung nach dreijähriger Bewährung als solche in der Lohngruppe IV“

die folgende Fassung:

„Eichhelfer

a) ohne einschlägige Handwerker- oder Facharbeiterausbildung,

b) ohne verwaltungseigene Prüfung

nach dreijähriger Bewährung als solche in der Lohngruppe IV“.

- c) In der Lohngruppe VI erhält im Abschnitt „Dazu:“ Unterabschnitt „In der Eichverwaltung“ das Tätigkeitsmerkmal „Eichhelfer“) mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung, soweit nicht in die Lohngruppe VII eingereiht“

die folgende Fassung:

„Eichhelfer*)

a) mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung,

b) mit verwaltungseigener Prüfung,

soweit nicht in die Lohngruppe VII eingereiht“.

- d) In der Lohngruppe VII werden im Abschnitt „Dazu:“ Unterabschnitt „In der Eichverwaltung“ das Tätigkeitsmerkmal

„Eichhelfer*) mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung nach dreijähriger Bewährung als solche in der Lohngruppe VI“

durch das Tätigkeitsmerkmal

„Eichhelfer*)

a) mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung,

b) mit verwaltungseigener Prüfung

nach dreijähriger Bewährung als solche in der Lohngruppe nach VI“

ersetzt und nach dem Tätigkeitsmerkmal

„Eichhelfer*) mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung, die hochwertige Arbeiten verrichten, soweit nicht in die Lohngruppe VII a eingereiht“

das folgende Tätigkeitsmerkmal

„Eichhelfer*) mit verwaltungseigener Prüfung, die hochwertige Arbeiten verrichten“ eingefügt.

- e) In der Lohngruppe IX Abschnitt „Dazu in den Ländern“:“ Unterabschnitt „Bremen — Beim Hansestadt Bremischen Amt Bremerhaven“ wird vor dem Tätigkeitsmerkmal

„Fernmeldemechaniker mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung (z. B. Elektromechaniker, Elektroinstallateure, Mechaniker), die besonders schwierige Instandsetzungsarbeiten an elektrisch und mechanisch komplizierten Funk- oder sonstigen Spezialgeräten ausführen, wobei sie Fehler durch eigene hochfrequenztechnische oder gleich schwierige Messungen selbst eingrenzen“

das Tätigkeitsmerkmal

„Elektriker mit einschlägiger Handwerker- oder Facharbeiterausbildung, die besonders schwierige Instandsetzungsarbeiten an elektrisch und mechanisch komplizierten Regelanlagen (z. B. Rundsteuerempfänger und Fernsteueranlagen) ausführen, wobei sie Fehler durch eigene hochfrequenztechnische oder gleich schwierige Messungen selbst eingrenzen“ eingefügt.

3. Die Anlage 2 wird wie folgt geändert und ergänzt:

- a) Es wird der folgende Abschnitt VI eingefügt:

„VI. Verwaltungseigene Prüfungen der Eichhelfer

Nr. 1 Allgemeines

(1) Diese Richtlinien gelten für verwaltungseigene Prüfungen der Eichhelfer nach Lohngruppe VI Nr. 4.

(2) Der Eichhelfer muß sich in einer mindestens dreijährigen Eichhelfertätigkeit im Dienste eines Eichamts bewährt und das 21. Lebensjahr vollendet haben. Gleichwertige Tätigkeiten bei einem anderen Eichamt sollen anerkannt werden.

Nr. 2 Zulassungsantrag

Der Eichhelfer hat einen schriftlichen Antrag auf Zulassung zur Prüfung bei der für ihn zuständigen Dienststelle einzureichen. Die Dienststelle entscheidet über die Zulassung.

Protokollnotiz:

Dem Antrag soll stattgegeben werden, wenn es sich um einen Eichhelfer handelt, der in Zukunft voraussichtlich überwiegend mit Arbeiten beschäftigt wird, für deren Ausführung die Fähigkeiten nach Nr. 4 Abs. 1 erforderlich ist.

Nr. 3 Prüfungsausschuß

(1) Die Prüfung ist vor einem Prüfungsausschuß abzugeben.

(2) Der Ausschuß setzt sich zusammen aus:

- einem Beamten des eichtechnischen Dienstes oder einem eichtechnischen Angestellten als Vorsitzenden;
- einem Beamten des eichtechnischen Dienstes oder einem eichtechnischen Angestellten als Beisitzer.
- einem geprüften Eichhelfer oder einem Beamten des einfachen Dienstes als Beisitzer.

Nr. 4 Prüfungsanforderungen

(1) Die Prüfung hat den Nachweis zu erbringen, daß der Eichhelfer die in seinem Beruf gebräuchlichen Handgriffe und Tätigkeiten auch unter schwierigen Bedingungen mit genügender Sicherheit und Genauigkeit ausübt und die notwendigen Fachkenntnisse besitzt.

Hierzu gehören insbesondere:

- Warten der Nacheich-Reiseausrüstung;
- Prüfen, Berichtigen und Stempeln von Handelsgewichten;
- Prüfen und Stempeln von Handelsmaßen (Maßstäben und Meßbändern), Flüssigkeitsmaßen und Fässern;
- Pflegen und Berichtigen von Handelsnormalgewichten;
- vorschriftmäßiges Aufstellen und Tarieren von Tafel-Laufgewichts- und Neigungswaagen;
- Unterstützung des Beamten bei der Eichung von Durchflußzählern;
- Unterstützung des Beamten bei der Abfertigung an örtlichen Eichtagen;
- Unterstützung bei der Vermessung von Lagerbehältern;
- Führen und Warten von Dienstkraftwagen.

(2) Die Prüfung besteht aus einem praktischen und einem mündlichen Teil, wobei das Hauptgewicht auf den praktischen Teil zu legen ist.

(3) Die praktische Prüfung besteht in der Mithilfe bei Eichungen, in der der Eichhelfer sein praktisches Können bei den in Absatz 1 bezeichneten Tätigkeiten nachzuweisen hat.

(4) In der mündlichen Prüfung hat der Eichhelfer seine Fachkenntnisse auch auf folgenden Gebieten nachzuweisen:

- Allgemeine Kenntnisse der meßtechnischen Grundbegriffe;
- Pflege der Gebrauchsnormale und Prüfungshilfsmittel;
- allgemeine Kenntnisse über Funktion, Ausführung und Aufstellung von Waagen;
- Fehlergrenzen für die Neu- und Nacheichung von Handelsgewichten sowie von Handelsmaßen (Maßstäben und Meßbändern) und Flüssigkeitsmaßen;
- vorschriftmäßige Beschaffenheit von Handelsgewichten;
- Verhaltensmaßnahmen bei Arbeiten mit Blei;
- Aufgaben der Eichverwaltung.

Die bei der praktischen Prüfung gestellten Fragen können als Teil der mündlichen Prüfung angesehen werden.

(5) Der praktische Teil der Prüfung soll etwa drei Stunden, der mündliche Teil der Prüfung etwa eine halbe Stunde dauern.

Nr. 5 Weitere Vorschriften

Abschnitt I Nr. 5 (Prüfung), Nr. 6 (Wiederholung der Prüfung), Nr. 7 (Prüfungsgebühren), Nr. 8 (Lohnfortzahlung), Nr. 9 (Reisekosten) und Nr. 10 (Anerkennung von verwaltungseigenen Prüfungen) findet entsprechende Anwendung.“

b) Der bisherige Abschnitt VI wird Abschnitt VII.

Bonn, 7. 6. 1973

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Der Vorsitzende des Vorstandes

gez. Unterschrift

Für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste,

Transport und Verkehr — Hauptvorstand

gez. Unterschriften

1086

Anschlußtarifverträge

I.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages vom 28. Januar 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für medizinische Hilfsberufe (StAnz. S. 268),

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages vom 17. Dezember 1970 über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikanten (Praktikantinnen) für Berufe des Sozial- und des Erziehungsdienstes (StAnz. S. 268),

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Lernschwestern und Lernpfleger vom 1. Januar 1967 (StAnz. S. 269),

Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 zur Änderung des Tarifvertrages zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Schülerinnen und Schüler in der Krankenpflegehilfe vom 1. Januar 1967 (StAnz. S. 269) mit

- a) dem Verband der weiblichen Angestellten,
- b) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
- c) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
- d) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund

jeweils am 11. Juli 1972,

2. zum Siebenundzwanzigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des BAT vom 23. Februar 1972 (StAnz. S. 858) mit

- a) dem Verband der weiblichen Angestellten,
- b) dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen,
- c) dem Berufsverband der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen,
- d) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- e) der Gewerkschaft der Polizei,
- f) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
- g) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
- h) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
- i) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft

jeweils am 20. September 1972,

3. zum Fünften Änderungstarifvertrag vom 25. Mai 1972 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966 (StAnz. S. 1261) mit

- a) der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
 - b) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - c) der Gewerkschaft der Polizei,
 - d) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - e) dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen,
 - f) dem Berufsverband der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen,
 - g) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
 - h) dem Marburger Bund,
 - i) dem Verband der weiblichen Angestellten
- jeweils am 1. Juni 1973,

4. zum Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in technischen Berufen) vom 15. Juni 1972 (StAnz. S. 1298) mit

- a) der Gewerkschaft der Polizei,
 - b) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst,
 - d) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - e) dem Verband der weiblichen Angestellten,
 - f) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- jeweils am 1. Juni 1973

5. zum Änderungstarifvertrag Nr. 1 vom 15. Juni 1972 zum Tarifvertrag über Zulagen an technische Angestellte vom 8. Juli 1970 (StAnz. S. 1330) mit

- a) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 1. Juni 1973,
- b) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 1. Juni 1973,
- c) dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst am 30. Mai 1973,
- d) dem Verband der weiblichen Angestellten am 30. Mai 1973,
- e) der Gewerkschaft der Polizei am 30. Mai 1973.

II.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben zum Tarifvertrag vom 29. November 1972 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. November 1964 (StAnz. 1973 S. 182) am 27. Juni 1973 je einen Anschlußtarifvertrag mit

- a) der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - b) der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - c) der Gewerkschaft der Polizei
- vereinbart.

III.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der in den Abschnitten I und II im einzelnen aufgeführten Tarifverträge sehe ich ab. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 6. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern

I B 43 — P 2048 A — 4

StAnz. 35/1973 S. 1548

1087

Bekanntgabe von Anschlußtarifverträgen

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 17. April 1973 (StAnz. S. 813)

In Abschn. III der o. a. Bekanntmachung muß das Datum des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b zum BAT) nicht „19. Juni 1972“, sondern „9. Juni 1972“ heißen.

Ich bitte um handschriftliche Berichtigung.

Wiesbaden, 13. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern
I B 44 — P 2048 A — 34
StAnz. 35/1973 S. 1549

1088

§ 37 Abs. 2 Unterabs. 3 BAT i. d. F. des § 1 Nr. 4 des Neun- und zwanzigsten Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 29. November 1972

Bezug: Mein Rundschreiben vom 3. Juli 1973 (StAnz. S. 1316)

In dem o. a. Rundschreiben muß der zweite Satz richtig lauten:

„Bei dem neuen Unterabsatz 3 handelt es sich um einen besonderen Anspruchstatbestand, auf den die Vorschriften des Unterabsatzes 4 Buchst. b (bisher Unterabsatz 3 Buchst. b) nicht anwendbar sind.“

Ich bitte um handschriftliche Ergänzung.

Wiesbaden, 1. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern
I B 41 — P 2162 A — 9
StAnz. 35/1973 S. 1549

1089

Durchführung von Enteignungsverfahren nach der Ersten Wasserverbandverordnung (WVO) vom 3. September 1937 (RGBl. I S. 933)

Bezug: Erlaß vom 13. 3. 1970 (StAnz. S. 1094)

Nachdem das am 1. Mai 1973 in Kraft getretene Hessische Enteignungsgesetz (HEG) vom 4. April 1973 (GVBl. I S. 107) das Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. RegBl. S. 193), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Mai 1970 (GVBl. I S. 299), und das Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Juli 1922 (PrGS S. 211), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Mai 1970 (GVBl. I S. 299), für die nach Inkrafttreten des HEG anhängig gewordenen Enteignungsverfahren aufgehoben hat und das neue (allgemeine) Enteignungsrecht die Anordnung eines vereinfachten Enteignungsverfahrens nicht mehr vorsieht, sind Satz 2 der Einleitung und Abschnitt II des Bezugs-erlasses gegenstandslos geworden. Sie werden hiermit gestrichen.

Wiesbaden, 15. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern
II 3 — 7995 — 1/73 — 1
StAnz. 35/1973 S. 1549

1090

Wirtschaftsplan des Investitionsfonds für das Haushaltsjahr 1973

Gemeinsamer Erlaß

Gemäß § 19 Nr. 2 des Investitionsfondsgesetzes vom 15. Juli 1970 — InvFondsG — (GVBl. I S. 403) und gemäß Nr. 1 der Ausführungsbestimmungen zum Investitionsfondsgesetz vom 20. 1. 1972 (StAnz. S. 216) wird für das Haushaltsjahr 1973 folgendes bestimmt:

1. Verfügbare Mittel

Nach dem Wirtschaftsplan des Hessischen Investitionsfonds — Beilage VI zu Einzelplan 17 Landeshaushaltsplan 1973 — sind für das Haushaltsjahr 1973 veranschlagt:

Kap. Titel	Zweckbestimmung	Betrag für 1973 DM
In Abteilung A		
Einnahmen		
173 01	Darlehensrückflüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden	22 282 000
329 00	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen	125 000 000
332 01	Zuführung aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (75 v. H.)	90 000 000
381 01	Zuführung aus Abteilung B des Investitionsfonds	10 000 000
		Gesamteinnahmen: 247 282 000

Ausgaben		
538 01	Verwaltungsgebühr der TreuhänderIn	215 000
572 00	Zinsen für Kreditmarktmittel	16 554 000
592 00	Tilgungen für Kreditmarktmittel	15 336 000
853 01/06	Förderung von Schulbaumaßnahmen	178 700 000
961 00	Abdeckung von Rechnungsfehlbeträgen aus 1971	36 477 000
		Gesamtausgaben: 247 282 000

In Abteilung B		
Einnahmen		
162 02	Zinsen aus angelegten Fondsbeständen der Abteilung B	800 000
253 01	Ansparleistungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	8 925 000
332 03	Zuführung aus Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs (25 v. H.)	39 000 000
		Gesamteinnahmen: 39 725 000

Ausgaben		
919 01	Zuführung an Rücklage der Abteilung B	29 725 000
981 02	Zuführung an Abteilung A	10 000 000
		Gesamtausgaben: 39 725 000

2. Anspardarlehen (Abteilung B)

2.1 Verwendungszweck		
Das Kontingent an Verpflichtungsermächtigungen soll bei den einzelnen Maßnahmen wie folgt eingesetzt werden:		
Verwaltungsgebäude		12 500 000 DM
Stadtsanierungen		12 500 000 DM
Kommunale Kindertagesstätten		7 500 000 DM
Kommunale Alteneinrichtungen		7 500 000 DM
Kommunale Sport- und Schwimmanlagen		5 000 000 DM
		45 000 000 DM

Wiesbaden, 17. 7. 1973

Der Hessische Minister der Finanzen
LG 40 301 — III B 43

Der Hessische Minister des Innern
IV B 14 — 33 b 02 — 01
StAnz. 35/1973 S. 1549

1091

Anerkannte Sachverständige einer technischen Organisation oder Stelle nach § 23 Abs. 2 GhVO

Nach § 23 Abs. 2 der Geschäftshausverordnung (GhVO) vom 4. Juni 1973 (GVBl. I S. 185) hat der Inhaber einer Verkaufsstätte, deren Verkaufsräume eine Nutzfläche von mehr als 2 000 qm haben, die Lüftungstechnischen Anlagen nach § 15 GhVO und die elektrischen Starkstromanlagen einschließlich der Sicherheitsbeleuchtung vor der ersten Inbetriebnahme, vor Inbetriebnahme nach einer wesentlichen Änderung und alle zwei Jahre wiederholt durch das Technische Überwachungsamt oder durch vom Minister des Innern anerkannte Sachverständige einer technischen Organisation oder Stelle prüfen zu lassen.

Anerkannt für diese Prüfungen werden hiermit die Sachverständigen des Technischen Überwachungs-Vereins Hessen e. V. Frankfurt am Main.

Wiesbaden, 23. 7. 1973

Der Hessische Minister des Innern
V A 4 — 64 c 10 — 1/73

StAnz. 35/1973 S. 1549

1092

Vorschriften über die Gliederung und die Gruppierung der Haushaltspläne der Gemeinden und der Gemeindeverbände;
hier: Berichtigung

Bezug: Erlaß des HMdI vom 13. 7. 1973 (StAnz. S. 1347)

In dem o. a. Erlaß muß es
in Abschn. II Ziff. 5.5

Nr. 2 in der 2. Zeile (StAnz. S. 1348) statt
Gesamtgemeinden richtig **Samtgemeinden**;

Nr. 3 Abs. 2 in der 2. Zeile (StAnz. S. 1349) statt Sparkassen-
verbände richtig **Sparkassenzweckverbände** heißen;

in Abs. 3 in der 10. Zeile ist die runde Klammer vor
„gem.“ zu streichen, und in der 11. Zeile sind die eckigen
Klammern der Fundstelle durch runde zu ersetzen;

in Anlage 1 muß es

in UA 442 unter Aufgabenbereiche in der 2. Zeile (StAnz.
S. 1358) statt § 27 v richtig § 27 c BVG;

in UA 444 statt überörtliche Träger richtig überörtlicher
Träger;

nach UA 446 statt 447 richtig **448** heißen;

in UA (613) unter Aufgabenbereiche (StAnz. S. 1361) ist
die Überschrift **Bauordnung** zu ergänzen;

in UA (913) unter Aufgabenbereiche in der 3. Zeile (StAnz.
S. 1363) ist das Wort Muster-Entwurf zu
streichen;

in Anlage 2 muß es

nach UA 022 (StAnz. S. 1363) statt 024 richtig 023;

in UA 024 Zuschlag zur Grunderwerbsteuer unter Hin-
weise statt Zuweisungen richtig **Zuweisung**
heißen;

in UGr 161 unter Einnahmearten in der vorletzten Zeile
(StAnz. S. 1365) ist hinter § 35 Abs. 2 **SchVG**
einzufügen;

in UGr 171 unter Einnahmearten in der letzten Zeile
(StAnz. S. 1366) muß es statt § 50 richtig § 30
FAG heißen;

es muß

ab HGr 4 (StAnz. S. 1367 — 1376) in der Kopfleiste je-
weils fortlaufend statt Einnahmearten richtig
Ausgabearten;

in UGr 410 unter Ausgabearten in der 3. Zeile (StAnz.
S. 1368) statt Zulage richtig **Zulagen** heißen;

in Gr 50 unter Hinweise (StAnz. S. 1369) ist die Zahl 2.
bei s. Nr. 4.1 zu streichen und dafür vor den
nächsten Hinweis „Zur Abgrenzung ...“ zu
setzen;

es muß

in Gr 57—63 unter Ausgabearten bei Lernmittel (StAnz.
S. 1371) statt Schulbücherei richtig **Schüler-
bücherei**;

nach UGr 661 (StAnz. S. 1372) vor dem Wort Sonstige **662**;

in UGr 711 unter Ausgabearten in der 3. Zeile (StAnz.
S. 1373) statt Personal- richtig **Personalkosten**
heißen;

in StAnz. S. 1374 rechte Spalte muß die Kopf-
leiste wie folgt lauten:

HGR GR UGr*) Ausgabearten Hinweise;
es muß

in Gr 78 unter Ausgabearten in der viertletzten Zeile
(StAnz. S. 1374) statt über richtig **für**;

in Gr 97 unter Ausgabearten in der Gruppenüberschrift
(StAnz. S. 1375) statt Rückzahlung und innere
Darlehen richtig **Rückzahlung von inneren
Darlehen** heißen.

Die Redaktion
StAnz. 35/1973 S. 1550

1093

Bauleitplanung;

hier: Berücksichtigung des Schallschutzes im Städtebau
a) Vornorm DIN 18 005 Bl. 1
b) Richtlinien „Schallschutz im Städtebau — Hin-
weise für die Planung“

Bezug: Erlaß des HMdI vom 20. 6. 1973 (StAnz. S. 1317)

In dem o. a. Erlaß muß die Fundstelle im 2. Absatz, 7. Zeile
statt (StAnz. S. 1217) richtig heißen:
(StAnz. S. 1317).

Die Redaktion
StAnz. 35/1973 S. 1550

1094

**Richtlinien zur Untersuchung der Baugrundstücke auf Bom-
benblindgänger**

Bezug: Meine Bekanntmachung vom 1. Juli 1970 (StAnz.
S. 1480) — Mein Erlaß vom 22. Februar 1971 (StAnz.
S. 451) — Mein Erlaß vom 28. 5. 1973 — V A 4 —
64 a 02/07 — 23/73 — (n. v.)

Zur Zeit werden Vorbereitungen getroffen, um die Unter-
suchungen auf Bombenblindgänger zu vereinfachen und auf
Grund neuerdings vorliegender und aufbereiteter Unterlagen
gezielt durchzuführen.

Im Hinblick hierauf ist es nicht mehr angebracht, größere
Bereiche, die für ein Siedlungsvorhaben zur Bebauung an-
stehen, zusammenhängend zu untersuchen. Vielmehr sollen
sich die Untersuchungen auch insoweit auf die Grundstücke
beschränken, zu deren Bebauung ein Bauantrag gestellt ist.

Ferner erscheint es nicht mehr geboten, alle Grundstücke
eines Bombenabwurfgebietes, für die ein Bauantrag vorliegt,
der Untersuchung zu unterwerfen. Es muß der Sprengaktion
Hessen überlassen bleiben zu bestimmen, für welche Grund-
stücke sie nach ihren Unterlagen eine Untersuchung für er-
forderlich hält.

Ich ändere daher meine unter dem 1. Juli 1970 (StAnz. S. 1480)
neu bekanntgemachten Richtlinien zur Untersuchung der
Baugrundstücke auf Bombenblindgänger wie folgt:

1. Nr. 3.3 wird durch folgende Nr. 3.3 und 3.4 ersetzt:

„3.3 Eine Untersuchung ist entbehrlich, wenn nach vorhan-
denen Unterlagen der Sprengaktion Hessen mit gro-
ßer Wahrscheinlichkeit nicht mit einem Bombenblind-
gänger zu rechnen ist.

3.4 Mit Eisen verseuchte Grundstücke (z. B. kriegszerstörte
Grundstücke, ehemalige Schuttabladeplätze, Kleingar-
tengebiete) können erst nach Abräumen der Oberfläche
oder nach Ausheben der Baugrube untersucht werden,
sofern nicht die Verseuchung der nicht abgeräumten
oder ausgehobenen Nachbarbereiche eine Untersuchung
gemäß Nr. 3.2 Buchst. a ausschließt. Die Bauaufsichts-
behörden haben in diesen Fällen durch Auflage im
Bauschein bzw. Teilbaubescheid die Bauherren zu
veranlassen, der Sprengaktion Hessen die voraussicht-
liche Beendigung der Abräumarbeiten oder des Bau-
grubenaushubes mindestens drei Tage vorher schrift-
lich oder fernmündlich anzuzeigen. In der Auflage ist
festzustellen, daß die Bauarbeiten fortgesetzt werden
können, wenn nicht innerhalb einer Woche nach Er-
teilung der Anzeige eine Untersuchung stattgefunden
hat oder von der Sprengaktion Hessen angekündigt
worden ist.“

2. Nr. 4.1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.2 und 3.3 ent-
fällt die Meldepflicht.“

3. Nr. 4.6 wird aufgehoben.

Mein Erlaß vom 22. Februar 1971 (StAnz. S. 451) bleibt mit
der Maßgabe aufrechterhalten, daß die in Nr. 3 Satz 3 ge-
nannte „Nr. 3.3“ durch „Nr. 3.4“ zu ersetzen ist.

Sobald die obengenannten Vorbereitungen für vereinfachte
und gezielte Untersuchungen abgeschlossen sind, werden die
Richtlinien neu gefaßt oder durch andersartige Regelungen
abgelöst.

Wiesbaden, 8. 8. 1973

Der Hessische Minister des Innern
V A 4 — 64 a 02/07 — 23/73
StAnz. 35/1973 S. 1550

1095

Der Hessische Minister der Finanzen

Auszeichnung vorbildlicher Bauten im Lande Hessen 1973

Der Hessische Minister der Finanzen verleiht im Zusammenwirken mit der Architektenkammer Hessen, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Auszeichnungen für vorbildliche Bauten im Lande Hessen in Form einer Urkunde.

Sinn dieser Auszeichnung ist es, Leistungen auf dem Gebiet der Architektur einschließlich des Städtebaues und der Denkmalpflege zu würdigen und der Öffentlichkeit als vorbildlich darzustellen, wenn sie die Gestalt der Umwelt, des Städte- oder Ortsbildes, bereichern, ihren Zweck in besonders guter Weise erfüllen und wirtschaftlich sind.

In diesem Jahr können etwa 20 Werke ausgezeichnet werden. Der Architekt und der Bauherr erhalten beide eine Ausfertigung der Urkunde und für das ausgezeichnete Werk eine Plakette.

Die Verleihung der Auszeichnung nimmt der Hessische Minister der Finanzen in einer besonderen Veranstaltung vor. Die Namen der ausgezeichneten Architekten und Bauherren werden im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntgegeben. Die ausgezeichneten Werke werden außerdem in einer Broschüre veröffentlicht, die gemeinsam von dem Hessischen Minister der Finanzen und der Architektenkammer Hessen herausgegeben wird.

Bewerber können sich alle Architekten mit Bauwerken und städtebaulichen Anlagen aller Art sowie mit denkmalpflegerischen Arbeiten, die in den Jahren 1965 bis 1972 innerhalb des Landes Hessen nach eigenen Plänen und unter ihrer Oberleitung fertiggestellt worden sind.

Die Bewerbungsunterlagen sind bei der Architektenkammer Hessen, Frankfurt a. M., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, bis zum 15. September 1973 einzureichen. Der Bewerbung sind beizufügen: Photographische Abbildungen im Format 18 × 24, der Lageplan und die für die Beurteilung wesentlichen Zeichnungen (Grundrisse, Ansichten, Schnitte, Details) im Format DIN A 4 bzw. DIN A 3 sowie ein kurzer Erläuterungsbericht. Die Unterlagen für je ein Werk sind in einer DIN-A4-Mappe zusammenzufassen.

Der Architekt muß bei der Bewerbung schriftlich versichern, daß er der Urheber der übersandten Pläne ist und das Bauwerk unter seiner Leitung errichtet wurde. Name und vollständige Anschrift des Architekten und des Bauherrn sind anzugeben.

Über die eingereichten Unterlagen und die Auszeichnung urteilt und beschließt eine unabhängige Jury anerkannter Fach-

leute. Sie setzt sich aus einem beamteten oder angestellten Architekten, einem freischaffenden Architekten, einem als Hochschullehrer tätigen Architekten und einem Architekturkritiker zusammen. Die Mitglieder der Jury und ihre Vertreter dürfen ihren ständigen Wohnsitz nicht innerhalb Hessens haben. Sie werden von der Architektenkammer Hessen im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen berufen.

Die erste Sichtung der eingereichten Arbeiten zur Vorbereitung der Beurteilung durch die Jury übernehmen zwei von dem Hessischen Minister der Finanzen und der Architektenkammer Hessen beauftragte Architekten.

Die Mitglieder der Jury, ihre Vertreter und die mit der ersten Sichtung Beauftragten dürfen sich nicht um eine Auszeichnung bewerben.

Für die Juroren und für die mit der ersten Sichtung Beauftragten wird je ein Stellvertreter bestellt.

Für den Verwaltungsaufwand der Architektenkammer Hessen ist von den Bewerbern mit Einreichung der Unterlagen auf das Girokonto 3512, Hessische Landesbank, Frankfurt a. M., ein Unkostenbeitrag von 50,— DM je eingereicherter Arbeit einzuzahlen.

In die Jury wurden berufen:

Journalisten:

1. Dr. Manfred Sack, „Die Zeit“;
2. Peter M. Bode, „Süddeutsche Zeitung“ (Stellvertreter);

Hochschullehrer:

1. Prof. H. Kammerer, Universität Stuttgart;
2. Prof. Bayer, Technische Hochschule Karlsruhe (Stellvertreter);

Beamtete oder angestellte Architekten:

1. Ministerialdirigent Fecker, Stuttgart;
2. Dr.-Ing. Rüdiger Recknagel, Düsseldorf (Stellvertreter);

Freie Architekten:

1. M. Arch. Dipl.-Ing. Hans Busse von Busso, München;
2. Dipl.-Ing. Hans Budde, Bremen (Stellvertreter).

Wiesbaden, 14. 8. 1973

Der Hessische Minister der Finanzen

B 1005 — 5 — IV A

StAnz. 35/1973 S. 1551

1096

Der Hessische Kultusminister

Satzung des Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach

Auf Grund der §§ 3 Absatz 4 und 16 Absatz 1 des Kirchengesetzes über die Gesamt- und Zweckverbände in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 18. März 1969 (KA S. 25) hat die Verbandsvertretung des Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach am 25. Mai 1973 die nachstehende Satzung beschlossen.

Die Satzung wird gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 des vorbezeichneten Kirchengesetzes kirchenaufsichtlich genehmigt und hiermit veröffentlicht:

I. Allgemeines**§ 1**

Der Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er nimmt seine Aufgaben im Rahmen der kirchlichen Ordnung in eigener Verantwortung wahr.

II. Mitglieder**§ 2**

Der Gesamtverband besteht aus den folgenden Verbandsgemeinden:

1. der Evangelischen Kirchengemeinde der Kilianskirche,
2. der Evangelischen Kirchengemeinde der Nikolaikirche,
3. der Evangelischen Kirchengemeinde der Markuskirche,
4. der Evangelischen Kirchengemeinde der Johanneskirche.

§ 3

(1) Den Beitritt eines weiteren Verbandsmitgliedes beschließt die Verbandsvertretung mit der Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder. Durch den Beitritt verpflichtet sich das neue Verbandsmitglied, sein Vermögen auf den Gesamtverband zu übertragen.

(2) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes bedarf der Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband und dem Verbandsmitglied. Für den Beschluß des Gesamtverbandes gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend.

(3) Eine Auflösung des Gesamtverbandes kann die Verbandsvertretung nur in Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitglieder und mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der anwesenden Mitglieder beschließen.

(4) Beitritt, Austritt und Auflösung bedürfen der Genehmigung des Landeskirchenamtes.

III. Aufgaben

§ 4

Zu den Aufgaben des Gesamtverbandes gehören:

1. Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der Verbandsmitglieder,
2. Festsetzung und Erhebung der Ortskirchensteuer,
3. die Verwaltung des Vermögens des Gesamtverbandes und der Verbandsmitglieder nach Maßgabe der Geschäftsordnung,
4. die Bereitstellung von Grundstücken, Gebäuden, Mitteln und Einrichtungen zur Erfüllung der Aufgaben des Gesamtverbandes und der Verbandsmitglieder,
5. die Unterhaltung der kirchlichen Gebäude, unbeschadet der Verantwortung der Kirchenvorstände,
6. die Anstellung von hauptamtlichen Mitarbeitern beim Gesamtverband und bei den Verbandsmitgliedern. Im letzteren Falle ist die Zustimmung der Verbandsmitglieder erforderlich.
7. die Verwaltung der Schwesternstationen und Kindergärten,
8. die Kirchenbuchführung,
9. die Öffentlichkeitsarbeit,
10. der Erlaß und die Änderung der Verbandssatzung und der Geschäftsordnung.

IV. Verbandsorgane

§ 5

Organe des Gesamtverbandes sind die Verbandsvertretung und der Verbandsvorstand.

V. Verbandsvertretung

§ 6

(1) Die Verbandsvertretung besteht aus

1. je einem Pfarrer der Verbandsgemeinden,
2. den Vorsitzenden der Kirchenvorstände, sofern sie Laienmitglieder sind,
3. je einem Drittel der Mitglieder der Kirchenvorstände, die diese aus ihrer Mitte in die Verbandsvertretung wählen. Ist ein Laie Vorsitzender, so muß hierunter ein Pfarrer sein.

Für jedes Laienmitglied ist ein erster und ein zweiter Stellvertreter zu wählen.

(2) Die Amtszeit richtet sich nach der Dauer des Kirchenvorstandes.

(3) Scheidet ein Mitglied oder Stellvertreter vorzeitig aus, so wählt der Kirchenvorstand unverzüglich einen Nachfolger.

§ 7

Der Vorsitzende wird von der Verbandsvertretung aus ihrer Mitte auf die Dauer von drei Jahren gewählt.

Die Wiederwahl für weitere drei Jahre ist zulässig.

Für vorübergehende Verhinderung des Vorsitzenden wählt die Verbandsvertretung aus ihrer Mitte für die Dauer von drei Jahren einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Ist der Vorsitzende Laie, so muß der Stellvertreter Inhaber einer Pfarrstelle der Verbandsgemeinden sein. Die Wahl des Laien als Vorsitzender bedarf der Bestätigung durch das Landeskirchenamt.

§ 8

(1) Die Verbandsvertretung wird durch den Vorsitzenden einberufen:

1. mindestens einmal im Jahr,
2. Außerdem nach Bedarf oder auf Beschluß des Verbandsvorstandes oder auf Antrag des Kirchenvorstandes eines Verbandsmitgliedes oder mindestens eines Viertels der Mitglieder der Verbandsvertretung.

Die Tagesordnung wird vom Verbandsvorstand aufgestellt. Die Mitglieder sind unter Angabe der Tagesordnung spätestens eine Woche vor dem Sitzungstermin schriftlich einzuladen. Über Gegenstände, die nicht ausdrücklich auf der Tagesordnung stehen, können Beschlüsse nur gefaßt werden, wenn alle erschienenen Mitglieder mit der Behandlung einverstanden sind.

(2) Die Verbandsvertretung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die einmal festgestellte Beschlußfähigkeit gilt als fortdauernd, solange sie nicht angezweifelt wird. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Im übrigen gilt Artikel 29 Absatz 5 Satz 2 der Grundordnung entsprechend.

(3) Für die Geschäftsführung der Verbandsvertretung gelten Artikel 29 Absatz 2, 3 und 4, 7 und 8 sowie Artikel 31 der Grundordnung sinngemäß.

(4) Die Beschlußfassung über den Erlaß oder die Änderung der Satzung bedarf der Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitglieder und einer Stimmenmehrheit von mindestens zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

Die Beschlußfassung über den Erlaß oder die Abänderung der Geschäftsordnung bedarf der Zustimmung der Mehrheit der satzungsgemäßen Mitglieder.

Beschlüsse nach Satz 1 und 2 dürfen nur auf Sitzungen gefaßt werden, zu denen unter Angabe eines entsprechenden Tagesordnungspunktes eingeladen worden ist.

(5) Der Leiter des Kirchlichen Rentamtes nimmt an den Sitzungen der Verbandsvertretung mit beratender Stimme teil.

§ 9

(1) Der Verbandsvertretung sind vorbehalten:

1. Die Wahl der in den Verbandsvorstand zu entsendenden Mitglieder,
2. die Beschlußfassung über die Haushaltspläne,
3. die Genehmigung über- und außerplanmäßiger Ausgaben, wenn sie 1% des Haushaltsvolumens im Einzelfall übersteigen,
4. die Abnahme der Jahresrechnungen und die Entlastung des Verbandsvorstandes auf Grund des Schlußberichts der Rechnungsprüfung,
5. die Errichtung von Neubauten,
6. der Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken, soweit der Wert einen Betrag von 7500,— DM im Einzelfall übersteigt,
7. die Aufnahme von Darlehen, soweit sie im Einzelfall den Betrag von 7500,— DM übersteigen,
8. die Einführung, Änderung und Aufhebung von Gebührenordnungen,
9. die Einleitung und Führung von Rechtsstreitigkeiten und der Abschluß von Vergleichen mit einem Streitwert von über 7500,— DM,
10. die Veräußerung von Gegenständen, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Wert haben,
11. alle sonstigen Rechtsgeschäfte, soweit sie nicht zur ordnungsgemäßen und laufenden Verwaltung gehören und einen Wert von 7500,— DM überschreiten.

(2) Die Kirchenvorstände der Verbandsgemeinden haben bis zum 1. November ihre Haushaltspläne für das nächste Rechnungsjahr dem Vorsitzenden der Verbandsvertretung einzureichen, wobei wesentliche Abweichungen von den Haushaltsansätzen des Vorjahres zu begründen sind.

Der Kirchenvorstand jeder Verbandsgemeinde ist berechtigt, gegen den Haushaltsplan des Gesamtverbandes binnen zwei Wochen nach seiner Festsetzung Einwendungen beim Landeskirchenamt zu erheben, das endgültig entscheidet.

VI. Verbandsvorstand

§ 10

(1) Dem Verbandsvorstand gehören an:

1. Der Vorsitzende der Verbandsvertretung, der auch den Vorsitz im Verbandsvorstand führt,
2. sein Stellvertreter in der Verbandsvertretung,
3. drei weitere Mitglieder.

(2) Die Verbandsvertretung wählt aus ihrer Mitte die drei Mitglieder und vier Stellvertreter. Sie bestimmt die Reihenfolge, in der jeweils ein Stellvertreter bei Verhinderung eines Mitgliedes oder Stellvertreters eintritt.

Dem Vorstandsvorstand sollen nicht mehr als zwei Pfarrer angehören.

(3) Der Vorstandsvorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.

(4) Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Vorstandsvorstandes werden zu den Sitzungen vom Vorsitzenden schriftlich unter Angabe der Tagesordnung, spätestens eine Woche vor der Sitzung eingeladen; in Ausnahmefällen ist die Einladung zu Sitzungen drei Tage vor der Sitzung zulässig.

Die Tagesordnung ist den Vorsitzenden der Kirchenvorstände, die dem Vorstandsvorstand nicht angehören, zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

(2) Für die Geschäftsordnung des Vorstandsvorstandes gilt im übrigen § 8 Absatz 3 entsprechend.

§ 12

(1) Der Vorstandsvorstand führt die Geschäfte des Gesamtverbandes und ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht der Verbandsvertretung vorbehalten sind.

(2) Der Vorstandsvorstand kann Rechte und Pflichten, die der Verbandsvertretung vorbehalten sind, übernehmen, wenn die Angelegenheit keinen Aufschub duldet und die Zustimmung der Verbandsvertretung erwartet werden darf. Er hat die Genehmigung der Verbandsvertretung unverzüglich einzuholen.

§ 13

(1) Der Vorstandsvorstand vertritt den Gesamtverband gerichtlich und außergerichtlich.

(2) Rechtsverbindliche Erklärungen des Gesamtverbandes werden durch den Vorsitzenden und zwei Mitglieder des Verbandsausschusses unterzeichnet. Auf Urkunden ist das Siegel des Gesamtverbandes beizudrücken.

(3) Schriftstücke, die die laufende Verwaltung betreffen, unterzeichnet der Vorsitzende. Er kann seine Befugnis auf den Leiter des Kirchlichen Rentamtes übertragen.

VII. Verwaltung

§ 14

(1) Die Verwaltungsarbeit des Gesamtverbandes und der Verbandsgemeinden führt das Kirchliche Rentamt für die Kirchenkreise der Eder und des Eisenbergs in Korbach nach Maßgabe der Geschäftsanweisung für die Kirchlichen Rentämter vom 11. Juni 1958 (KA S. 19).

(2) Der Vorstandsvorstand kann einzelne Befugnisse auf Zeit oder auf Dauer dem Leiter des Kirchlichen Rentamtes übertragen.

VIII. Ausschüsse

§ 15

(1) Die Verbandsvertretung und der Vorstandsvorstand können zu ihrer Beratung und Unterstützung aus ihrer Mitte und aus sonstigen Gemeindegliedern der Verbandsgemeinden Ausschüsse bilden. Die Mehrzahl der Mitglieder eines Ausschusses soll dem beauftragten Gremium angehören.

(2) Ausschußmitglieder, die dem beauftragten Gremium nicht angehören, können bei Tagesordnungspunkten, die die Arbeit des Ausschusses betreffen, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Gremiums teilnehmen.

IX. Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 16

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten das Regulativ für den Gesamtverband der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach vom 25. Mai 1965, die Änderung hierzu vom 3. Januar 1969 und die Geschäftsordnung der Verbandsvertretung und des Verbandsausschusses des Gesamtverbandes der Evangelischen Kirchengemeinden in Korbach vom 10. September 1968 außer Kraft.

(3) Soweit die Zusammensetzung der Verbandsvertretung und des Vorstandsvorstandes den Bestimmungen dieser Satzung nicht entsprechen, ist neu zu wählen.

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 7. 8. 1973

Der Hessische Kultusminister
V C 5 — 881/11

StAnz. 35/1973 S. 1551

1097

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Hessisches Landesamt für Straßenbau
Hessisches Landesamt für Bodenforschung
Hessisches Oberbergamt
Hessisches Landesvermessungamt
6200 Wiesbaden
Hessische Eichdirektion
6100 Darmstadt

Anstriche und Tapezierungen in Diensträumen, Dienstwohnungen und Mietwohnungen

Bezug: Richtlinien vom 28. 11. 1972 (StAnz. S. 2199)

Hiermit verzichte ich für die von Ihnen verwalteten Diensträume, Dienstwohnungen und Mietwohnungen auf meine Mitwirkung gemäß Nr. 3 Abs. 2 der Richtlinien vom 28. 11. 1972 (StAnz. S. 2199) bei der Erneuerung von Anstrichen und Tapezierungen vor Ablauf der im Fristenplan festgesetzten Zeiten.

Bei vorzeitigen Instandsetzungen bitte ich, Abs. 4 Ziff. 1 bis 5 des Schreibens des Hessischen Ministers der Finanzen vom 28. 11. 1972 (StAnz. S. 2199) zu beachten.

Wiesbaden, 10. 8. 1973

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
I c 5 — 62a — 08

StAnz. 35/1973 S. 1553

1098

An alle kommunalen Sparkassen in Hessen Schiffsbeleihungsgrundsätze für Sparkassen

Auf Grund des § 20 Abs. 5 Nr. 1 des Hessischen Sparkassengesetzes in der Fassung vom 2. Januar 1973 (GVBl. I S. 15) werden die aus der Anlage ersichtlichen „Schiffsbeleihungsgrundsätze für Sparkassen“ erlassen.

Die Schiffsbeleihungsgrundsätze sind mit sofortiger Wirkung anzuwenden.

Wiesbaden, 9. 8. 1973

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
II c 4 — 38 h 08.25 S

StAnz. 35/1973 S. 1553

*

Anlage

Schiffsbeleihungsgrundsätze für Sparkassen

A. Allgemeine Voraussetzungen und Beschränkungen der Beleihung

(1) Beliehen werden dürfen nur Schiffe, Schiffsbauwerke und Schwimmdocks, die in einem öffentlichen Register eingetragen sind.

(2) Die Beleihung von Schiffen, Schiffsbauwerken und Schwimmdocks, die im Ausland registriert sind, kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfolgen, wenn

nach dem Recht des Staates, in dessen Register das Schiff, Schiffsbauwerk oder Schwimmdock eingetragen ist, an Schiffen, Schiffsbauwerken und Schwimmdocks ein dingliches Recht bestellt werden kann, das in ein öffentliches Register eingetragen wird,

das dingliche Recht dem Gläubiger eine — der Schiffshypotheken des Deutschen Rechts vergleichbare — Sicherheit, insbesondere das Recht gewährt, wegen der gesicherten Darlehensforderung Befriedigung aus dem Schiff, Schiffsbauwerk oder Schwimmdock zu suchen und

die Rechtsverfolgung für Gläubiger, die einem anderen Staat angehören, gegenüber den eigenen Staatsangehörigen nicht wesentlich erschwert ist.

(3) Die Schiffe müssen nach Bauart und Ausrüstung den allgemeinen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften und den für ihren Verwendungszweck geltenden Sondervorschriften entsprechen; dies ist durch die vorgeschriebenen Urkunden nachzuweisen.

(4) Seeschiffsbauwerke müssen unter Aufsicht einer anerkannten Klassifikationsgesellschaft gebaut werden.

(5) Hölzerne Schiffe und Binnen-Fahrgastschiffe sollen nur in Ausnahmefällen beliehen werden. Schiffe, von denen bekannt ist, daß an ihnen Schiffgläubigerrechte (§§ 754 ff. HGB, 102 ff. BSchG) in nennenswertem Umfang bestehen, dürfen nicht beliehen werden.

(6) Die Sparkasse ist verpflichtet, zur Sicherung aller durch die Hypothek nicht gedeckten, im Zusammenhang mit dem Darlehen oder der Hypothek entstehenden, etwaigen Ansprüche eine Zusatzhypothek als Höchstbetragshypothek in Höhe von mindestens 5 v. H. des zugesagten Betrages im gleichen Rang mit der Hypothek eintragen zu lassen. Bei der Beleihung von Binnenschiffen kann von der Eintragung einer Zusatzhypothek ganz oder teilweise abgesehen werden.

(7) In Schiffshypotheken dürfen nur 10 v. H. der Spareinlagen samt Erlösen aus dem Verkauf von Sparkassenbriefen und Sparkassenobligationen angelegt werden, und zwar innerhalb der durch § 15 Abs. 6 Mustersatzung für kommunale Sparkassen festgelegten Grenzen.

(8) Die Beleihung eines Schiffes, Schiffsbauwerkes oder Schwimmdocks soll im Einzelfall 0,5 v. H. der Spareinlagen samt Erlösen aus dem Verkauf von Sparkassenbriefen und Sparkassenobligationen nicht übersteigen.

(9) Wegen der Besonderheiten des Schiffskreditgeschäftes hat die Sparkasse die Frage der persönlichen Kreditwürdigkeit und Zuverlässigkeit des Schuldners in jedem Falle einer besonders gründlichen Prüfung zu unterziehen.

B. Beleihungswert

I. Schiffe

(1) Die Beleihung des Schiffes richtet sich nach dem Beleihungswert. Beleihungswert ist der Wert, der dem Schiff unter Berücksichtigung aller für die Bewertung maßgebenden Umstände von der Sparkasse beigemessen wird. Als Grundlage für die Wertermittlung dient als Obergrenze der Verkaufswert. Bei der Feststellung dieses Wertes sind nur die dauernden Eigenschaften des Schiffes und, soweit feststellbar, der Ertrag zu berücksichtigen, den das Schiff jedem Besitzer für die Dauer gewähren kann.

(2) Der Beleihungswert wird auf der Grundlage einer Schätzung ermittelt. Für jeden weiteren, dasselbe Schiff betreffenden Beleihungsantrag ist in der Regel eine Neuschätzung (Ergänzungsschätzung) vorzunehmen.

(3) Schätzungen können durch Sachverständige, die vom Gericht, einer Industrie- und Handelskammer oder einer sonstigen Behörde vereidigt, oder von einer anerkannten Klassifikationsgesellschaft zugelassen sind, vorgenommen werden.

(4) Anstelle des durch Schätzung ermittelten Wertes kann bei Neubauten der zwischen der Werft und dem Auftraggeber vereinbarte, von den Sachverständigen als angemessen anerkannte Baupreis als Beleihungswert festgesetzt werden. Als Neubauten gelten Schiffe bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Zeitpunkt des Stapellaufs.

(5) Der Beleihungswert wird von der für die Kreditbewilligung zuständigen Stelle der Sparkasse in eigener Verantwortung festgesetzt.

II. Schiffsbauwerke

(1) Auf die Bewertung eines Schiffsbauwerkes sind die Bestimmungen des Abschnittes B 1 sinngemäß anzuwenden.

(2) Das Darlehen darf nur entsprechend dem Fortschreiten des Baues in Raten ausgezahlt werden. Vor jeder Ratenzahlung ist in geeigneter Weise nachzuweisen, daß die Bauarbeiten entsprechend fortgeschritten und einwandfrei ausgeführt sind.

(3) Vor Beginn der Ratenzahlungen sind die im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenmittel des Darlehensnehmers voll zu verwenden.

(4) Nach Fertigstellung des Schiffsbauwerkes und Ableistung der Probefahrt ist in der Regel von einem Sachverständigen, der an der Probefahrt teilnehmen soll, in einem Schlußgutachten darüber zu berichten, ob sich wertmindernde Mängel gezeigt haben und wie diese sich auf den nach Abs. 1 ermittelten Wert auswirken. Soweit die Mängel nicht behoben werden, ist der Beleihungswert entsprechend herabzusetzen.

III. Schwimmdocks

Auf die Bewertung eines Schwimmdocks sind die Bestimmungen des Abschnittes II entsprechend anzuwenden, soweit sich aus dem Sinn dieser Bestimmungen nichts anderes ergibt.

C. Beleihungsgrenze und Rangstelle

(1) Die Beleihung darf 60 v. H. des Beleihungswertes nicht übersteigen. Hölzerne Schiffe dürfen nur bis zu einem Drittel des Beleihungswertes beliehen werden. Die Beleihungsgrenze kann überschritten werden, wenn für den überschreitenden Betrag der Bund, ein Land, eine Gemeinde (Gemeindeverband), eine andere mit dem Recht zur Erhebung von Abgaben ausgestattete Körperschaft des öffentlichen Rechts, eine öffentlich-rechtliche Bausparkasse mit eigener Rechtspersönlichkeit oder ein anderes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, für deren Verpflichtungen ein Land oder ein öffentlich-rechtlicher Sparkassen- und Giroverband unmittelbar oder mittelbar haftet, die Bürgschaft, Garantie oder sonstige Gewährleistung übernimmt. Eine etwaige Inanspruchnahme des Bürgen, des Garanten oder der die Gewährleistung übernehmenden Stelle darf nicht davon abhängig sein, daß die Sparkasse bei einer Zwangsversteigerung mitbietet. Die Aufsichtsbehörde kann in Einzelfällen Ausnahmen von den Bestimmungen des Satzes 1 zulassen, wenn die Eigenart des zu beleihenden Schiffes oder Schiffsbauwerkes, die Verhältnisse des Darlehensschuldners oder zusätzliche Sicherheiten sie gerechtfertigt erscheinen lassen.

(2) Das Hypotheken-Darlehen soll nur zur ersten Rangstelle gewährt werden. Ausnahmen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Kreditbewilligungsorgans. Beleihungen, denen nur Hypotheken der Sparkasse im Rang vorgehen, gelten nicht als nachrangig.

(3) Die Zusatzhypothek (Abschnitt A Abs. 6) darf die Beleihungsgrenze überschreiten.

(4) Bei gleich- und nachrangigen Beleihungen muß die Eintragung einer Vormerkung nach §§ 58 und 77 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940 (RGBl. I S. 1499), geändert durch Gesetz vom 4. Dezember 1968 (BGBl. I S. 1295) und durch § 56 Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), zur Sicherung des Anspruchs auf Löschung vor- oder gleichrangiger Schiffshypotheken regelmäßig verlangt werden. Dies gilt auch für die Zusatzhypothek im Verhältnis zur Darlehenshypothek der Sparkasse.

D. Laufzeit und Tilgung

(1) Die Darlehen werden als Tilgungsdarlehen (mit gleichbleibender Annuität) oder als Abzahlungsdarlehen (mit vereinbartem Kapitalzahlungsbetrag) gewährt. In besonderen Fällen sind auch Festdarlehen zulässig.

(2) Die Laufzeit des Darlehens darf höchstens 12 Jahre betragen. Dieser Zeitraum beginnt mit der Auszahlung des Darlehens, im Falle der Auszahlung in Teilbeträgen mit der letzten Zahlung. Bei Neubauten oder solchen, die einem Neubau nahekommen, kann die Darlehensdauer durch einstimmigen Beschluß des Kreditbewilligungsorgans bis auf höchstens 15 Jahre verlängert werden.

(3) Der Beginn der Abzahlung (Tilgung) darf bei Neubauten oder für einen solchen, der einem Neubau nahekommt, bis zur Dauer von drei Jahren hinausgeschoben werden, wenn die Tilgung während der Restlaufzeit durch die Ertragslage des Schiffes gewährleistet ist. Eine Verlängerung der Darlehensdauer (Abs. 2) ist hiermit nicht verbunden. Wird der Beginn der Tilgung eines Darlehens für Neubauten und diesen gleich zu behandelnden Bauten länger als drei Jahre hinausgeschoben, ist hierzu die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

(4) Für kurz- und mittelfristige Darlehen ist, soweit es der unter Zugrundelegung der Laufzeit gemäß Satz 1 bzw. Satz 3 des Abs. 2 zu bemessende Abnutzungsgrad des Beleihungsgegenstandes erfordert, ebenfalls eine laufende Tilgung zu vereinbaren. Kontokorrentkredite sind entsprechend zu kürzen.

E. Versicherung

(1) Die Beleihung ist nur zulässig, wenn das Schiff (Schiffsbauwerk, Schwimmdock) zum vollen Wert gegen alle Gefahren, gegen die üblicherweise eine Versicherung genommen wird, und der Reeder (Schiffseigner) gegen Haftpflichtansprüche nach § 485 HGB oder § 3 BSchG bei einem der Sparkasse genehmigen Versicherungsunternehmen versichert sind und sich der Versicherer mit Zustimmung des Versicherungsnehmers der Sparkasse gegenüber verpflichtet hat, Zahlungen aus der Versicherung bei Totalschaden bis zur vollen Befriedigung der Sparkasse nur an diese zu leisten.

(2) Bei Binnenschiffen kann diese Versicherung in Höhe von 75 v. H. des vollen Wertes als ausreichend angesehen werden.

(3) Der Darlehensnehmer muß ferner nachweisen, daß der Versicherer sich verpflichtet hat, der Sparkasse gegenüber Einwendungen auf Grund des § 36 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken oder bei Beleihung von im Ausland registrierten Schiffen, Schiffsbauwerken und Schwimmdocks die entsprechenden Einwendungen nicht zu erheben. Die Versicherung soll sich darauf erstrecken, daß das beliebige Schiff die Freiheit hat, von dem angegebenen oder üblichen Reiseweg abzuweichen oder vereinbarte Fahrtgrenzen zu überschreiten.

(4) Erstreckt sich die Hypothek nicht kraft Gesetzes auf die Versicherungsforderung, ist die Beleihung nur zulässig, wenn die Sparkasse durch Vertrag eine entsprechende Sicherheit erhält.

F. Musterschuldurkunde und Allgemeine Darlehensbedingungen

Die Sparkasse soll die Beleihung unter Verwendung der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. herausgegebenen Muster für die „Schuldurkunde“ und die „Allgemeinen Darlehensbedingungen“ durchführen.

1099

Merkblätter für das vermessungstechnische Rechnen (Automation) — Katastervermessungen — (MVRA-KV)

Bezug: RdErlaß in der Fassung vom 17. Juli 1972 (StAnz. S. 1380)

Aus technischen Gründen ist es erforderlich, die bisherige Darstellungsform der polaren und linearen Absteckungselemente (Merkblätter VR 8/8.40 A und VR 24.40 A) zu ändern. An Stelle des bisherigen Vordrucks VV 1 (DIN A 4 — quer) wird für die Darstellung der Ergebnisse künftig neutrales Papier im Format DIN 4 — hoch — verwendet. Die notwendigen Überschriften werden mit den Berechnungsergebnissen zusammen ausgedruckt.

Die sich hieraus ergebenden Änderungen habe ich in die Merkblätter VR 8/8.40 A und VR 24.40 A eingearbeitet.

Die betroffenen Seiten können kostenlos durch das Hessische Landesvermessungsamt, 62 Wiesbaden, Schaperstr. 16 (Postfach 109), bezogen werden.

Wiesbaden, 9. 8. 1973

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik**
IV c 2 — K 1100 A — 64

StAnz. 35/1973 S. 1555

1100

Der Hessische Sozialminister

Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1769/72 der Kommission vom 26. 7. 1972 zur Ausstellung von Begleitdokumenten und zur Festlegung der Pflichten der Erzeuger und Händler außer Einzelhändlern in der Weinwirtschaft (ABl. der EG Nr. L 191 S. 1)

Auf Grund der Anordnung über die zuständigen Behörden nach dem Weingesetz, der Schaumwein-Branntwein-Verordnung, der Wein-Verordnung und der Wein-Überwachungs-Verordnung vom 23. Mai 1973 (GVBl. I S. 183) ist für das Land Hessen die zuständige Stelle im Sinne von Artikel 4 der oben genannten Verordnung (EWG) der Kommission das

Staatliche Chemische Untersuchungsamt,
6200 Wiesbaden, Hasengartenstraße 24.

Das Amt nimmt die Aufgabe der zuständigen Stelle und zunächst auch die Aufgabe der für den Absender örtlich zuständigen Stelle wahr.

Personenkreise (natürliche oder juristische Personen), die in der Weinwirtschaft Begleitdokumente im Sinne der Verordnung (EWG) Nr. 1769/72 vom 26. Juli 1972 benötigen, werden ermächtigt, diese Begleitdokumente nach Maßgabe nachstehender Regelung selbst auszustellen:

1. Die in Spalte 5 und 6 bereits ausgefüllten und gestempelten Begleitdokumente sind durch den ermächtigten Personenkreis vom Staatlichen Chemischen Untersuchungsamt Wiesbaden gegen Entrichtung einer Gebühr gemäß Ziff. 4 zu beziehen.

Die Nummer des ausgegebenen Dokuments, der Name des Empfängers und das Ausgabedatum werden hier registriert.

2. Die von der zuständigen bzw. örtlich zuständigen Stelle nicht ausgefüllten Spalten des Begleitdokuments müssen von dem ermächtigten Personenkreis vollständig, d. h. so weit für den Warenverkehr erforderlich, ausgefüllt werden.

3. Die Ermächtigten sind nach ordnungsgemäßer Ausfüllung der Spalten verpflichtet, die „Durchschrift für Kontrollzwecke“ in jedem Fall an das Staatliche Chemische Untersuchungsamt Wiesbaden zu übersenden, da diese ggf. die Durchschrift an die für den Entladeort zuständige Stelle weiterzuleiten hat. Sammelübersendungen der Kontrolldurchschriften sind möglich, sofern sichergestellt ist, daß die mit den Dokumenten befaßten Dienststellen rechtzeitig von den betreffenden Lieferungen Kenntnis erhalten.

4. Für das Ausstellen von Begleitdokumenten wird eine Verwaltungsgebühr gemäß lfd. Nr. 44 a des Gebührenverzeichnisses zum Hess. VerwGebGes. vom 24. Juli 1972 (GVBl. I S. 263) in Höhe von 5,— DM erhoben.

Diese Verwaltungsgebühr ist auf das Postscheckkonto 6830, PSchA Frankfurt/M. unter Angabe der Buchungsnummer 08 32 111 11 zu überweisen.

Wiesbaden, 25. 7. 1973

Staatliches Chemisches Untersuchungsamt
20 a L 33

StAnz. 35/1973 S. 1555

1101

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Auftrag über die Erstellung der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — Groß-Gerau—Darmstadt

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ vom 3. 9. 1969 (BGBl. I S. 1573) beauftrage ich hiermit die Hessische Landesgesellschaft, Kassel, für den Planungsraum Groß-Gerau—Darmstadt die Agrarstrukturelle Vorplanung — zweite Stufe — zu erstellen.

Der Planungsraum umfaßt den in der nachstehenden Aufstellung angeführten Bereich mit einer Gesamtfläche von 75 347 ha und ist im Benehmen mit dem Hessischen Ministerpräsidenten — Staatskanzlei — abgegrenzt worden. Änderungen der hiermit festgelegten Abgrenzung des Planungsraumes durch inzwischen eingetretene und noch zu berücksichtigende kommunale Gebietsänderungen bitte ich mir zur Angleichung dieses Auftrages an die tatsächlichen Verhältnisse mitzuteilen.

Die Durchführung der Planung regelt sich nach meinen Richtlinien vom 27. 3. 1973 (StAnz. S. 947) für die Förderung der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Wiesbaden, 29. 5. 1973

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
IV — 4617/73
LK 30.1 — Groß-Gerau
StAnz. 35/1973 S. 1556**

*

Planungsraum der Agrarstrukturellen Vorplanung — zweite Stufe — Groß-Gerau—Darmstadt

Gemeinde / Stadt					
Ortsteil · Stadtteil				Betriebe	
(Gebietsstand vom 1. 8. 1972)	(ha)	(Betriebe)	ha	über 2 ha LF	
Kreis Groß-Gerau					
Astheim			734		33
Biebesheim			1 748		91
Bischofsheim			914		35
Büttelborn			1 440		57
Crumstadt			1 264		49
Dornheim			1 479		65
Erfelden			2 474		37
Geinsheim			1 314		63
Gernsheim	2 619	43			
Allmendfeld	1 083	60	3 702		103
Ginsheim-Gustavsburg	1 383	39			
Klein-Rohrheim	428	11	1 811		50
Goddelau			881		35
Groß-Gerau	2 702	43			
Berkach	280	19	2 982		62
Hessenaue			671		29
Kelsterbach			2 266		15
Klein-Gerau			597		21
Leeheim			1 474		94
Mörfelden			2 930		9
Nauheim			1 377		27
Raunheim			1 301		5
Rüsselsheim	5 128	56			
Bauschheim	706	32	5 834		88
Stockstadt a. Rh.			1 873		35
Trebur			2 296		78
Walldorf			1 513		11
Wallerstädten			995		46
Wolfskehlen			1 280		61
Worfelden			955		53

Gemeinde / Stadt					
Ortsteil · Stadtteil				Betriebe	
(Gebietsstand vom 1. 8. 1972)	(ha)	(Betriebe)	ha	über 2 ha LF	
Landkreis Darmstadt					
Alsbach			892		16
Bickenbach			929		24
Braunshardt			471		13
Erzhausen			741		17
Eschollbrücken	400	18			
Eich	58	5	458		23
Gräfenhausen			1 136		35
Griesheim			2 092		100
Hähnlein			686		39
Jugenheim a. d. Bergstraße			337		5
Balkhausen					
= Odenwald VII					
Messel			927		24
Pfungstadt	3 412	66			
Hahn	383	32	3 795		98
Roßdorf			1 386		31
Schneppenhausen			277		9
Seehem	1 174	9			
Malchen	103	1	1 277		10
Ober-Beerbach					
= Odenwald VII					
Weiterstadt			1 558		24
Wixhausen			629		22
Stadtkreis Darmstadt					
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	3 417	110			
Übriges Stadtgebiet	8 236	—	11 653		110
			75 347		1 852

1102

Verwaltung hessischer Grundstücke und Föhren am Rhein, Main, Neckar und an der Lahn — StAnz. 1973 S. 1173 —

Im gemeinsamen Erlaß des Hess. Ministers für Landwirtschaft und Umwelt und des Hess. Ministers für Wirtschaft und Technik betreffend Verwaltung hessischer Grundstücke und Föhren am Rhein, Main, Neckar und an der Lahn (StAnz. 1973 S. 1173) ist das Datum des Erlasses, der 25. 5. 1973, noch einzusetzen.

Die Redaktion

StAnz. 35/1973 S. 1556

1103

Flurbereinigung Dudenhofen, Kreis Offenbach**Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 86 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung von Teilen der Gemarkungen Dudenhofen, Jügesheim, Dietzenbach, sämtlich Kreis Offenbach, sowie Nieder-Roden, Kreis Dieburg, wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die in der Anlage I aufgeführten Grundstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 121 ha, worin eine Waldfläche von rd. 33 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind

auf der Gebietskarte*), die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Dudenhofen“

mit dem Sitz in Dudenhofen.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Träger der Baumaßnahmen sind der Kreis Offenbach für die Kreisquerverbindung Dudenhofen—Dietzenbach und die Gemeinde Dudenhofen für die Rodgau-Ringstraße.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigten, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Hess. Amt für Landeskultur Hanau in Hanau, Freiheitsplatz 2—4 (Behördenhaus), anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hess. Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

6. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
- wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hess. Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hess. Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hess. Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Gemeinden Dudenhofen, Jügesheim, Dietzenbach und Nieder-Roden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Gemeindeverwaltungen in Dudenhofen, Jügesheim und Nieder-Roden und bei der Stadtverwaltung in Dietzenbach zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen Beschwerde beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde, oder beim Hessischen Amt für Landeskultur in Hanau, Freiheitsplatz 4 (Behördenhaus), erhoben werden.

*) hier nicht veröffentlicht

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden oder beim Hess. Amt für Landeskultur in Hanau zu erklären.

Hanau (Main), 18. 7. 1973

Hessisches Amt für Landeskultur
F 612 — Dudenhofen — 12390/73
StAnz. 35/1973 S. 1556

*

Anlage 1

Zum Flurbereinigungsverfahren von Dudenhofen werden folgende Grundstücke zugezogen:

Gemarkung Dudenhofen

Flur 4, Flurst. 190, 191, 192, 193, 194, 195, 212, 213, 214, 215/1, 215/2, 216, 217/1, 217/2, 217/3, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229/1, 229/2, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239/1, 239/2, 239/3, 240, 241, 242, 243/1, 243/2, 255/1, 257, 264, 265, 266, 269, 270, 289, 290;

Flur 5, Flurstücke 4/3, 250/1, 250/2, 251/1, 251/2, 252, 253, 254, 255, 256, 257/1, 257/2, 257/3, 257/4, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266/1, 266/2, 276, 277, 278, 292 tlw., 293, 294, 295/1, 295/2, 296, 306;

Flur 6, Flurstücke 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22/1, 22/2, 23, 24, 25, 26/1, 26/2, 27, 28, 29, 30, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71/1, 71/2, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80/1, 80/2, 80/3, 80/4, 81, 82, 83, 84/1, 84/2, 85, 86, 87, 88/1, 88/2, 89, 90, 91, 92/1, 92/2, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 154 tlw., 157, 158, 162, 163, 164, 165, 166, 167;

Flur 7, Flurstücke 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24/1, 24/2, 25, 26, 27, 28/1, 28/2, 28/3, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 45, 46, 47, 48, 49, 50/1, 50/2, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59/1, 59/2, 60, 61, 62, 63, 64, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86/1, 86/2, 87, 88/1, 88/2, 88/3, 89, 90, 99/2 tlw., 135, 138, 139, 140, 141 tlw., 149, 150, 153/1 tlw., 102, 103;

Flur 8, Flurstücke 5, 6, 7, 8, 9/1, 9/3, 55/1, 56, 57, 58, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91/1, 180/1, 181, 182, 198, 199, 200, 201, 202/1, 203/1, 204/1, 407/2 tlw., 408/1 tlw., 409 tlw., 412/1 tlw., 413/1 tlw., 415/1 tlw.;

Flur 9, Flurstücke 257/1, 257/9, 258/1, 259/3, 259/4, 260/1, 261/1, 262/1, 263/1.

Gemarkung Jügesheim

Flur 4, Flurstücke 98/1 tlw., 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164/1, 176/1;

Flur 8, Flurstücke 46, 65

Flur 11, Flurstück 2

Flur 12, Flurstück 1 tlw.

Flur 13, Flurstücke 1 tlw., 2 tlw., 3 tlw.

Flur 14, Flurstücke 2, 3 tlw.

Gemarkung Dietzenbach

Flur 37, Flurstücke 5 tlw., 8, 3 tlw., 4 tlw., 10 tlw., 13 tlw.

Gemarkung Nieder-Roden

Flur 11, Flurstücke 54/1, 62, 63/1, 63/2, 63/3, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 72/1, 72/2, 72/3, 72/4, 72/9, 72/10, 72/11, 252, 251 tlw.

1104

Flurbereinigung Bockenrod, Odenwaldkreis

1. Änderungsbeschluß zum Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 8 Abs. 2 in Verbindung mit § 4 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513), wird folgender Beschluß erlassen:

1. Das mit Beschluß vom 19. 4. 1971 (StAnz. S. 914) festgestellte Flurbereinigungsgebiet der Gemarkung Bockenrod wird nachträglich erweitert. Es werden zum Verfahren Bockenrod hinzugezogen:

- Die Grundstücke der Gemarkung Kirch-Beerfurth,
- die Flurstücke Gemarkung Ober-Kainsbach,

Flur 3 Nr. 43—154, 155/2

2. Das Flurbereinigungsgebiet vergrößert sich damit auf rd. 568 ha.

Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte*), die einen Bestandteil des Änderungsbeschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt nunmehr den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Bockenrod — Kirch-Beerfurth mit dem Sitz in Reichelsheim, Odenwaldkreis“.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Darmstadt, Rheinstr. 29—33, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:

- Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze

beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Reichelsheim und den Nachbargemeinden Brombachtal, Brensbach, Fränkisch-Crumbach, Mossautal, Michelstadt, Fürth/Bergstr., Lindenfels/Bergstr. öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Reichelsheim und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 27. 7. 1973

Landeskulturamt Hessen

DF 501 — Bockenrod — 12386/73

StAnz. 35/1973 S. 1557

*) hier nicht veröffentlicht

1105

Personalmeldungen

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Hessisches Wasserschutzpolizei-Amt

ernannt:

zum **Polizeimeister** Polizeihauptwachtmeister (BaP) Hans-Peter Czarny (24. 7. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Polizeimeister (BaP) Karl-Heinz Weichel (30. 7. 1973).

Wiesbaden-Kastel, 1. 8. 1973

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

1b — 5112/5113/73

StAnz. 35/1973 S. 1558

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

— Gymnasien —

ernannt:

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Erhard Karl Siegel, Bad Homburg v. d. H. (1. 2. 1973), Dr. Ortrud Schweser, Bad Homburg v. d. H. (1. 2. 1973), Hedwig Frühauf, Offenbach/M. (5. 4. 1973), Heidemarie Behrens, Frankfurt/M. (1. 2. 1973), Peter Krams, Frankfurt/M. (30. 4. 1973), Elke Merzenich, Rechtenbach (1. 6. 1973), Margit Großmann, Nidderau (1. 2. 1973), Gudrun Keßler, Gießen (1. 5. 1973), Brigitte Bertel, Viernheim

(10. 7. 1973), Günter Higelin, Wiesbaden-Bierstadt (1. 2. 1973), Jochen Schrader, Offenbach/M. (1. 8. 1973), Rainer Obmann, Rüsselsheim (1. 8. 1973);

zum **Studienrat** Studienrat z. A. (BaP) Manfred Bockenheimer, Bad Homburg (10. 5. 1973);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die StudienrätInnen z. A. (BaP) Lothar Braun, Frankfurt/M. (30. 4. 1973), Gerd Wild, Frankfurt/M. (4. 5. 1973), Heide Kullmann, Frankfurt/M. (4. 5. 1973), Gertrud Weibel-Streveld, Frankfurt/M. (25. 4. 1973), Günter Buchinger, Gelnhausen (5. 2. 1973), Lutz Lentz, Frankfurt/M. (4. 5. 1973), Ingrid Lutz, Rimbach/Odw. (4. 5. 1973), Alois Ehler, Herborn (25. 5. 1973), Claudia Geirhos, Geisenheim (18. 5. 1973), Horst Ackermann, Frankfurt/M.-Höchst (22. 5. 1973), Helmut König, Groß-Gerau (1. 6. 1973), Ute Georg, Frankfurt/M.-Höchst (30. 5. 1973), Irene Anschütz, Darmstadt (25. 6. 1973), Detlef Leisterer, Michelstadt (29. 6. 1973), Kurt Brenner, Groß-Gerau (28. 6. 1973), Dr. Irmgard Heber, Darmstadt (2. 7. 1973), Hans Meinberg, Viernheim (22. 6. 1973), Karsten Kullmann, Hofheim/Ts. (7. 5. 1973);

zu **Oberstudienräten/innen** die StudienrätInnen (BaL) Volker Amend, Frankfurt/M. (13. 4. 1973), Hertha Seitz, Kronberg/Ts. (11. 4. 1973), Alfred Hansmann, Oberursel (24. 4. 1973), Jutta Buder, Kronberg (27. 4. 1973), Günther Spangenberg, Mühlheim/M. (25. 4. 1973), Hans-Werner Schäfer, Wiesbaden (13. 4. 1973), Heide Amend, Frankfurt (Main) (24. 4. 1973), Heinrich Ludwig Schwab, Offenbach/M. (30. 4. 1973), Wolfgang Kraiker, Kronberg (30. 4. 1973), Margarete Heindel, Seligenstadt (30. 4. 1973), Jürgen Kleeborg,

Oberursel (25. 4. 1973), Werner Bodensohn, Seligenstadt (30. 4. 1973), Renate Wille-Henning, Darmstadt (9. 4. 1973), Klaus Eckstein, Frankfurt/M. (30. 4. 1973), Hermann Kunz, Weilburg (23. 5. 1973), Waldemar Büttenbender, Darmstadt (24. 5. 1973), Heinrich Reußwig, Seligenstadt (9. 5. 1973), Klaus Petri, Bad Vilbel (30. 4. 1973), Sigrid Christ, Frankfurt/M.-Höchst (6. 5. 1973), Albert Braunberger, Frankfurt/M. (11. 4. 1973), Rolf Renwanz, Hanau/M. (11. 4. 1973), Irmgard Flemming, Bad Homburg (19. 5. 1973);

zum **Oberstudienrat (BaL)** Oberstudienrat z. A. (BaP) Erich Bärenz, Rimbach (15. 6. 1973);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Eugen Casparn, Weilburg (4. 5. 1973), Dr. Adolf Franz, Darmstadt (23. 5. 1973), Helmut Kleider, Darmstadt (23. 5. 1973), Siegfried Schmitt, Darmstadt (23. 5. 1973), Alfred Neher, Heppenheim (25. 5. 1973), Dieter Atzert, Oberursel (23. 5. 1973), Horst Zimmermann, Wiesbaden (29. 5. 1973), Werner Boehme, Bensheim (24. 5. 1973), Knut Thomsen, Frankfurt/M. (10. 5. 1973), Hans Paridon, Offenbach/M. (1. 4. 1973), Werner Lindenstruth, Hofheim/M. (23. 5. 1973), Dr. Leo Mautner, Hanau/M. (23. 5. 1973), Detlef Hasselberg, Frankfurt/M. (14. 5. 1973), Oswald Hildebrand, Butzbach (14. 5. 1973), Herbert Degenhardt, Hanau/M. (23. 5. 1973), Rudolf Eckerscham, Darmstadt (30. 5. 1973), Erwin Glaum, Gießen (28. 5. 1973), Alexander Schwarz, Heusenstamm (29. 5. 1973), Fritz Encke, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Alfred Neher, Heppenheim (25. 5. 1973), Eckhardt Krebs, Wiesbaden (26. 5. 1973), Rolf Trummlitz, Frankfurt/M. (28. 5. 1973), Helmut Kirschner, Königstein/Ts. (15. 5. 1973), Werner Plahs, Frankfurt/M. (23. 5. 1973), Heinrich Knieß, Darmstadt (30. 4. 1973), Wilhelm Poth, Darmstadt (29. 5. 1973), Klaus Gerhard, Frankfurt/M. (12. 5. 1973), Dr. Alois Pittenauer, Frankfurt/M. (23. 5. 1973), Erika Schürer, Frankfurt/M. (26. 5. 1973), Joachim Schwieger, Kronberg (21. 5. 1973), Bernd Alberti, Wiesbaden (30. 4. 1973), Dr. Hans Müller, Gießen (30. 5. 1973), Wilhelm Kallus, Frankfurt/M.-Höchst (25. 5. 1973), Uta Schliephake, Frankfurt/M. (30. 5. 1973), Diethard Küssel, Rüsselsheim (24. 5. 1973), Hildegard Berthold, Wiesbaden (25. 5. 1973), Karl-Heinz Schneider, Darmstadt (25. 5. 1973), Ludwig Schröder, Bensheim (25. 5. 1973), Horst Löwenstein, Frankfurt/M. (28. 5. 1973), Paul Peter Pfaff, Wiesbaden (27. 4. 1973), Paul Schiedek, Frankfurt/M.-Höchst (21. 5. 1973), Rudolf Brunner, Darmstadt (28. 5. 1973), Willi Frenz, Frankfurt/M. (19. 6. 1973), Dieter Golde, Wiesbaden (25. 5. 1973), Dr. Hermann Peters, Wiesbaden (27. 4. 1973), Dr. Gerhard Kirsten, Idstein (25. 5. 1973);

zum/zur **Oberstudiendirektor/in** Studiendirektor/in (BaL) Gerhard Schaffner, Frankfurt/M. (21. 5. 1973), Brigitte Weiß, Bad Nauheim (29. 5. 1973);

zum **Direktor als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** Rektor einer Hauptschule Richard Amadori, Grünberg (25. 5. 1973);

zur **Pädagogischen Leiterin einer Gesamtschule** Studienrätin Dr. Gudrun Vögler, Schlitz (1. 4. 1973);

in den **R u h e s t a n d** getreten:

Oberstudienrätin Dr. Charlotte Braun, Frankfurt/M., Oberstudienrat Alons Metternich, Frankfurt/M.-Höchst, Oberstudiendirektor Eugen Stöhr, Gießen, Studiendirektor Albrecht Osterheld, Alsfeld, Oberstudienrat Christian Friedmann, Groß-Gerau, Oberstudiendirektorin Martha Michel, Darmstadt (alle 31. 7. 1973);

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

die Studiendirektoren Konrad Größ, Frankfurt/M., Adam Geiß, Frankfurt/M., Theodor Weidlich, Wiesbaden, die Oberstudienräte Dr. Fritz Hasenvitter, Gelnhausen, Otto Bethe, Frankfurt/M., Rolf Leuteritz, Wiesbaden, Wilhelm Volk, Darmstadt, Ferdinand Bösch, Frankfurt/M., die Oberstudienräte Heinrich Rhein, Friedberg, Otto Weil, Friedberg, Dr. Josef Rohreich, Gießen, Otto Kirschbaum, Gießen, Dr. Bernhard Kopp, Bad Nauheim, Lothar Bach, Friedberg, die Studiendirektorin Brigitte Weiler, Darmstadt, die Oberstudienrätin Gisela Kauffmann, Rüsselsheim (alle 31. 7. 1973);

entlassen:

Oberstudienrat Siegfried Lawetzky, Wiesbaden (31. 7. 1973), Studienrat Dieter Hagen, Frankfurt/M. (31. 7. 1973), die Studienrätinnen Dagmar Feder, Wiesbaden (31. 7. 1973), Elke Sinner, Wiesbaden-Kastel (31. 7. 1973), die Studien-

rätinnen z. A. Hella Dieker, Wetzlar (31. 7. 1973), Margit Petri, Wiesbaden (31. 7. 1973), Dr. Sigrid Moos-Mannesmann, Darmstadt (31. 7. 1972);

— **Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen** —

ernannt:

zu **Studienreferendaren/innen (BaW)** die Bewerber/innen Hartmut Grün, Frankfurt/M., Uwe Gruner, Frankfurt/M., Rainer Jakob, Darmstadt, Uwe Grünberg, Gelnhausen, Gerhard Enrich, Frankfurt/M., Dipl.-Kfm. Dieter Montag, Sprendlingen, Ulrich Eberle, Bad Homburg, Dipl.-Psychologin Beate Günther, Darmstadt, Klaus Dieter Mehlhorn, Schlüchtern, Werner Müller, Schlüchtern, Burkhard Rollmann, Dieburg, Dipl.-Kfm. Renate Nürrenbach, Darmstadt, Dipl.-Kfm. Heinrich Zeh, Hausen, Hartmut Maaß, Dillenburg, Walter Schuster, Groß-Gerau, Robert Stützel, Frankfurt/M., Wolfgang Nicklas, Bensheim, Herbert Schmitt, Darmstadt, Gerhard Schankow, Gießen, Dipl.-Volkswirt Waltraud Brüggemeier, Frankfurt/M., Dipl.-Hdl. Peter Elborg, Hofheim/Ts., Dipl.-Pädagoge Josef Dehler, Frankfurt/M., Walter Schmidt, Groß-Gerau, Gerhard Tempelhahn, Wetzlar, Dieter Stich, Offenbach/M., Jens Höler, Frankfurt/M., Walter Scherer, Darmstadt, Alexander Kobliczek, Frankfurt/M., Dipl.-Hdl. Robert Kostross, Bad Homburg, Dipl.-Ökonom Ulrich Eisenreich, Büdingen, Gunnar Dehmel, Rüsselsheim (alle 1. 6. 1973);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Studienräteferendare/innen (BaW) Hans-Rainer Hill, Frankfurt/M. (5. 5. 1973), Reinhard Harling, Frankfurt/M. (10. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Ludwig Hering, Darmstadt (15. 5. 1973), Hans-Jörg Leonhardt, Frankfurt/M. (8. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Peter Melk, Darmstadt (15. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Ursula Helene Mock, Rüsselsheim/M. (12. 5. 1973), Dipl.-Kfm. Klaus Werner Stephan Dischinger, Rüsselsheim (12. 5. 1973), Dipl.-Kfm. Peter Heinz Frese, Frankfurt/M. (15. 5. 1973), Dr. Dierk Westermann, Bad Homburg (15. 5. 1973), Hans Bernhard Mayer, Biedenkopf (17. 5. 1973), Günter Franz Hesse, Bad Homburg (8. 5. 1973), Dirk von Maltitz, Darmstadt (18. 5. 1973), Rainer Mende, Hanau (24. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Frank Müller-Rhode, Wiesbaden (22. 5. 1973), Jürgen Borst, Nidda (29. 5. 1973), Anne-Marie Facklam, Bensheim (21. 6. 1973), Johannes Möser, Büdingen (1. 7. 1973), Klaus Bonkowski, Gießen (1. 7. 1973), Heinrich Dilleuth, Bad Nauheim (1. 7. 1973), Werner Döring, Gießen (1. 7. 1973), Willi Fahrenbruch, Bensheim (1. 7. 1973), Dietlind Reck, Gießen (1. 7. 1973), Christiane Bagher-Nejad, Offenbach (1. 7. 1973), Hartmut Kaffenberger, Gießen (1. 7. 1973);

Ruth Seibertz, Hanau/M. (25. 4. 1973);

zu **Studienräten/innen z. A. (BaP)** die Assessoren/innen des Lehramts Dipl.-Volksw. Reinhold Dingeldej, Michelstadt/Odw. (5. 5. 1973), Rainer Maria Fuchs, Hanau/M. (18. 5. 1973), Dieter Kärker, Gießen (11. 5. 1973), Bruno Schöbbitz, Nidda (22. 5. 1973), Manfred Einloft, Biedenkopf (17. 5. 1973), Richard Mühl, Dillenburg (17. 5. 1973), Dipl. oec. troph. Gudrun Meyer, Friedberg (11. 5. 1973), Dipl.-Chemiker Detlef Schwarz, Wiesbaden (26. 5. 1973), Hermann J. Egger, Bensheim (10. 5. 1973), Werner Josef Führer, Limburg (25. 5. 1973), Werner Reymann, Wiesbaden (1. 8. 1973), Raimund Karrie, Dillenburg (1. 8. 1973), Heinrich Schuld, Wiesbaden (1. 8. 1973), Claus-Jörg Lahsberg, Hofheim/Ts. (1. 8. 1973), Johann Roos, Gelnhausen (7. 6. 1973);

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Michael Jeder, Darmstadt (3. 5. 1973), Hans-Jürgen Klühspies, Bensheim (3. 5. 1973), Adelheid Müller, Nidda (4. 5. 1973), Elke Faber, Frankfurt/M. (3. 5. 1973),

Hermann Gossenauer, Oberursel/Ts. (1. 6. 1973), Werner Stumpf, Alsfeld (16. 5. 1973), Ursula Braemer, Frankfurt/M. (30. 3. 1973), Karl Heinz Löb, Alsfeld (14. 5. 1973), Karl-Wolfgang Gremm, Darmstadt (17. 5. 1973), Alfred Müller, Gießen (16. 5. 1973), Horst Tengler, Limburg (2. 6. 1973), Helmut Wotzka, Wiesbaden (20. 6. 1973), Erwin Deutschmann, Michelstadt (15. 6. 1973), Hannelore Strudthoff, Limburg (26. 6. 1973), Wolfgang Schlicht, Offenbach (2. 7. 1973), Reinhard Best, Gießen (29. 6. 1973), Eva Reichel, Frankfurt/M. (4. 7. 1973);

zu **Oberstudienräten** die Studienräte (BaL) Horst Weisel, Gießen (30. 4. 1973), Dr. Wolfgang Fischlein, Gießen (1. 4. 1973), Dipl.-Hdl. Dr. Herbert Reuter, Offenbach/M. (27. 4. 1973), Gerhard Spangenberg, Oberursel (1. 4. 1973), Erwin Schad, Groß-Gerau (11. 5. 1973), Karl Wilhelm Bauer, Lampertheim (21. 5. 1973);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Ursula Braun, Rüsselsheim/M. (1. 4. 1973), Hans Günter Haeselbarth, Offenbach (7. 5. 1973), Karl-Ludwig Renker, Bad Homburg v. d. H. (15. 5. 1973), Irmgard Gutfreund, Darmstadt (8. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Hubert Stengl, Offenbach/M. (11. 5. 1973), Horst Schmidt, Weilburg (16. 5. 1973), Richard Roitsch, Wiesbaden (21. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Wilfried Naumann, Biedenkopf (23. 5. 1973), Dipl.-Hdl. Wendelin Karl Wenzel, Hanau/M. (23. 5. 1973), Berthold Gemeinder, Offenbach (11. 5. 1973);

Studienrat (BaL) Dipl.-Hdl. Hermann Dänner, Schlüchtern (22. 5. 1973);

zur **Oberschulrätin** Studiendirektorin (BaL) Leonore Lenné, Darmstadt (30. 4. 1973);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. arbeitstechn. Fächer z. A. (BaP) Sieglinde Brunner, Groß-Gerau (3. 5. 1973), Hannelore Weiß, Frankfurt/M. (3. 5. 1973), Wolfgang Krumsee, Alsfeld (9. 5. 1973), Norbert Engelke, Alsfeld (11. 5. 1973), Heinz Wilhelm, Bad Homburg v. d. H. (20. 6. 1973), Horst Waldert, Biedenkopf (22. 6. 1973), Peter Krauß, Gelnhausen (22. 6. 1973), Bernhard Schübler, Wetzlar (22. 6. 1973), Heinrich Heese, Frankfurt/M. (3. 7. 1973);

zum/zur **Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer** Fachlehrer/in für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Elisabeth Strunz, Frankfurt/M. (3. 5. 1973), Lehrwerkmeister Werner Helm, Michelstadt (6. 7. 1973);

zu **Fachoberlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer (BaL)** die Fachoberlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer z. A. (BaP) Margarete Sturm, Frankfurt/M. (9. 5. 1973), Edith Balzer, Wetzlar (29. 6. 1973);

zu **Fachoberlehrern f. technolog. Fächer (BaL)** die Fachoberlehrer f. technolog. Fächer z. A. (BaP) Werner Grosse, Wetzlar (3. 5. 1973), Peter Stevens, Frankfurt/M.-Höchst (4. 5. 1973);

entlassen:

Studienrätin Isele Quass, Grünberg (31. 7. 1973), Studienrat z. A. Bernd Limpert, Frankfurt/M. (31. 7. 1973), Studienrat Bruno Schütz, Usingen (31. 7. 1973), Studienreferendar Hermann Bauer, Hanau (31. 5. 1973), Studienrat z. A. Klaus Pott, Darmstadt (31. 3. 1973);

Assessor des Lehramts Dr. Herbert Tilch, Gießen (30. 4. 1973), Fachoberlehreranwärter Ing. Heinrich Killmer, Friedberg (31. 3. 1973) beide gem. § 43 HBG;

in den Ruhestand getreten:

die Oberstudienräte Heinrich Thieslank, Offenbach M. (31. 7. 1973), Heinrich Hensel, Gießen (31. 7. 1973), Fachlehrer Franz Phillip, Gießen (31. 7. 1973), Oberstudienrat Dr. Wilhelm Meyer, Friedberg (31. 7. 1973);

in den Ruhestand versetzt:

Oberstudienrätin Edith Büttner, Bensheim (31. 7. 1973), Oberstudienrat Friedrich Weilnau, Wiesbaden (31. 7. 1972), Fachlehrerin an einer beruflichen Schule Elfriede Budil, Bensheim (31. 7. 1971), die Oberstudienräte Friedrich Vohwinkel, Frankfurt/M. (31. 7. 1973), Robert Müller, Gießen (31. 7. 1973), Fachoberlehrer für technolog. Fächer Bruno Schäfer, Frankfurt/M. (31. 10. 1972);

— Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen —

ernannt:

zu **Lehramtsreferendaren/innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/innen Inge Resin, Wiesbaden (3. 5. 1973), Herbert Schmidt, Reinheim (15. 5. 1973), Gabriele Pucek, Hanau (1. 2. 1973), Ilona Adolph, Reinheim (15. 5. 1973), Krisina Müller, Gelnhausen (15. 5. 1973), Klaus Kölsch, Gelnhausen (15. 5. 1973);

Heike Wommer, Reinheim (15. 5. 1973), Hannelore Inny, Reinheim (15. 5. 1973), Gabriele Paul, Reinheim (15. 5. 1973), Reinhold Glaser, Reinheim (15. 5. 1973), Klaus Manger, Babenhausen (15. 5. 1973), Margret Schwarz, Dillenburg (15. 5. 1973), Ursula Faubel, Dillenburg (15. 5. 1973), Vera Elinor Lumpe, Dillenburg (15. 5. 1973), Sylvia Herzinger, Bad Soden (1. 2. 1973), Annelore Brehm, Friedberg/H. (15. 5. 1973), Monika Otto, Dillenburg (15. 5. 1973), Arnold Mahlke, Reinheim (15. 5. 1973), Christine Haubrich, Reinheim (17. 5. 1973), Gudrun Fehling, Dillenburg (15. 5. 1973), Marianne Rogge, Dillenburg (15. 5. 1973), Wolfgang Sticher, Hanau (15. 5. 1973), Waltraud Hochrein, Heusenstamm (14. 4. 1973), Dorothea Luke, Reinheim (16. 5. 1973), Rolf

Kube, Bad Soden (1. 4. 1973), Huberta Poeplau, Hanau (2. 4. 1973), Juliana Gertrud Schmidt-Bräkling, Reinheim (15. 5. 1973);

zu **apl. Lehrern/innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/innen Knuth-Egon Hartmann, Limburg (3. 1. 1972), Lehrerin im Teilzeitangestelltenverhältnis Eva Rudolph, Langenselbold (9. 5. 1973), Renat Britz, Frankfurt/M. (1. 6. 1973);

zu **apl. Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaW)** Fachlehreranwärter/in Detleff Baumbach, Heppenheim a. d. B. (3. 5. 1973), Renate Probst, Homburg/Ohm (1. 6. 1973), Dorothea Arlitt, Groß-Gerau (6. 6. 1973), Fachlehrerin im Angestelltenverhältnis Hilde Locher, Frankfurt/M. (27. 2. 1973);

zu **Lehrern/innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/innen (BaW) Birgitt Mennella, Bruchköbel (15. 2. 1973), Monika Wrede, Oberursel (3. 5. 1973), Hildegard Reinhold, Hattersheim (3. 5. 1973), Norbert Brückner, Pfungstadt (4. 4. 1973), Ursula Völzing, Wetzlar (11. 4. 1973), Gabriele Peschke, Klein-Krotzenburg (5. 4. 1973), Karin Wirth, Wetzlar (19. 3. 1973), Rainer Steuernagel, Kelkheim (30. 3. 1973), Wilhelm Sommerlad, Butzbach (5. 4. 1973), Wilfried Petri, Darmstadt (5. 4. 1973), Klaus Michael Helmer, Schwalbach-Limes (5. 4. 1973), Isolde Rumler, Heppenheim a. d. B. (3. 5. 1973), Rotraud Tönnies, Mörfelden/Walldorf (3. 5. 1973), Ursel Schrom, Dreieichenhain (6. 4. 1973), Doris Papke, Dillenburg (13. 4. 1973), Rüdiger Wirth, Merkenbach (4. 5. 1973), Reinhold Wache, Biedenkopf (4. 5. 1973), Ernst Breuer, Bad Homburg (3. 5. 1973), Jürgen Sturm, Wiesbaden (3. 5. 1973), Ludwig Klingelhöfer, Wetzlar-Niedergirmes (9. 4. 1973), Bruno Henkel, Ruhlkirchen (3. 5. 1973), Jakob Febel, Friedensdorf (9. 4. 1973), Günter König, Friedberg (12. 4. 1973), Jürgen Schneider, Fürth/Odw. (7. 5. 1973), Erhard Heini, Bicken-Ballersbach (7. 5. 1973), Evamarie Roth, Pfungstadt (5. 5. 1973), Erhard Thalmann, Limburg (7. 5. 1973), Sigrid Theurich, Viernheim (8. 5. 1973), Rainer Mede, Homberg (2. 4. 1973), Ulrich Schmeißer, Gelnhausen (3. 5. 1973), Helmut Kahl, Weiterstadt (24. 3. 1973), Martina Schneider, Bad Schwalbach (3. 5. 1973), Wolfgang Theis, Ellar (9. 5. 1973), Doris Bäcker, Dornburg/Frickhofen (7. 5. 1973), Erika Becker, Gelnhausen (2. 4. 1973), Horst Ziefuß, Gießen (6. 4. 1973), Irmhild Berger, Wetzlar (26. 3. 1973), Marietta Bredemann, Bruchköbel-Süd (7. 5. 1973), Peter Friedrich, Aarbergen-Michelbach (7. 5. 1973), Renate Stellbogen, Bischofsheim (10. 4. 1973), Dorothea Schwing, Neu-Isenburg (4. 5. 1973), Gerlinde Winter, Großauheim (2. 5. 1973), Monika Spannaus, Hattersheim M. (3. 5. 1973), Gisela Saalwächter, Bad Vilbel (8. 5. 1973), Renate Kie, Großenbuseck (10. 4. 1973), Marianne Höfer, Geisenheim (21. 5. 1973), Gudrun Rothermel, Altegronau (10. 4. 1973), Margot Schad, Sulzbach (15. 3. 1973), Ulrike Rencker, Eschhofen (3. 5. 1973), Jürgen Diehl, Wiesbaden (3. 5. 1973), Helmut Voltz, Ober-Roden (10. 5. 1973), Gisela Zwißler, Viernheim (9. 5. 1973), Elke Carola Hildebrandt, Nd.-Ramstadt (30. 4. 1973), Renate Fentz, Kiedrich (20. 3. 1973), Ingeborg Klopfenburg, Darmstadt (5. 4. 1973), Karl August Weckbecker, Wiesbaden (3. 5. 1973), Viola Uebel, Idstein (16. 4. 1973), Herta Bircks, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Christine Koch, Gießen (21. 3. 1973), Silvia Kwiatkowski, Friedberg/H. (26. 3. 1973), Maria Aschauer, Hasselroth (29. 3. 1973), Christiane Kammler, Gießen (4. 4. 1973), Gudrun Möschl, Ober-Roden (12. 4. 1973), Gerlinda Kettenacker, Schwalbach-Limes (5. 4. 1973), Heidrun Feldt, Großauheim (25. 4. 1973), Gudrun Dalheimer, Usingen (4. 5. 1973), Gisela Derichs, Groß-Felda (3. 5. 1973), Renate Gärtner, Nieder-Olmien (7. 5. 1973), Christa Henrich, Niederbrechen (20. 12. 1972), Ilse Guthörl, Herbornseelbach (5. 5. 1973), Kathrin Geisthardt, Offenbach/M. (9. 5. 1973), Elke Fischer, Wolfgang (7. 5. 1973), Jutta Krämer, Hochstadt (8. 5. 1973), Elfriede von der Heydt, Offenbach/M. (9. 5. 1973), Ingrid Hofmann, Altenstadt (15. 5. 1973), Christa Kleinhenz, Klein-Krotzenburg (4. 5. 1973), Christa Diehl, Erbach/Odw. (14. 5. 1973), Renate Boysen, Dietzenbach (8. 5. 1973), Bärbel Thoresen, Frankfurt/M. (20. 8. 1973), Karin Stäcker, Oberscheid (13. 4. 1973), Irmgard Müller-Schaller, Mörfelden (3. 5. 1973), Ulrike Scheffel, Wiesbaden (14. 5. 1973), Inge Künstler, Rimmbach (3. 5. 1973), Ilse-Lore Müller, Beerfelden (25. 4. 1973), Karola Friedrich, Beerfelden (18. 4. 1973), Brigitte Junge, Wiesbaden (3. 5. 1973), Dorit Keller, Wiesbaden-Biebrich (3. 5. 1973), Renate Hohmann, Wiesbaden (3. 5. 1973), Ursula Heuer, Wiesbaden (14. 5. 1973), Elke Glass, Wiesbaden (4. 5. 1973), Rita Horneff, Fürth (3. 5. 1973), Klaus Dieter Lothar Zweyrohn, Ober-Ramstadt (16. 5. 1973), Robert Kraus, Bad Orb (3. 5. 1973), Dorothee Metz, Limburg (3. 5. 1973), Anna Maria Linke, Bad Schwalbach (3. 5. 1973), Ingeborg Rein-

- hardt, Sprendlingen (31. 3. 1973), Jürgen Kuhn, Darmstadt-Eberstadt (27. 4. 1973), Doris Velten, Idstein/Ts. (7. 5. 1973), Heidrun Scheel, Eppertshausen (15. 5. 1973), Johann Jürgen Eisenbarth, Egelsbach (8. 5. 1973), Ruth Hesse, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Karl-Jürgen Theiß, Nieder-Gemünden (2. 4. 1973), Monika Hermeling, Egelsbach (8. 5. 1973), Heidrun Müller, Hausen (15. 5. 1973), Annegret Anton, Hermannstein (16. 4. 1973), Renate Leib, Biebental (7. 5. 1973), Gerlinde Kolter-Stegmann, Heppenheim (15. 5. 1973), Gudrun Koch, Groß-Gerau (18. 5. 1973), Jutta Auslitz, Ober-Mörlen (28. 5. 1973), Marina Bittoun, Frankfurt/M. (22. 5. 73), Marianne König, Karben-Petterweil (8. 5. 1973), Elisabeth Dehe, Offenbach/M. (25. 5. 1973), Rita Anders, Nordenstadt (15. 5. 1973), Angelika Groll, Münster (19. 5. 1973), Doris Krischer, Ehringshausen (7. 5. 1973), Brigitte Andreas, Viernheim (8. 5. 1973), Isa Hromadko, Neu-Isenburg (21. 5. 1973), Hildegard Jansohn, Seeheim a. d. B. (17. 5. 1973), Gabriele Spengemann, Biebental (21. 5. 1973), Irmtraud Starein, Idstein-Walsdorf (23. 5. 1973), Brigitte Schmitt-Ramm, Idstein (23. 5. 1973), Dieter Stahl, Haiger (21. 5. 1973), Barbara Schwarz, Hanau/M. (17. 5. 1973), Elke Hartmann-Lösch, Nieder-Roden (25. 5. 1973), Angela Kluthausen, Raunheim (19. 5. 1973), Sigrid Arnold, Hanau/M. (16. 5. 1973), Lillian Hauss, Allendorf (21. 5. 1973), Dorothea Rost, Bruchköbel (21. 5. 1973), Hildegard Wille, Ehringshausen (24. 5. 1973), Gudrun Schmidt, Frankfurt/M. (25. 5. 1973), Ellen Möller, Atzbach-Dorlar (7. 5. 1973), Annemarie Kisslinger, Frankfurt/M. (25. 5. 1973), Irmtraud Grundel, Frankfurt/M. (25. 5. 1973), Rosemarie Gözl, Hambach (25. 5. 1973), Helmut Best, Eibelshausen (15. 5. 1973), Christa Losmann, Nieder-Liebersbach (30. 5. 1973), Burkhard Le Blanc, Nauborn (7. 5. 1973), Agnes Obst, Rechtenbach (14. 5. 1973), Waltraut Vierheller, Neu-Isenburg (16. 5. 73), Susanne Opitz, Dietzenbach (21. 5. 1973), Angelika Schmitt, Obertshausen (23. 5. 1973), Gabriele Reutlinger, Egelsbach (8. 5. 1973), Ulrich Wronna, Lixfeld (10. 5. 1973), Hartmut Streitberger, Viernheim (12. 5. 1973), Marlies Rothermel, Aßlar (21. 5. 1973), Waltraud Sander, Aßlar-Hermannstein (14. 5. 1973), Elke Schauf, Frankfurt/M. (29. 5. 1973), Heidi Wargalla, Hochheim/M. (17. 5. 1973), Karl-Heinz Klein, Lampertheim (28. 5. 1973), Ingrid Peter, Offenbach/M. (15. 5. 1973), Antje Prah, Langen (21. 5. 1973), Ingeborg Wohlfahrt, Biblis (14. 5. 1973), Anemone Lassak, Mühlheim/M. (1. 6. 1973), Herbert Klininger, Dreieichenhain (1. 6. 1973), Dagmar Ludwig, Frankfurt/M. (29. 5. 1973), Christina Bartsch, Lauensbach (4. 6. 1973), Niels Jensen, Lohrhaupten (8. 6. 1973), Brigitte Pfaffenholz, Nieder-Ohmen (7. 5. 1973), Anneliese Schimsheimer, Babenhausen (7. 6. 1973), Ulrich Geiss, Haiger (15. 12. 1972), Susanne Helff, Hartenrod (28. 5. 1973), Helga Hübner, Eschenburg-Eibelshausen (15. 5. 1973), Franziska Schurich, Offenbach/M. (9. 5. 1973), Hermann Bang, Kirchgöns/Pohl-Göns (13. 6. 1973), Irmtraud Wiesner, Ewersbach (15. 5. 1973), Karla Röhrig, Hainhausen (5. 6. 1973), Ingrid Klapproth, Erbach (6. 6. 1973), Karin Zimmermann, Dieburg (1. 6. 1973), Margit Kilb, Butzbach (7. 6. 1973), Reinhilde Götz, Darmstadt (18. 6. 1973), Harald Fiscoeder, Wächtersbach (3. 5. 1973), Wolfgang Dönges, Altenstadt (15. 5. 1973), Siegfried Eisenlohr, Neu-Isenburg (18. 5. 1973), Hans-Peter Müller, Dreieichenhain (16. 5. 1973), Gerd Jäger, Klein-Krotzenburg (4. 5. 1973), Thomas Blecher, Driedorf (17. 5. 1973), Herbert Rücker, Eschenburg-Eibelshausen (15. 5. 1973), Jürgen Bohnsack, Bad Orb (14. 5. 1973), Ulrike Tesić, Walluf (26. 6. 1973), Anna Alberth, Waldmichelbach (14. 6. 1973), Gerda Grünwald, Nieder-Gmünden (16. 6. 1973), Stefanie Mühlshwein, Dreieichenhain (16. 6. 1973), Ursula Guty, Viernheim (16. 6. 1973), Christa Johanna Eser, Geisenheim (26. 6. 1973), Elenore Hänsel, Weichersbach (20. 6. 1973), Christel Kirschbaum, Launsbach (25. 6. 1973), Wolfram Kahlerl, Offenbach (14. 6. 1973), Christa Aucktor, Pfungstadt (9. 6. 1973), Ute Gebauer, Oberabtssteinach (10. 5. 1973), Felicitas Kautz, Lorsch (18. 6. 1973), Dieter Simon, Salmünster (20. 6. 1973), Günther Nitschke, Hanau-West (16. 6. 1973), Antoinette Henrich, Bergen-Enkheim (18. 6. 1973), Cornelia Vielitz, Kirtorf (22. 6. 1973), Margret Unkelbach, Dieburg (25. 5. 1973), Renate Höhnlein, Nieder-Roden (22. 6. 1973), Lucia Schmidt, Urberach (22. 6. 1973), Brigitte Ruppert, Frankfurt/M. (25. 5. 1973), Margit Pietsch, Darmstadt (30. 6. 1973), Axel Veith, Freiensteinau (28. 6. 1973), Heidrun Lorenz, Ober-Roden (5. 6. 1973), Rita Zirngast, Lorsch (18. 6. 1973), Gunda Weingärtner, Frankfurt/M. (29. 6. 1973), Eva-Maria Stuard, Kelsterbach (29. 6. 1973), Karl-Wilhelm Weimann, Schlüchtern (4. 7. 1973), Christel Gomoll, Klein-Gerau (13. 6. 1973), Sylvia Bischoff, Sterbfritz (4. 7. 1973), Hiltrud Weber, Groß-Gerau (28. 6. 1973), Traudl Walther, Frankfurt/M. (3. 5. 1973), Hannelore Kellerstrass, Neu-Isenburg (7. 6. 1973), Marianne Plies, Homberg/Ohm (7. 7. 1973), Gundula Melitatz, Rechtenbach (10. 7. 1973), Peter Agari, Homberg/Ohm (4. 7. 1973), Christa Woelfing, Hoch-Weisel (17. 1. 1973), Elke Käfer, Mörlenbach (2. 7. 1973), Christiane Keiner, Asslar-Hermannstein (2. 7. 1973), Ingrid Weng, Schwalbach/Ts. (14. 6. 1973), Kristina Manns, Steinheim/M. (26. 6. 1973), Eva Haas, Seligenstadt (29. 6. 1973), Christine Frydrychowicz, Frankfurt/M. (29. 5. 1973), Dagmar Wengeler, Liederbach/Ts. (6. 6. 1973), Erika Bublitz, Alsfeld (5. 7. 1973), Gisela Weber, Obertshausen (15. 6. 1973), Margret Fischer, Hanau (3. 7. 1973), Veronika Fischer, Waldmichelbach (28. 5. 1973), Johann Georg Weckler, Salmünster (13. 7. 1973), Doris Kutter, Sprendlingen (21. 5. 1973);
- Karin Reichenbach, Wiesbaden (2. 5. 1973), Margarete Spielmann, Offenbach/M. (3. 5. 1973), Ingrid Braun, Dillenburg (27. 4. 1973), Elisabeth Giebisch, Heusenstamm (15. 5. 1973), Hildegard Koch, Schwalbach a. Ts. (28. 3. 1973), Ulrike Apitz, Rüdeshheim (3. 5. 1973), Anneliese Gürlich, Groß-Gerau (16. 5. 1973), Sabine Wrobel, Goddelau (1. 6. 1973), Mechthild Bausch, Darmstadt (16. 5. 1973), Ute Breitenstein, Heusenstamm (18. 5. 1973);
- ehemal. apl. Lehrerin Sigrun Mosel, Gießen (1. 2. 1973);
Lehrerin im Teilzeitangestelltenverhältnis Ingrid Simmich, Steinheim (11. 5. 1973);
Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Maria Ulm, Hanau (30. 5. 1973);
- zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer (BaW) Inge Lotz, Haiger (12. 12. 1972), Jutta Tilitzki, Schlüchtern (4. 5. 1973), Eva Renner, Bad Homburg (3. 5. 1973), Viola Sibylle Hahn, Villmar (30. 4. 1973), Marie-Luise Anders, Haiger (9. 4. 1973), Gertrud Albert, Schlüchtern (7. 5. 1973), Gerda Hildebrand, Lindheim (30. 4. 1973), Regina Senkler, Frankfurt/M. (3. 5. 1973), Christine Cerenak, Bensheim (3. 5. 1973), Rita Ostermüller, Dörnigheim (7. 5. 1973), Sabine Henrich, Darmstadt (31. 3. 1973), Ina Tobiaschus, Weidenhausen (3. 5. 1973), Theresia Englert, Erlensee (4. 5. 1973), Rainer Fieber, Seligenstadt (15. 5. 1973), Waltraud Feldmann, Taunusstein 1 (7. 5. 1973), Christa Majer, Biedenkopf (22. 4. 1973), Susanne Müller, Hommertshausen (16. 5. 1973), Petra Elsner, Dörnigheim (10. 5. 1973), Andrea Benneke, Bischofsheim (3. 5. 1973), Irmgard Trümper, Hanau-Weststadt (18. 5. 1973), Isanna von Perbandt, Wiesbaden-Kastel (7. 5. 1973), Gisela Taute, Offenbach/M. (3. 5. 1973), Hildegard Datum, Frankfurt/M. (5. 6. 1973), Rita Schnellbächer, Oberndorf (18. 6. 1973), Maria Kohl, Offenbach/M. (7. 5. 1973), Brigitta Leucker, Ober-Ramstadt (9. 6. 1973), Elke Timmermann, Nieder-Weisel (29. 6. 1973), Michael Straub, Offenbach (14. 6. 1973), Heide Unvericht, Kelkheim (15. 6. 1973), Marianne Geras, Hasselroth (4. 7. 1973), Edith Hespeler, Frankfurt/M. (30. 5. 1973), Magdalena Storch, Lengfeld (13. 6. 1973);
- zum **Lehrer z. A. an einer Sonderschule (BaP)** apl. Lehrer an einer Sonderschule (BaW) Otto Scheidling, Frankfurt/M. (2. 7. 1973);
- zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP)** die Jugendleiterinnen im Angestelltenverhältnis Gerlinde-Helga Kiessling, Hanau/M. (3. 5. 1973), Helgard Heyd, Darmstadt (12. 5. 1973), Ursula Brockes, Darmstadt (11. 5. 1973);
- zur **Lehrerin Lehrerin z. A. (BaP)** Renate Kummertat, Frankfurt/M. (14. 5. 1973);
- zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Elke Grüning, Wiesbaden (3. 5. 1973), Karin Grupe, Wiesbaden (3. 5. 1973), Regine Hoffmann, Wiesbaden (4. 5. 1973), Ilona Hein, Biedenkopf (10. 4. 1973), Gabriele Einsfeld, Wiesbaden (18. 4. 1973), Doris Fettle, Wiesbaden (3. 5. 1973), Sibylle Herget, Herborn (4. 5. 1973), Monika Kappatsch, Stierstadt (6. 4. 1973), Heidi Doerflinger, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Ulrike Effertz, Frankfurt/M. (15. 5. 1973), Renate Küchler, Friedensdorf (12. 5. 1973), Ulrike Steinberg, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Gerhild Schneider, Königstein/Ts. (8. 6. 1973), Heinrich-Günther Dreieicher, Reinheim (14. 5. 1973);
- zu **Lehrern/innen (BaL)** die apl. Lehrer/innen (BaP) Ilse Peterson, Friedberg/H. (4. 5. 1973), Willi Wacker, Friedberg/H. (5. 4. 1973), Christel Waldmann, Groß-Zimmern (18. 4. 1973), Volker Hartmann, Ober-Ramstadt (5. 4. 1973) Gisela Nagler, Dortelweil (23. 5. 1973);
- ehemalige Lehrerin Erna Schneider, Schwalbach/Limes (2. 5. 1973);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Krista Schäfer-Keller, Dieburg (4. 5. 1973), Gesa Rathgeber, Urberach (10. 4. 1973), Rainer Stephan, Fürth/Odw. (5. 4. 1973), Alexandra Strachotta, Nieder-Roden (26. 4. 1973), Wolfgang Schmeidel, Birkenau (4. 4. 1973), Hans-Dieter Störkel, Neuanpach (4. 4. 1973), Ingrid Stolz, Bad Homburg v. d. H. (3. 4. 1973), Renata Schirmer, Schlüchtern (12. 4. 1973), Friederike Schneider-Schott, Taunusstein-Wehen (30. 3. 1973), Elisabeth Rübél, Freigericht 4 (16. 4. 1973), Hildegard Roth-Albel, Frankfurt/M. (26. 2. 1973), Brigitte Wolff, Schotten (12. 4. 1973), Uta Scheider, Hofheim/Ts. (8. 5. 1973), Christel Waldmann, Groß-Zimmern (18. 4. 1973), Klaus Diacont, Fischbach/Ts. (3. 5. 1973), Hildegard Morweiser, Heppenheim (28. 3. 1973), Mechthild Lintz, Bad Vilbel (7. 5. 1973), Hans-Jürgen Schmidt, Griesheim (4. 4. 1973), Doris Metz, Hommertshausen (30. 4. 1973), Barbara Berthold, Eddersheim/M. (3. 5. 73), Christel Nagel, Dorheim (3. 4. 73), Annemarie Godau, Lorch/Rh. (8. 5. 1973), Gabriele Heil, Kriftel (8. 5. 1973), Anita Wollner, Salmünster (3. 5. 1973), Brigitta Volkenaud, Frankfurt/M. (10. 4. 1973), Renate Wunderlich, Wiesbaden (12. 4. 1973), Adolf Maruschka, Hungen (4. 5. 1973), Angela Steigerwald, Oberursel (9. 5. 1973), Peter Eberhardt, Stierstadt (7. 5. 1973), Irmgard Diebitsch, Stockheim (29. 3. 1973), Heidemarie Felderhoff, Heusenstamm (3. 5. 1973), Karin Christmann, Goddelau (19. 4. 1973), Bärbel Hansmann, Frankfurt/M. (1. 12. 1972), Norbert Leyendecker, Eschbach (3. 5. 1973), Ingeborg Machleidt, Viernheim (3. 5. 73), Irmhild Müller, Groß-Gerau (30. 4. 1973), Klaus-Peter Held, Wiesbaden (3. 5. 1973), Karin Gastl, Bad Schwalbach (7. 5. 1973), Heidrun Hertwig, Babenhäuser (4. 5. 1973), Christian Tkotz, Königstein (8. 5. 1973), Hannelore Hellmann, Urberach (3. 5. 1973), Ute Hinson, Büdingen (13. 4. 1973), Hannelore Herweck, Lampertheim (3. 5. 1973), Gudrun Meier, Nieder-Roden (5. 4. 1973), Annerose Köhler, Groß-Zimmern (10. 4. 1973), Hildgunde Langner, Darmstadt (4. 4. 1973), Wilma Brennecke, Birstein (10. 5. 1973), Marliese Marbach, Oberursel/Ts. (9. 5. 1973), Angelika Menzel, Usingen (4. 4. 1973), Ursula Renate Hollmann, Hochstadt (22. 3. 1973), Angelika Gleichmann, Brachtal (2. 4. 1973), Ingrid Jünger, Nieder-Erlenbach (31. 1. 1973), Anhild Kurz, Oberursel/Ts. (2. 4. 1973), Otfried Bein, Niederselters (9. 5. 1973), Barbara Lometsch, Gelnhausen (3. 5. 1973), Johanna Frei, Offheim (3. 5. 1973), Thora Callies, Bischofsheim (10. 4. 1973), Ingrid Corvers, Wiesbaden (4. 5. 1973), Herta Dehnen, Altenhaßlau (3. 5. 1973), Anne Katrin Eilers, Pfungstadt (12. 5. 1973), Gerda Rakowski, Hofheim/Ts. (9. 5. 1973), Hilda Gerstberger, Limburg/L. (15. 5. 1973), Doris-Elvira Frey, Rodenbach 1 (7. 5. 1973), Ursula Kopatsch, Höchst (7. 5. 1973), Hartmut Wurzel, Klein-Auheim (30. 4. 1973), Ute Bär, Gießen (6. 4. 1973), Krista-Regina Böhm, Aisbach (4. 4. 1973), Ursula Schrötter, Wiesbaden (3. 5. 1973), Viola-Elke Fiedler, Taunusstein-Bleidenstadt (9. 5. 1973), Bärbel Riedle, Raenthal (15. 5. 1973), Beate Ahrens, Wächtersbach (8. 5. 1973), Angelika Spieckermann, Frankfurt/M. (15. 5. 1973), Arne Zinner, Frankfurt/M. (4. 5. 1973), Ilse Krieger, Rüsselsheim (30. 4. 1973), Manfred Luft, Altenstadt (29. 3. 1973), Karola Bröner, Hailer (17. 5. 1973), Roland Berg, Viernheim (10. 5. 1973), Bärbel Lusebrink, Babenhäuser (11. 5. 1973), Helga Steffek, Gießen-Wieseck (28. 8. 1972), Angela Haider, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Barbara Barclay, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Dorothea Barth, Frankfurt/M. (4. 5. 1973), Sabine von Eisenhart, Frankfurt/M. (14. 5. 1973), Uta Bersch, Buchschlag-Zepelinheim (9. 5. 1973), Irene Fischinger, Neckarsteinach (22. 5. 1973), Edith von Hagen, Griesheim (12. 5. 1973), Dorothea Fischer, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Monika Scheuring, Eschollbrücken (31. 3. 1973), Ulrike Fichera, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Hannelore Bender, Frankfurt/M. (15. 5. 1973), Ilse Bausch, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Ursula Gangl, Bensheim (21. 5. 1973), Ulrike Prause, Idstein/Ts. (9. 5. 1973), Jutta Mauß, Usingen (21. 5. 1973), Heide-Sonja Bernharolt, Nidderau (21. 5. 1973), Brigitte Grimm, Gießen (15. 5. 1973), Ursula Kramer, Nieder-Roden (23. 5. 1973), Margot Lehmann, Kelkheim/Ts. (22. 5. 1973), Ingrid Voelkel, Griesheim (12. 5. 1973), Erika Witzel, Roßdorf/Dst. (29. 5. 1973), Heide Münstermann, Frankfurt/M. (12. 4. 1973), Heide Niklaus, Frankfurt/M. (3. 4. 1973), Waltraud Metz, Wetzlar (14. 5. 1973), Jutta Schwedes, Naurod (3. 5. 1973), Gabriele Dönicke, Königstein/Ts. (5. 3. 1973), Barbara Oehmke, Dörnigheim (12. 5. 1973), Sigrid Taha, Ablar (14. 5. 1973), Renate Schlemminger, Bischofsheim (22. 5. 1973), Heidrun Schurian, Schwalbach/Ts. (16. 5. 1973), Barbara Starke, Offenbach/M. (16. 5. 1973), Bärbel Petra Stöckermann, Dieburg (8. 5. 1973), Friederike Wiesmeier, Gießen (3. 5. 1973), Erich Weidner, Lampertheim (21. 5. 1973), Elvira Winkler, Ober-Beerbach

(22. 5. 1973), Ursula Theis, Frankfurt/M. (21. 5. 1973), Marianne Tripp, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Bernd Thomas, Frankfurt/M. (21. 5. 1973), Monika Küpper-Zureda, Gießen-Klein-Linden (18. 4. 1973), Gisela Birkelbach, Bergen-Enkheim (24. 5. 1973), Ulrike Hofmann, Uckersdorf (30. 5. 1973), Eva Herschel, Gießen (3. 5. 1973), Marianne Gauer, Groß-Gerau (22. 5. 1973), Manfred Wagner, Groß-Zimmern (5. 6. 1973), Dagmar Winkler, Offenbach/M. (5. 6. 1973), Angelika Renate Kindermann, Griesheim (5. 5. 1973), Brigitte Körting, Atzbach (7. 5. 1973), Marlis Stehlik, Breitscheid (25. 5. 1973), Christian David, Offenbach/M. (1. 6. 1973), Grith-Karen Del Gindice, Offenbach/M. (1. 6. 1973), Beate Ferber, Steinfurth (1. 6. 1973), Gunhild Kunkel, Gelnhausen (6. 6. 1973), Hartmut Ferber, Steinfurth (1. 6. 1973), Hartmut Bärz, Hattersheim (19. 5. 1973), Helga Burgdorf, Offenbach/M. (5. 6. 1973), Margarete Stüber, Groß-Gerau (21. 5. 1973), Margit Janitschek, Offenbach/M. (5. 6. 1973), Karin Stühmer, Frankfurt/M. (1. 6. 1973), Johanna Debus, Bicken-Ballersbach (8. 6. 1973), Ortwin Utecht, Goddelau (26. 5. 1973), Kuno Kotz, Rüsselsheim (21. 5. 1973), Klaus-Jürgen Gehre, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Gerd Ditmer Körner, Offenbach (15. 5. 1973), Josef Seib, Biblis (21. 5. 1973), Manfred Fischer, Sinn (12. 5. 1973), Heinrich-Wilhelm Möller, Offenbach (10. 5. 1973), Eva-Maria Hippert, Offenbach (13. 6. 1973), Sonja Erika Hilbig, Offenbach (12. 6. 1973), Inge Appel, Büdingen (14. 6. 1973), Kirstin Kratzert, Seeheim a. d. B. (15. 6. 1973), Berthold Müller, Heidenrod-Kemel (18. 4. 1973), Christa Weber, Sinn (14. 6. 1973), Ilka Knoch, Harheim (15. 6. 1973), Irmengard Hertkorn, Pfungstadt (31. 3. 73), Jochen Maurer, Dillenburg (18. 6. 73), Brigitte Wagner, Bischofsheim (19. 6. 1973), Bernd Meuser, Hadamar (20. 6. 1973), Gisela Dahlem, Assmannshausen (26. 6. 1973), Gisela Böttger, Offenbach (13. 6. 1973), Heidemarie Hartmann, Geisenheim (2. 7. 1973), Eva Henkel, Offenbach (28. 6. 1973), Karl-Heiner Kilian, Hallgarten (25. 6. 1973), Christian Davids, Mühlheim a. M. (29. 6. 1973), Edelgard Vojkovic, Mühlheim/M. (25. 6. 1973), Werner Brand, Eiden-geß (28. 6. 1973), Gabriele Zimmermann, Darmstadt (7. 6. 1973), Hedwig Schwind, Wetzlar (2. 7. 1973), Brigitte Lie-wald, Offenbach (13. 6. 1973), Hannelore Sommer, Offenbach (28. 6. 1973), Gunhild Schneider, Frankfurt/M. (25. 6. 1973), Inge Schmidt, Offenbach (3. 7. 1973), Margarethe Rudolph, Assmannshausen (29. 6. 1973), Ernst Hofmeister, Stammheim (3. 7. 1973), Klaus Dieter Scherf, Wetzlar (3. 7. 1973), Ilsemarie Schneider, Frankfurt/M. (17. 5. 1973), Inge Seibel, Rothenbergen (29. 6. 1973), Georg Becker, Beerfelden (28. 5. 1973), Inge Eckhardt, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Ilse Deuerling, Frankfurt/M. (29. 6. 1973), Charlotte Schmidt-Röder, Bischofsheim (3. 5. 1973), Monika Sattler, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Rudolf Röhr, Sterbfritz (9. 7. 1973), Günter Fink, Roßdorf (27. 11. 1973), Gudrun Hoffmann, Flörsheim (13. 6. 1973), Antonia Hettfleisch-Krist, Frankfurt/M. (22. 5. 1973), Annerose Hanisch, Frankfurt/M. (22. 5. 1973), Wilfried Meißner, Bad Schwalbach (27. 6. 1973), Christa Voce, Steinau (6. 7. 1973), Ursula Voegeli, Frankfurt/M. (14. 5. 1973), Hans Schuster, Frankfurt/M. (3. 7. 1973), Rudolf Eckert, Flörsheim (27. 6. 1973), Angelika Fabricius, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Angelika v. Koskull, Frankfurt a. M. (18. 5. 1973), Sigrid Kilian-Hilligen, Frankfurt/M. (24. 5. 1973), Brigitte Krämer, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Karin Hülsemann, Herbornseelbach (27. 6. 1973), Ursula Hembach, Bad Homburg (4. 7. 1973), Edith Girschele, Aisfeld (16. 7. 1973), Ursula Saxena, Bockenheim-Süd (6. 7. 1973), Irmhild Dörschel, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Doris von Freyberg, Frankfurt/M. (19. 5. 1973), Erika Miller, Neuenhain (28. 6. 1973), Elke v. Schmeling-Diringshofen, Frankfurt/M. (22. 5. 1973), Petra Kaffeessieder, Hanau-West (4. 7. 1973), Renate Di Michiel, Hanau (4. 7. 1973), Brigitte Riedel, Frankfurt/M. (18. 5. 1973);

zu **Fachlehrern/innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen für mus.-techn. Fächer z. A. (BaP) Petra Schmitt, Eschbach (9. 4. 1973), Erhard Glass, Langen (5. 4. 1973), Kurt-Helmut Lange, Hartenrod (9. 4. 1973), Christa Schäfer, Friedberg/H. (31. 1. 1973), Karl Kräter, Lich (24. 4. 1973), Helga Barth, Nieder-Roden (10. 4. 1973), Rosemarie Reinig, Rüsselsheim (27. 3. 1973), Annemarie Seyfarth, Flörsheim (26. 4. 1973), Christina Kolodziej, Hartenrod (3. 5. 1973), Hans Oskar Lemke, Merkenbach (3. 5. 1973), Hartwin Baranowski, Wallau (4. 5. 1973), Annegret Lange-Lühker, Gladenbach (18. 5. 1973), Angelika Engel, Roth (2. 4. 1973), Monika Schücker, Nidderau (3. 5. 1973), Katharina Wedekind, Frankfurt/M. (16. 5. 1973), Brigitte Hofmann, Weilmünster (29. 5. 1973), Maleen Goletz, Bensheim-Auerbach (18. 4. 1973), Edith Wondratschke, Eschborn (4. 5. 1973), Heidrun Welschmidt, Friedberg/H. (23. 5. 1973), Wolf-

gang Steinmüller, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Ingeborg Pieschel, Frankfurt/M. (16. 5. 1973), Reinhard Girgla, Rüsselsheim (22. 5. 1973), Gerhard Oefner, Gelnhausen (5. 6. 1973), Ursula Knolle, Urberach (5. 6. 1973), Walter Dürr, Darmstadt (24. 5. 1973), Margit Vetter, Offenbach (4. 6. 1973), Melitta Klement-Ruppert, Frankfurt/M. (1. 3. 1973), Gisela Stöcker, Darmstadt-Arheilgen (30. 5. 1973), Gertrud Deuering, Frankfurt/M. (25. 5. 1973), Edeltrud Sommerschuh, Bruchköbel-Nord (3. 5. 1973), Dorothea Tiemann-Habel, Rüsselsheim (25. 6. 1973), Christina Heinze, Frankfurt/M. (14. 5. 1973), Mechthild Fritsching, Gießen (5. 7. 1973);

apl. Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer (BaP) Frauke Fülling, Idstein/Ts. (3. 5. 1973);

zur **Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer (BaL)** Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Ingeburg Pleß, Eppstein-Vockenhausen (3. 5. 1973);

zu **Hauptlehrern als Leiter einer Grundschule** die Lehrer (BaL) Gerhard Eckert, Walsdorf (2. 4. 1973), Gerhard Hilbert, Ober-Beerbach (21. 5. 1973);

zu **Realschullehrern/innen z. A. (BaP)** die apl. Lehrer/innen (BaW) Eva Berck, Bad Homburg (4. 5. 1973), Herma Rinne, Frankfurt/M. (27. 5. 1973), Ruth Gunkel, Frankfurt/M. (18. 5. 1973), Klaus Dembinski, Groß-Auheim (16. 5. 1973), Annelie Daus, Erlensee (13. 6. 1973);

Rudolf Münzer, Mörfelden/Walldorf (3. 5. 1973), Brigitte Asendorf, Offenbach/M. (3. 5. 1973), Cornelia Hardel, Groß-Gerau (2. 4. 1973), Ursula Burger, Bischofsheim (3. 5. 1973), Elisabeth Marlies Pieper, Darmstadt (23. 5. 1973), Hiltrud Stumm, Groß-Gerau (24. 5. 1973), Ingrid Ries, Rüsselsheim-Königstädten (6. 6. 1973);

zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Christian Grellmann, Geinsheim/Gustavsburg (17. 4. 1973), Rosemarie Grimm, Bensheim (28. 3. 1973), Carola Komischke, Bad Homburg (27. 3. 1973), Sabine Wenger, Frankfurt/M. (6. 3. 1973), Gerhald Jürgen Will, Taunusstein 1 (21. 3. 1973), Erich Antoni, Freigericht (4. 6. 1973), Rainald Ohmer, Nieder-Roden (4. 6. 1973), Arne Geelhaar, Lauterbach (18. 6. 1973), Ilse Geldner, Eltville (2. 7. 1973), Manfred Don, Wallrabenstein (22. 6. 1973), Eberhard Stahl, Herborn (26. 6. 1973), Inge Müller, Eltville (2. 7. 1973), Michaela Rützel, Gernsheim (10. 7. 1973);

Lehrer/in z. A. (BaP) Brigitte Schmitz, Ginsheim-Gustavsburg (28. 5. 1973), Manfred Hoppe, Bad Homburg (28. 5. 1973);

zum/zur **Lehrer/in an einer Sonderschule (BaL)** Lehrer/in an einer Sonderschule z. A. (BaP) Brigitte Schroeder, Frankfurt/M. (11. 5. 1973), Peter Keller, Weckesheim (17. 5. 1973);

zum **Taubstummenoberlehrer (BaL)** Taubstummenoberlehrer z. A. (BaP) Heinz Appel, Friedberg (5. 4. 1973);

zu **Konrektoren/innen einer Grundschule** die Lehrer/innen (BaL) Annemarie Ziegler, Dietzenbach (27. 4. 1973), Erhard Ille, Großauheim (9. 3. 1973), Reinhold Herkner, Dietzenbach (25. 4. 1973), Klaus Hofmann, Fürth/Odw. (30. 3. 1973), Elga Volkenandt, Hattersheim (1. 4. 1973);

zur **Konrektorin einer Grund- und Hauptschule** Lehrerin (BaL) Liselotte Billasch, Bad Nauheim (31. 3. 1973);

zum/zur **Konrektor/in einer Haupt- und Realschule** Realschullehrerin Adelheid Tröscher (BaL), Frankfurt/M. (1. 4. 1973), Realschullehrer Helmut Breitwieser (BaL), Darmstadt (27. 4. 1973);

zum **Konrektor an einer Sonderschule mit mindestens 6 Klassen** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Edmund Jung, Haiger (17. 4. 1973);

zum/zur **Konrektor/in einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Hans Ubben, Rüsselsheim (19. 4. 1973), Sonderschullehrerin (BaL) Sieglinde Koch, Idstein/Ts. (10. 4. 1973);

zum **Konrektor einer Haupt- und Realschule**, Realschullehrer (BaL) Arnold Haag, Mühlheim/M. (25. 4. 1973);

zu **Rektoren einer Grundschule** die Lehrer (BaL) Richard Hörnicke, Wiesbaden (10. 4. 1973), Hans Jörg Lotz, Lauterbach (30. 3. 1973), Manfred Wagner, Wiesbaden (18. 4. 1973); Hauptlehrer (BaL) Ernst Ludwig, Bad Nauheim (24. 4. 1973), die Konrektoren einer Grundschule (BaL) Erwin Schöppe, Frankfurt/M. (10. 4. 1973), Otto Knüttel, Steinheim/M. (30. 4. 1973), Hauptlehrer/in als Leiter/in einer Grundschule (BaL) Hermann Stoll, Oberbiel (6. 4. 1973), Gerda Bublitz, Hochheim (30. 4. 1973), Joachim Hoefert,

Offenthal (29. 4. 1973), Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Paul Abicht, Hattersheim (30. 4. 1973), Realschullehrer (BaL) Günter Mistereck, Erfelden (1. 4. 1973); zum **Rektor einer Hauptschule** Realschullehrer (BaL) Georg Speicher, Rüsselsheim (11. 4. 1973);

zu **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** der Realschullehrer (BaL) Walter Schulz, Frankfurt/M. (10. 4. 1973), der Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Helmut Helfrich, Stockheim (31. 3. 1973);

zu **Rektoren/innen einer Haupt- und Realschule** die Realschullehrer/innen (BaL) Dr. Ursula Jeuthe, Heusenstamm (1. 4. 1973), Hans-Willi-Büchler, Hungen (13. 4. 1973), Walter Klein, Seligenstadt (28. 5. 1973), Lehrer Dietrich Zieger, Frankfurt/M. (1. 4. 1973), die Konrektoren einer Haupt- und Grundschule (BaL) Josef Schäfer, Rudesheim (15. 5. 1973), Karl Mohrherr, Friedensdorf (25. 5. 1973);

zum **Rektor als Ausbildungsleiter bei einem Pädagogischen Studienseminar** Realschullehrer Jürgen Eilers, Heusenstamm (10. 4. 1973);

zu **Pädagogischen Leitern einer Gesamtschule** Konrektor einer Haupt- und Realschule Walter Lösch, Lampertheim (1. 4. 1973), Konrektorin einer Grund- und Hauptschule Liselotte Grube, Dörnigheim (29. 5. 1973), Rektor einer Realschule Werner Klein, Wächtersbach (28. 5. 1973), Realschullehrer Dr. Herbert Gottstein, Groß-Bieberau (29. 5. 1973);

zu **Rektoren als ständigen Vertretern** von in der Bes.-Gruppe A 15 eingestufteten Direktoren einer Gesamtschule Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Hugo Wölz, Fürth/Odw. (3. 5. 1973), Horst Gäbel, Aßlar-Hermannstein (25. 5. 1973);

zu **Direktoren einer Gesamtschule** die Direktoren einer Haupt- und Realschule (BaL) Tehodor Loehrke, Ober-Ramstadt (13. 4. 1973), Werner Jaensch, Wetzlar-Niedergirmes (23. 5. 1973), Herbert Flender, Wetzlar (25. 5. 1973), die Direktoren einer Grund- und Hauptschule (BaL) Robert Wirth, Wetzlar (25. 5. 1973), Heinrich Gombert, Launsbach (25. 5. 1973), Rektor als ständiger Vertreter eines in der Besoldungsgruppe A 15 eingestufteten Direktors einer Gesamtschule (BaL) Wolfgang Hentschke, Wiesbaden-Klarenthal (24. 5. 1973);

zum **Direktor als ständigem Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** Rektor einer Haupt- und Realschule Karl Heinrich (BaL), Gießen-West (1. 4. 1973);

zum/zur **Schuloberpsychologen/in** Dipl.-Psych. Elisabeth Franziska Gottwald, Frankfurt/M. (23. 5. 1973), Rektor einer Grund- und Hauptschule Dipl.-Psych. Heinrich Schwappacher, Groß-Gerau (23. 5. 1973);

eingewiesen:

in die Bes.-Gruppe A 13a als Konrektorin einer Grundschule mit mindestens 18 Klassen Konrektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen Heidede Schröder (BaL) Jügesheim (2. 5. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 13a als Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit mindestens 16 Klassen Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit 6—15 Klassen Walter Hampel, Taunusstein-Wehen (8. 4. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 13a als Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit mindestens 17 Klassen Konrektor einer Grund- und Hauptschule mit 6—15 Klassen (BaL) Helmut Breiter, Schöneck-Kilianstädten (13. 4. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 Rektor einer Grund- und Hauptschule Albert Groß, Hainstadt (13. 4. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 als Rektorin einer Grundschule mit mindestens 16 Klassen Rektorin einer Grundschule mit 6—15 Klassen (BaL) Ursula Paul, Neu-Isenburg (9. 4. 1973);

in die Bes.-Gruppe A 14 als Rektor einer Grund- und Hauptschule mit mindestens 16 Klassen Rektor einer Grund- und Hauptschule mit 6—15 Klassen Wilhelm Ullius, Taunusstein-Wehen (7. 4. 1973);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer Roswitha Eichendorf, Frankfurt/M. (25. 5. 1973);

entlassen:

Lehrerin Birgitt Mennella, Bruchköbel (28. 2. 1973), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer z. A. Ingeborg Zimmer,

Weilburg (30. 4. 1973), Fachlehrer z. A. Heinz-Jürgen Jürgensen, Bensheim (30. 9. 1972), Lehrer Horst Ziefuß, Gießen (30. 4. 1973), apl. Lehrer Klaus Böhm, Birkenau (4. 5. 1973), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Karin Bretz, Bad Homburg (31. 7. 1973), apl. Lehrerin Helga Erhardt, Gießen (6. 9. 1973), Lehrerin z. A. Ulrike Zerfass, Wiesbaden (31. 7. 1973), Lehramtsreferendarin Gudrun Gerritzen, Bad Soden (30. 6. 1973), Fachlehrer f. mus.-techn. Fächer z. A. Olaf Müller, Langen (30. 9. 1973), Lehrer Rudolf Ermer, Wallau (31. 7. 1973), Lehrerin an einer Sonderschule Christel Schäfer, Hommertshausen (31. 7. 1973), Lehrerin z. A. Johanna Stöhr, Rüdesheim (31. 7. 1973), Lehrer an einer Sonderschule Leopold Lapp, Wetzlar (31. 7. 73), Lehrerin z. A. Gerlinde Kettacker, Schwalbach-Limes (31. 7. 1973), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer z. A. Barbara Noll, Jügesheim (31. 7. 1973), Lehrerin z. A. Barbara Muth, Bischofsheim (14. 11. 1972), apl. Lehrerin Irmgard Baumert, Limburg/L. (15. 11. 1972), apl. Lehrer Claus-Dieter Sünder, Bürstadt (31. 5. 1973), Fachlehrerin f. mus.-techn. Fächer Gisela Hoischen-Wiesner, Lich (31. 7. 1973), Lehrerin Sieghild Kootz, Offenbach/M. (15. 8. 1973).

Darmstadt, 2. 8. 1973

Der Regierungspräsident

II 1a — 71 08 (1)

StAnz. 35/1973 S. 1558

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** bisheriger Dozent der Universität Tübingen Dr. Klaus Heinerth (25. 5. 1973), bisheriger Wiss. Assistent der Universität Tübingen Dr. Hans-Ulrich Schnitzler (25. 5. 1973), Dr. Hans Martin Jahns (24. 5. 1973), Dr. Hartmut Haug (22. 5. 1973), Dr. Theodor Butterfaß (6. 6. 1973), bish. Wiss. Assistent der Universität Heidelberg Dr. Gerd Kohlhepp (8. 6. 1973), bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Düsseldorf Dr. Dr. Willi Schumacher (6. 6. 1973), bish. Wiss. Rat und Professor der Med. Akademie Düsseldorf Dr. Rafael Dudziak (8. 6. 1973), bish. Universitätsdozent der Universität München Dr. Winfried Hassemer (6. 6. 1973), Dr. Horst Harro Maxion (25. 6. 1973), Dr. Eberhard Schneider (25. 6. 1973);

zur **Professorin an einer Universität** Oberstudienrätin im Hochschuldienst (BaL) Dr. Elisabeth Becker (24. 5. 1973);
zur **Akademischen Rätin z. A. (BaP)** Wiss. Assistentin Dr. Charlotte Warnke (4. 6. 1973);

versetzt:

vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen Akademischer Rat Dr. Jörg Kujaw (24. 4. 1973);

in den **Ruhestand** getreten:

Oberstudienrat im Hochschuldienst Erich Stein (1. 7. 1973);

Philipps-Universität Marburg/Lahn

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Münster Dr. Karl-Bernhard Gundlach (28. 5. 1973), Wiss. Assistent Dr. Heinrich Kalbfleisch (8. 6. 1973), Dozent an einer Universität Dr. Peter Thomas (8. 6. 1973), bish. außerpl. Professor der Universität Karlsruhe Dr. Friedrich Hensel (7. 6. 1973);

zu **Dozenten an einer Universität (BaW)** die bish. Wiss. Assistenten der Universität Karlsruhe Dr. Rolf Schmutzler, Dr. Werner Freyland (beide 1. 6. 1973);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 Professor an einer Universität Dr. Paul Schmitz-Moormann (30. 5. 1973);

Justus Liebig-Universität Gießen/Lahn

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** Dozent an einer Universität Dr. Michael Moeller (8. 5. 1973), bish. Wiss. Assistent der Universität Köln Dr. Jürgen Rödiger (6. 6. 1973), bish. Wiss. Rat der Universität Tübingen Dr. Gerhard Michler (10. 5. 1973), bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Köln Dr. Gerd Aberle (7. 6. 1973), bish. Wiss. Assistent der Universität Konstanz Dr. Armin Geraths (30. 5. 1973);

zum **Professor an einer Universität Akademischer Rat (BaL)** Dr. Hans-Joachim Oehmke (24. 5. 1973);

zum **Akademischen Oberrat Akademischer Rat (BaL)** Dr. Hans-Georg Schmidt (1. 5. 1973);

zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Harald Neubacher (1. 6. 1973);

zum **Akademischen Rat z. A. (BaP)** Wiss. Assistent Dr. Hansgerd Göckenjan (29. 5. 1973);

zum **Dozenten an einer Universität** Wiss. Assistent (BaW) Dr. Holger Wöhrmann (1. 6. 1973);

zu **Dozenten an einer Universität (BaW)** Dr. Peter Gorsen, Dr. Volker Jäger, Dr. Ute Pleimes (sämtlich 1. 6. 1973);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 4 Professor an einer Universität Dr. Dr. Günter Schewe (16. 5. 1973);

entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Karl Maruhn (1. 4. 1970);

Technische Hochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Professor an einer Universität (BaL)** Dr. Herbert Fenger (8. 6. 1973);

zu **Dozenten an einer Universität (BaW)** Dr. Jürgen Warnatz, Dipl.-Ing. Karl Jürgen Lenz, Dipl.-Ing. Bernd Nowak (sämtlich 1. 6. 1973);

Gesamthochschule Kassel

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Georg Schoppe (18. 6. 1973);

Fachhochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Roland Gorges M. A. (20. 6. 1973);

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dr. Walter Penn (1. 7. 1973);

Fachhochschule Frankfurt/Main

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dipl.-Politologe Peter Weigt (25. 6. 1973);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 die Fachhochschullehrer Dipl.-Ing. Günter Wunderlich, Dipl.-Phys. Rudolf Sedlak, Dr. Herbert Preissner, Dipl.-Phys. Gottfried Schröder, Dipl.-Phys. Manfred Schmidt (sämtlich 15. 6. 1973), Dipl.-Ing. Klaus-Jürgen Schneider (14. 6. 1973);

Fachhochschule Gießen/Lahn

ernannt:

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Günter Scharrer (2. 7. 1973);

Fachhochschule Wiesbaden

ernannt:

zu **Fachhochschullehrern (BaL)** die Fachhochschullehrer z. A. (BaP) Dipl.-Wirtsch. Detlef Pagels (19. 6. 1973), Dipl.-Ing. Gustav Daase (2. 7. 1973), Dr. Franz Baier (25. 6. 1973);

zu **Fachhochschullehrern z. A. (BaP)** Dr. Klaus Leibrecht, Dipl.-Phys. Sigurd Schulien (beide 2. 7. 1973);

Hess. Staatsarchiv Marburg

in den **Ruhestand** getreten:

Archivdirektor Professor Dr. Kurt Dülfer (1. 7. 1973);

Hess. Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau Geisenheim

ernannt:

zum **Wiss. Rat z. A. (BaP)** Dr. Wolfgang Bettner (12. 6. 1973).

Wiesbaden, 6. 8. 1973

Der Hessische Kultusminister

I B 1.1 — 050 35 (141)

StAnz. 35/1973 S. 1564

1106 DARMSTADT**Regierungspräsidenten****Auflösung des Krankenunterstützungsvereins Urberach, Krs. Dieburg**

Der Krankenunterstützungsverein Urberach, Ldkrs. Dieburg, hat durch seine ordentliche Mitgliederversammlung am 15. 2. 1973 die Auflösung mit Wirkung vom Tage der Bekanntmachung beschlossen.

Hierzu habe ich die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt.

Darmstadt, 7. 8. 1973

Der Regierungspräsident

III 6 — 39 f 16/01

St.Anz. 35/1973 S. 1565

1107**Ungültigkeitserklärung von Dienstsiegeln**

Bei der Gemeinde Altenstadt, Wetteraukreis, sind folgende Dienstsiegel in Verlust geraten:

1. Ein Dienstsiegel (Ø 3,5 cm) mit der Aufschrift „Gemeinde Altenstadt Wetteraukreis“ und dem Gemeindegewappen mit der Kennziffer 11

2. Ein Dienstsiegel (Ø 3,5 cm) mit der Aufschrift „Gemeinde Altenstadt Wetteraukreis“ und dem Gemeindegewappen mit der Kennziffer 12
3. Ein Dienstsiegel (Ø 2,5 cm) mit der Aufschrift „Gemeinde Altenstadt Wetteraukreis“ und dem Gemeindegewappen mit der Kennziffer 6
4. Ein Dienstsiegel (Ø 2,5 cm) mit der Aufschrift „Gemeinde Altenstadt Wetteraukreis“ und dem Gemeindegewappen mit der Kennziffer 11
5. Ein Dienstsiegel (Ø 2,5 cm) mit der Aufschrift „Gemeinde Altenstadt Wetteraukreis“ und dem Gemeindegewappen mit der Kennziffer 12.

Die vorstehenden Dienstsiegel werden hiermit für ungültig erklärt. Jede weitere Benutzung wird strafrechtlich verfolgt.

Darmstadt, 10. 8. 1973

Der Regierungspräsident

I 1 — 5 e 08/13 (29)

St.Anz. 35/1973 S. 1565

Buchbesprechungen

Politik und Planung im ländlichen Raum — AVA Jahrestagung 1973 — Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V., Wiesbaden, Sonderheft 48, 167 S., Unkostenbetrag 10,— DM.

Das vorliegende Sonderheft enthält die bei der 16. Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e. V. am 15. und 16. März 1973 in Wiesbaden gehaltenen Vorträge

- Prof. Dr. F. Wagener, Speyer:
Zum Verhältnis von Politik und Planung
Staatsminister a. D. Dr. h. c. T. Tröscher, Wiesbaden:
Agrarstrukturpolitik — Mythos oder Realität?
Dr. W. Frank, Brüssel:
Zukunftskonzeptionen für den ländlichen Raum
— Tendenzen und Fragen
Dr. P. Kuhlmann, Bad Homburg:
Zur Situation im ländlichen Raum
Prof. Dr. K. Schäfer, Hannover:
Entwicklungsplanung in ländlichen Räumen
— Beitrag zur Funktionsbestimmung
Min.-Rat Dr. K.-H. Hübler, Bonn:
Lebensqualität und Sozialchancen im ländlichen Raum
— Änderungen der Maßstäbe und Dimensionen
Landrat A. Pfuhl, Schwalmstadt:
Förderung des ländlichen Raumes
— Zielsetzungen und Prioritäten
Min.-Rat Dr. J. Steinmetz, Wiesbaden:
Agrarstrukturelle Vorplanung
— Ein Instrument zur ganzheitlichen Landentwicklung
Dr. K. Filscher, Kaiserslautern:
Regional-, Nahbereichs-, Ortsplanung
— Praktikable Instrumente der Landentwicklung?
Direktor Dr. K. Ganser, Bonn-Bad Godesberg:
Planung — Alibi oder Mittel der Gestaltung?

Es kann nicht Aufgabe dieser Rezension sein, die 10 Referate im einzelnen zu besprechen. Festzuhalten bleibt, daß der Planung gerade im ländlichen Raum immer mehr Bedeutung zuwächst und Entscheidungen weit in die Zukunft reichen, aber auch rasch überholt sein können. Mehrere Faktoren geben dem ländlichen Raum einen neuen hohen politischen Rang und den Anspruch auf das Interesse einer breiten Öffentlichkeit. Dazu gehören u. a.

die sozialen und weltwirtschaftlichen Konsequenzen aus der Bevölkerungsexplosion, die sich insbesondere in der Dritten Welt ereignet,

die Unvermehrbarkeit des Grund und Bodens,

die zunehmende Verseuchung von Boden, Wasser und Luft als Folge der Hochzivilisation der Industrieländer gefährdet das biologische Gleichgewicht.

Die Agrarfrage erschöpft sich nicht in einer möglichst reichhaltigen und preiswerten Selbstversorgung mit Nahrungsgütern der eigenen Gesellschaft und auch nicht in den sozialökonomischen Existenzproblemen der z. Z. wirtschaftenden Landwirte. Sie ist vielmehr Teil eines internationalen und zukunftsorientierten Entwicklungsprozesses. Die bisher allzu sehr auf materielle Sach- und Fachfragen eingegängte Diskussion über die Grundfragen der Entwicklung des ländlichen Raumes muß auf eine höhere gesellschaftspolitische Ebene, unter Einbeziehung internationaler Aspekte, gehoben werden.

Der Wert der Schrift liegt in der breiten Information und nicht zuletzt darin, daß die vorgetragenen Auffassungen zu einer kritischen Betrachtung und damit zur Überprüfung eigener Ansichten anregen.
Ministerialrat Dr. Breuers

Deutscher Bäderkalender. Ausgabe 1973. 563 S. Herausgeber: Deutscher Bäderverband e. V., Bonn.

Der „Deutsche Bäderkalender“ erscheint in seiner neuen Auflage in einem gefälligeren äußeren Gewande. An Umfang hat er um etwa ein Fünftel zugenommen, im wesentlichen bedingt durch die Erweiterung des Angebotes an Kur- und Badeorten für den erholungsuchenden Menschen in unserer streßbelasteten Gesellschaft. Im Aufbau hat der neue Bäderkalender die Systematik, die sich in den vorhergehenden Auflagen gut bewährt hat, beibehalten. Der wissenschaftliche Teil ist von anerkannten Fachleuten auf dem Gebiete der Balneotherapie überarbeitet und mit den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen angereichert worden. Die „Grundsätze für eine zeitgemäße Behandlung in den Heilbädern und Kurorten“ wurden neu aufgenommen. Im Tabellenteil mit seiner umfassenden Zusammenstellung aller deutschen Mineral- und Moorbäder, Seebäder und Seehelmbäder, Kneippheilbäder und Kneippkurorte und der heilklimatischen Kurorte sind erstmals auch Tabellen über Mineral- und Meerwasserschwimmbäder aufgenommen worden.

Dieses kleine „Handbuch des deutschen Bäderwesens“ wird den Ärzten und allen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens tätigen Einrichtungen, den Krankenkassen und Versicherungen wie auch den Organisationen des Fremdenverkehrs sicher ein sehr nützlicher und wertvoller Helfer sein. Regierungsdirektor Dr. Biemann

Sachenrecht. Lehrbuch. Von Prof. Dr. Harry Westermann. Studienausgabe, unveränderter Nachdruck der 5., neubearbeiteten Auflage 1968 mit einer Einführung in die Fortentwicklung des Sachenrechts zum Stand vom 30. 6. 1972. XXXV, 732 S., kart. 38,— DM. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe.

Das „Sachenrecht“ von Westermann ist seit der ersten Auflage (1951) ein Standardwerk der juristischen Literatur und wohl auch das ausführlichste für Studenten geschriebene Lehrbuch auf diesem Gebiet. Schon frühzeitig hat der Verfasser in Kenntnis der pädagogischen Notwendigkeiten das gesamte Lehrbuch an Beispielfällen aufgearbeitet, eine überragende Leistung, wenn man bedenkt, daß sämtliche Literatur und Rechtsprechung Berücksichtigung gefunden haben. Es gibt wohl kaum ein Problem, das in diesem Buch nicht behandelt wird. So wächst das Buch über den Lehrbuchcharakter hinaus zu einem Erläuterungswerk für jede offene Frage.

Das Buch befindet sich durch den Nachtrag auf dem Stand von 1971. Bis zu diesem Jahr ist Literatur und Rechtsprechung nachgetragen. Man vermißt jedoch eine Auseinandersetzung hiermit. Dies ist um so unverständlicher, als der Verfasser dies gerade in der neuen Auflage seines „Allgemeinen Teils“ in besonders vorbildlicher Weise getan hat. Als nachteilig erweist sich auch die Tatsache, daß der Nachtrag nicht in das Lehrbuch eingearbeitet, sondern gesondert gefaßt wurde. Die Problematik solcher Nachträge wird hier besonders sichtbar. Der Verfasser rechtfertigt dieses Vorgehen mit der aufgeworfenen Frage, ob in dem sich wandelnden Studium das „große Lehrbuch“ herkömmlicher Art noch seinen Platz hat oder grundsätzlich in Inhalt und Darstellungsart neu bestimmt werden soll. Angesichts der hervorragenden Qualität dieses Werkes wäre es jedoch mehr als schade, wenn der Verfasser diese Arbeit nicht in der bisherigen Weise weiterführen würde. Man darf daher darauf hoffen, daß bald eine überarbeitete Neuauflage herausgegeben wird.

Richter Schmidt von Rhein

1973

Montag, den 27. August 1973

Nr. 35

Veröffentlichungen

2789

Verlust von Dienstausweisen

Die vom Magistrat der Stadt Neu-Isenburg für Amtsinspektor Wolfgang Fleckenstein, Offenbach a. M., ausgestellten Dienstausweise Nr. 56, vom 4. März 1971, und Nr. 87, vom 5. Mai 1972, sind in Verlust geraten.

Diese Ausweise werden für ungültig erklärt.

6078 Neu-Isenburg, 13. 8. 1973

Der Magistrat
 der Stadt Neu-Isenburg
 Becker
 Erster Stadtrat

2790

Verlust eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel Nr. 8 mit dem Stadtwappen und der Umschrift „Landeshauptstadt Wiesbaden“, Durchmesser 2 cm, ist in Verlust geraten und wird mit Wirkung vom 6. 7. 1973 für kraftlos erklärt.

62 Wiesbaden, 9. 8. 1973

Landeshauptstadt Wiesbaden
 Der Magistrat
 100 102

Aufgebote

2791

31 C 565/72: Der Diplom-Volkswirt Dr. rer. pol. Bernhard Schanz aus Offenbach (M.) hat das Aufgebot der in Verlust geratenen Grundschuldbriefe über die im Grundbuch von Offenbach (M.), Band 144, Blatt 4050, in Abteilung III Nr. 5, für die Hessische Landesbank — Girozentrale — in Frankfurt/M., eingetragene, mit 9% verzinliche Grundschuld von 20 000,— DM und die in Abteilung III Nr. 7 für die Vereinigte Bausparkassen Aktiengesellschaft in Bielefeld eingetragene, mit 12% verzinliche Grundschuld von 27 834,61 DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 20. März 1974, 9.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Gebäude A, Kaiserstraße 16, Zimmer 117, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

605 Offenbach/M., 8. 8. 1973 **Amtsgericht**

Güterrechtsregister

2792

Auf Grund des fünften Gesetzes zur Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes vom 12. Juni 1973 sind nachstehende Güterrechtsregistersachen des Amtsgerichts Korbach am 16. Juli 1973 in das Güterrechtsregister des Amtsgerichts Arolsen eingetragen.

A. Es besteht Gütertrennung auf Grund Artikel 8 I Nr. 3 Absatz 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. 6. 1957 durch Erklärung

GR 159: der Ehefrau vom 30. Juni 1958, Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt

Heinrich Rose und Marie geb. Müller, in Berndorf 148

(GR 184 AG Korbach)

GR 160: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Karl Brühne und Anna geb. Grebe in Mühlhausen Nr. 57.

(GR 135 AG Korbach)

GR 161: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Land- und Gastwirt Heinrich Graf u. Margarete geb. Grebe in Berndorf Nr. 9.

(GR 187 AG Korbach)

GR 162: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Heinrich Kesting u. Maria geb. Wilke in Berndorf Nr. 92.

(GR 193 AG Korbach)

GR 163: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Bruno Wolff u. Charlotte geb. Glatthor in Berndorf Nr. 38.

(GR 193 A AG Korbach)

GR 164: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Wilhelm Rüsseler u. Frieda geb. Berthold in Berndorf, Arolser Landstraße 93.

(GR 194 AG Korbach)

GR 165: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Heinrich Dämmer u. Frieda geb. Will in Berndorf Nr. 33.

(GR 194 A AG Korbach)

GR 166: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Wilhelm Schmidt u. Marie geb. Wilke in Berndorf Nr. 58.

(GR 195 AG Korbach)

GR 167: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Friedrich Heinemann u. Frieda geb. Böttcher in Berndorf Nr. 7.

(GR 195 A AG Korbach)

GR 168: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Fritz Wilke u. Martha geb. Emde, Berndorf Nr. 123.

(GR 196 A AG Korbach)

GR 169: des Ehemannes vom 30. Juni 1958

Bezeichnung der Ehegatten: Schreinermeister Heinrich Emde u. Marie geb. Hille in Berndorf Nr. 82.

(GR 197 A AG Korbach)

B. Es wurde Gütertrennung vereinbart durch Vertrag vom:

GR 170: 28. September 1961

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Werner Freitag und Irmgard geb. Klein in Berndorf, Krs. Waldeck.

(GR 215 A AG Korbach)

GR 171: 27. August 1963

Bezeichnung der Ehegatten: Tischlermeister und Kaufmann Fritz Wilhelm Wilke und Frau Inge Wilke geb. Krause, beide in Berndorf Nr. 123.

(GR 230 AG Korbach)

GR 172: 8. Februar 1964

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt

Otto Wiese und Ehefrau Charlotte Wiese geb. Israel, Mühlhausen.

(GR 234 A AG Korbach)

GR 173: 9. Juni 1965

Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Horst Wilke u. Helga geb. Schade, Berndorf.

(GR 250 AG Korbach)

GR 174: 4. April 1967

Bezeichnung der Ehegatten: Handelsvertreter Wolfgang Stühr und Karin geb. Bergmann in Berndorf, Strother Str. 23.

(GR 260 A AG Korbach)

GR 175: 7. November 1968

Bezeichnung der Ehegatten: Gastwirt Günter Ewald Sendzick und Roswitha Margarethe geb. Kempa, Berndorf.

(GR 276 A AG Korbach)

GR 176: 28. Juni 1972

Bezeichnung der Ehegatten: Architekt Hermann Kuhnhenh und Waldtraud geb. Schild, Twistetal-Berndorf, Blumenstr. 11.

(GR 314 A AG Korbach)

C.

GR 177: Bezeichnung der Ehegatten: Arbeiter Adolf Höhle und Isolde geb. Nickitsch, Berndorf, Bahnhof.

Der Ehemann hat der Ehefrau das Recht innerhalb des häuslichen Wirkungskreises Geschäfte zu besorgen ausgeschlossen.

(GR 268 A AG Korbach)

D. Es wurde Gütergemeinschaft vereinbart durch Vertrag vom

GR 178: 10. August 1970

Bezeichnung der Ehegatten: Kaufmann Rudolf Schneider und Frau Ursula geb. Butterweck in Berndorf, Kupferstr. 27.

(GR 294 A AG Korbach)

GR 179: 18. Februar 1965

Bezeichnung der Ehegatten: Landwirt Karl Wilhelm und Gerda geb. Wilhelm, Berndorf.

(GR 245 A AG Korbach)

3548 Arolsen, 14. 8. 73

Amtsgericht

2793

GR 1992 — 26. 7. 1973: Die Eheleute Alfred Anton Gitzelmann, Maschinensetzer, und Helga geb. Siewers, beide in Seeheim, haben durch Vertrag vom 6. Juli 1973 Gütergemeinschaft vereinbart.

6100 Darmstadt, 17. 8. 73

Amtsgericht

Handelsregister

2794

HRB 1 — Veränderung: Firma Stuhlfabrik Ailsfeld-Türpe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz: Ailsfeld/Oberhessen.

Stammkapital: 860 000,— DM.

Die Gesellschafterversammlung hat am 19. Mai 1973 die Änderung des § 3 (Stammkapital) und § 15 Abs. 3 (Abtretung von Geschäftsanteilen) des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

632 Ailsfeld, 10. 8. 1973

Amtsgericht

2795

HRA 1130 — Veränderung — 8. 8. 1973: Arolser Kurbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Schloßhotel-Kommanditgesellschaft, Arolsen: Zwei Kommanditisten sind eingetreten.

3548 Arolsen, 8. 8. 1973

Amtsgericht

2796

HRA 1170 — Veränderung — 8. 8. 1973:
L. V. Rumpf-Ziegelwerke KG, Volkmar-
sen: Ein Kommanditist ist ausgeschieden,
ein Kommanditist ist eingetreten.

3548 Arolsen, 8. 8. 1973 Amtsgericht

2797

HRB 1008 — Löschungen — 14. 8. 1973:
Wethener Steinwerke, Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Wethen/Waldeck.

Die vermögenslose Gesellschaft ist nach
§ 2 des Gesetzes vom 9. Oktober 1934 von
Amts wegen gelöscht.

3548 Arolsen, 14. 8. 73 Amtsgericht

2798

HRA 1105 — Löschungen — 15. 8. 1973:
Otto Krauskopf & Söhne, Arolsen.

Die Firma ist erloschen.

3548 Arolsen, 15. 8. 1973 Amtsgericht

2799

1 HRB 1031 — Marmorwerk Zierenberg
GmbH, Zierenberg.

Gegenstand des Unternehmens ist die
Errichtung und Unterhaltung eines Mar-
morwerkes, Produktion und Verkauf von
Natursteinerzeugnissen. Die Gesellschaft
ist berechtigt, andere Unternehmen zu
erwerben und sich an solchen zu betei-
ligen.

Stammkapital: 30 000,— DM.

Geschäftsführer: Ingenieur Adolf Wi-
ckert, Zierenberg, Zum Kattenstein 4.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Der Gesellschaftsvertrag ist am 7. 3. 1973
abgeschlossen und am 2. 4. 1973 hinsicht-
lich des Gegenstandes des Unternehmens
geändert worden. Der Geschäftsführer ver-
tritt die Gesellschaft und ist von den
Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Als nicht eingetragen wird veröffent-
licht: Bekanntmachungen der Gesellschaft
erfolgen im Bundesanzeiger.

3549 Wolfhagen, 8. 8. 1973 Amtsgericht

2800

1 HRA 1118 — 10. 8. 1973: Erich Horn
Tiefbau und Güternahverkehr, Heimarshausen.

Die bisherige Einzelfirma ist mit Wir-
kung vom 1. 1. 1971 in eine Kommandit-
gesellschaft unter der Firma „Erich Horn
Hoch- und Tiefbau Kommanditgesellschaft“
umgewandelt. Persönlich haftender Ge-
sellschafter: Bauunternehmer Erich Horn,
Naumburg-Heimarshausen.

Rosemarie Horn geb. Sauer, Naumburg-
Heimarshausen, ist Einzelprokura erteilt.
Zwei Kommanditisten.

3549 Wolfhagen, 10. 8. 1973 Amtsgericht

Vereinsregister**2801**

VR 379 — Neueintragung — 16. 8. 1973:
Elternaktion Abenteuerspielplatz Lorsch
e. V., Lorsch.

6140 Bensheim, 16. 8. 73 Amtsgericht

2802

VR 864 — 24. Juli 1973: Fernschtechni-
sche Gesellschaft (FTG) in Darmstadt. Die
Mitgliederversammlung vom 20. Dezember
1972 hat die Auflösung des Vereins
beschlossen. Abwickler: Prof. Dr. Richard
Theile, München; Prof. Dr. Walter Bruch,
Hannover; Dipl.-Ing. Fritjof Rudert,
Darmstadt; Dipl.-Ing. Günther Wengen-
roth, Darmstadt; Dipl.-Ing. Hans Robert
Groll, Darmstadt; Prof. Dr. Helmut
Schönfelder, Braunschweig; Dr. Hans
Springer, Weiherhof.

VR 984 — 9. 7. 1973: Verein zur Unter-
stützung der Hinterbliebenen von Ange-
hörigen der selbständigen steuer- und
wirtschaftsberatenden Berufe in den Fi-
nanzamtsbezirken Darmstadt, Groß-Ge-
rau, Bensheim, Langen, Dieburg, Michel-
stadt und Fürth 1. Odw. (Unterstützungs-
verein) in Darmstadt. Infolge Wegfalls
sämtlicher Mitglieder gilt der Verein als
aufgelöst.

VR 1048 — 24. 7. 1973: Neue Künstlerko-
lonie Darmstadt e. V. in Darmstadt. Durch
Beschluss der Mitgliederversammlung vom
15. Mai 1973 ist die Satzung in § 13 (Auf-
lösung) geändert. Die Mitgliederversamm-
lung vom 15. Mai 1973 hat die Auflösung
des Vereins beschlossen. Abwickler: Kurt
Jahn, Architekt, Darmstadt; Otto Page,
Obermagistratsrat, Darmstadt.

VR 1097 — 19. 6. 1973: Deutsches Rotes
Kreuz, Bezirksverband Darmstadt in
Darmstadt. Die Mitgliederversammlung
vom 27. Mai 1972 hat die Auflösung des
Vereins beschlossen.

Abwickler: Wilhelm Härtling, Landes-
rat a. D., Darmstadt; Karl Schneider,
Landesoberamtmann a. D., Trautheim;
Wilhelm Werner, Landessozialgerichts-
rat a. D., Darmstadt; Otto Schmidt, Darm-
stadt; Wilhelm Erhardt, Darmstadt; Fritz
Schmidt, Wixhausen; Dr. Hans Schenck,
Trautheim; Peter Schmidt, Studienrat,
Darmstadt-Eberstadt; Gernot Traupel, Di-
rektor, Darmstadt; Johannes Ferdinand
Glenz, Rechtsanwalt, Darmstadt; Dr. Gi-
sela Gröbmann, Pfungstadt; Karl Scherer,
Realschullehrer, Nieder-Ramstadt; Hilde
Weber geb. Ramge, Jugenheim.

VR 1325 — 10. 7. 1973: Unteroffizier-
Heimgesellschaft FHS 1 Darmstadt e. V.
in Darmstadt.

VR 1326 — 1. 8. 1973: Ortsgewerbeverein
Darmstadt-Eberstadt in Darmstadt-Eber-
stadt.

VR 1327 — 9. 8. 1973: PRO FAMILIA,
Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung
und Familienplanung, Ortsverband Darm-
stadt e. V., in Darmstadt.

VR 1328 — 10. 8. 1973: Interessengemein-
schaft Umweltschutz Südhessen in Darm-
stadt.

6100 Darmstadt, 17. 8. 1973 Amtsgericht

2803

VR 213 — Neueintragung — 26. 6. 1973:
Sport- und Kulturgemeinde Bonsweier in
Mörlenbach, Ortsteil Bonsweier.

6149 Fürth, 26. 6. 1973 Amtsgericht

2804

VR 5787: Beim Amtsgericht Frankfurt
Arbeitsgruppe Architekten e. V.

Die Mitgliederversammlung vom 26. Ja-
nuar 1973 hat die Auflösung des Vereins
beschlossen.

6451 Hochstadt, 18. 8. 1973 Amtsgericht

2805

8 VR 210: Cobigolf-Club Rauschenberg.
Sitz: Rauschenberg. Eingetragen am 25. 7.
1973.

3575 Kirchhain, 25. 7. 1973 Amtsgericht

2806

8 VR 480 — Neueintragung — 17. 8. 1973:
Freier Kindergarten Alt Schwalbach e. V.
in Schwalbach (Taunus).

6240 Königstein, 17. 8. 73 Amtsgericht

2807

5 VR 326 — Neueintragung — 14. 8. 1973:
Ortsgruppe Viernheim des Vereins für
deutsche Schäferhunde e. V., Sitz Augs-
burg des Vereins für deutsche Schäfer-

hunde (SV) e. V. im VDH, Rechtssitz Augs-
burg, 6806 Viernheim.

684 Lampertheim, 14. 8. 1973 Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse**2808**

6a N 32/73 — Beschluss: Über das Ver-
mögen der Firma Koch- und Tehnogradnja
GmbH, Oberursel/Ts., Kumeliusstraße 8,
Geschäftsführer: Franjo Jankac, Zagreb,
Gornje Prekvizje Nr. 14, wird heute, am
13. 8. 1973, 12.25 Uhr, Konkurs eröffnet,
da die Gesellschaft zahlungsunfähig ist
(§ 102 KO).

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Ulrich
Kneller, 6451 Bischofsheim bei Frankfurt/
Main, Haus der Raiffeisenbank, Tel. (06194)
6 30 75.

Konkursforderungen sind bis zum
30. September 1973 beim Gericht anzumel-
den, und zwar in zweifacher Ausfertigung
unter Angabe der errechneten Zinsen und
Kosten bis zum Tage der Konkurs eröff-
nung.

Termin zur Beschlussfassung über Bei-
behaltung des ernannten oder Wahl eines
neuen Verwalters, Wahl eines Gläubiger-
ausschusses und eintretendenfalls über
die in §§ 132, 134 und 137 der Konkurs-
ordnung bezeichneten Gegenstände: Mon-
tag, den 8. Oktober 1973, 8.30 Uhr, und
Termin zur Prüfung angemeldeter Forde-
rungen: Montag, den 5. November 1973,
9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad
Homburg v. d. H., Auf der Steinkaut 10
bis 12, I. Stock, Zimmer 105 (Saal I).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige
Sache besitzt oder zur Konkursmasse et-
was schuldet, darf nichts an den Schuld-
ner verabfolgen oder leisten und muß den
Besitz der Sache und die Forderungen, für
die er aus der Sache abgesonderte Bef-
riedigung verlangt, dem Verwalter bis
zum 15. September 1973 anzeigen.

638 Bad Homburg, 13. 8. 1973 Amtsgericht

2809

61 N 1/72: In dem Nachlaßkonkursver-
fahren des Dipl.-Braumeisters Adolf Her-
mann Röder, zuletzt Darmstadt, Lichten-
bergstr. 69, soll Schlußverteilung statt-
finden.

Das Verzeichnis der Gläubiger ist ge-
mäß § 151 KO auf der Geschäftsstelle des
Amtsgerichts Darmstadt — Az. 61 N 1/72 —
niedergelegt. Verfügbar sind rd. 2300,—
Deutsche Mark. Von den bevorrechtigten
Konkursforderungen i. H. v. rd. 4900,— DM
können nur die Forderungen nach § 61(2)
KO teilweise berücksichtigt werden,
während die sonstigen bevorrechtigten
Forderungen und alle übrigen Forderun-
gen ausfallen.

6100 Darmstadt, 15. 8. 1973

Der Konkursverwalter:
Dietz

2810

31 N 13/70 — Beschluss: In dem Kon-
kursverfahren über den Nachlaß des Horst
Stieme, zuletzt wohnhaft in Klein-Um-
stadt, wird die Vornahme der Schlußver-
teilung genehmigt und der Schlußtermin
auf Mittwoch, den 26. September 1973,
14.00 Uhr, vor dem hiesigen Gericht, Ma-
rienstraße 31, Zimmer 12, bestimmt. Der
Termin dient zur Abnahme der Schluß-
rechnung des Verwalters, zur Erhebung
von Einwendungen gegen das Schlußver-
zeichnis bei der Verteilung zu berücksich-
tigender Forderungen, zur Beschlussfas-
sung der Gläubiger über die nicht verwert-
baren Vermögensstücke und zur Anhörung

der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen. Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 39 675,60 DM, die ihm zu erstattenden Auslagen sind auf 3878,78 DM festgesetzt. 611 Dieburg, 13. 8. 1973
Amtsgericht

2811

81 N 285/72: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. 6. 1972 in Heusenstamm verstorbenen Karl Seifried, zuletzt wohnhaft Heusenstamm, Heinrich-v.-Stephan-Straße 46, alleinigen Inhabers der Firma Karl Seifried, 6 Frankfurt am Main, Bleichstraße 6, wird die Schlußverteilung genehmigt und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 9. Oktober 1973, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Für die Schlußverteilung stehen 14 542,59 DM zur Verfügung, wovon noch die Gerichtskosten abgehen. Die Konkursforderungen belaufen sich auf insgesamt 51 068,62 DM. Hiervon entfallen auf die bevorrechtigten Konkursgläubiger 12 533,05 Deutsche Mark.

6 Frankfurt am Main, 14. 8. 1973

Der Konkursverwalter:

Dr. Hans-Joachim Keller

2812

81 N 391 68 — **Beschluß:** Das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Paul Krüger Kommanditgesellschaft, Hoch-, Tief- und Straßenbau, 6 Frankfurt/Main, Beethovenstr. 35a, mit Niederlassung Ulm/Donau, Bleichstr. 7, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

Der Nachtragsverteilung vorbehalten bleiben die Ansprüche gegen Rawicki, Hintereder und Tauber, für die der Konkursverwalter legitimiert bleibt. Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses werden

a) die Vergütung, b) die Auslagen wie folgt festgesetzt:
W. Schultheis a) 2400,— DM; b) 98,25 DM,
H. Bräuner a) 750,— DM; b) 30,— DM,
Baum a) 750,— DM; b) 15,— DM.

6000 Frankfurt/Main, 14. 8. 1973

Amtsgericht

2813

81 N 332/73 — **Beschluß — Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag der Paverk Gesellschaft für Papierverarbeitung mit beschränkter Haftung, vertreten durch ihre Geschäftsführerin Frau Else Oppenheimer geb. Wiegandt, 6 Frankfurt/Main, Orberstraße 4, über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 15. August 1973, 9.30 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. H.-J. Keller, 6 Frankfurt/Main, Roßmarkt 23, Tel.: 28 49 24.

Konkursforderungen sind bis zum 20. September 1973 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 28. September 1973, 10.30 Uhr, Prüfungstermin am 26. Oktober 1973, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Ge-

richtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. September 1973 ist angeordnet.

6000 Frankfurt/Main, 15. 8. 1973

Amtsgericht, Abt. 81

2814

5 N 14/73 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen der Grünkorn-Vogel Grillbetriebe GmbH, Fulda, Karlstraße 18, vertreten durch die Geschäftsführer Karl Heinz Grünkorn, Fulda, Magdeburger Straße 13, und Reinhold Vogel, Dorfborn, Kreis Fulda, Hauptstr. 6 1/2, wird heute, am 13. August 1973, 12.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Diplom-Volkswirt Werner Heid, Fulda, Vor dem Peterstor 12/14. Konkursforderungen sind bis zum 27. 9. 1973 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 30. 8. 1973, 9.00 Uhr; Prüfungstermin: 25. 10. 1973, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Fulda, II. Stock, Zimmer 210. Offener Arrest mit Anzeigepflicht: 29. 8. 1973.

64 Fulda, 13. 8. 1973

Amtsgericht

2815

2 N 27/72: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Chemie-Ingenieurs Ferdinand Keller in 6349 Sinn, Fleisbacher Weg, ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin und Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Abstimmung über die Verwertung der Grundstücke auf Freitag, den 21. September 1973, 10.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Westerwaldstraße 16, Zimmer 20, anberaumt.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6348 Herborn, 16. 8. 1973

Amtsgericht

2816

N 472 — 13. 8. 1973: Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Leder- und Pelzveredlung Wörsdorf GmbH, 6271 Wörsdorf, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf 23. 10. 1973, 10.00 Uhr, Zimmer 15. Vergütung des Konkursverwalters 2000,— DM, Auslagen 300,— DM.

6270 Idstein, 13. 8. 1973

Amtsgericht

2817

1 N 10/68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Bernhard Lückhardt oHG, Straßen- und Tiefbau, 3436 Hess.-Lichtenau, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Hierfür stehen nach Auszahlung der bevorrechtigten Forderungen in Höhe von 38 836,08 DM noch 43 325,94 DM zur Verfügung. Die nicht bevorrechtigten Forderungen betragen 655 102,11 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle der Abteilung 1 des Amtsgerichts Witzenhausen niedergelegt.

3500 Kassel, 13. 8. 1973

Der Konkursverwalter
Dr. Linker

2818

50 N 22/70: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Dipl.-Ingenieurs Helmut Sobanek, 6944 Hemsbach, Brunhildenstraße 17, Alleininhaber der Fa. Erich Röhren, Bauunternehmung, Kassel,

Sandershäuser Straße 29—34, soll die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind 48 535,— DM. Zu berücksichtigen sind die festgestellten Forderungen der Rangklasse I in Höhe von 29 195,56 DM, der Rangklasse II in Höhe von 24 752,60 DM, der Rangklasse III in Höhe von 2 677,80 Deutsche Mark und der Rangklasse VI in Höhe von 486 912,78 DM.

Das Schlußverzeichnis ist in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Kassel, Abteilung 50, niedergelegt.

3500 Kassel, 17. 8. 1973

Der Konkursverwalter:
Merk
Rechtsanwalt

2819

7 N 36 68: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Rhein-Main-Kaffeerösterei GmbH, Offenbach (Main), Rathenaustr. 36, gesetzlich vertreten durch den alleinigen Geschäftsführer, den Kaufmann Ludwig Fey, wohnhaft in Offenbach (Main), Tulpenhofstr. 19, wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

605 Offenbach/M., 13. 8. 1973

Amtsgericht, Abt. 7

2820

7 N 49 68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Oberschelp Vertriebsgesellschaft mbH in Liquidation, Hausen, Kr. Offenbach, Peter-Anton-Straße 10, gesetzlich vertreten durch ihren Liquidator, den Kaufmann Rudolf Hähnel, 614 Bensheim, Schwanheimer Str. 97, wird Schlußtermin bestimmt auf

Donnerstag, den 20. September 1973, 9.15 Uhr, Zimmer 408 des Gerichtsgebäudes B, Offenbach/M., Kaiserstr. 18

Schlußrechnung und Schlußverzeichnis liegen auf der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsichtnahme offen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wurde auf 10 742,60 DM, die baren Auslagen wurden auf 1204,02 DM festgesetzt.

6050 Offenbach/M., 15. 8. 1973

Amtsgericht, Abt. 7

2821

3 N 14/73: Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fromme, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wetzlar, vertreten durch den Geschäftsführer Hans Georg Fromme, Wetzlar. Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und ggf. über die in §§ 132, 134 u. 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände wird bestimmt auf den 10. Oktober 1973, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Wetzlar, Wertherstraße 2, Saal 49.

6330 Wetzlar, 16. 8. 1973

Amtsgericht

2822

62 N 51/73 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über den Nachlaß der am 27. Juli 1972 verstorbenen, zuletzt in Wiesbaden-Sonnenberg, Graf-Gerlach-Straße 18a, wohnhaft gewesenen Hausfrau Magdalena Liebermann geb. Wenzel wird mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

6200 Wiesbaden, 10. 8. 1973

Amtsgericht

2823

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Leder- und Pelzveredlung Wörsdorf GmbH, Wörsdorf, hat das Amtsgericht Idstein Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 23. Oktober 1973, 10.00 Uhr, Zimmer 15 des Amtsgerichts Idstein

angesetzt. Zur Schlußverteilung stehen derzeit 3509,27 DM zur Verfügung, die sich noch um Verfahrenskosten verringern.

Nur die anerkannten Forderungen der Klasse I in Höhe von insgesamt 36 683,38 Deutsche Mark erhalten hiernach eine Quote und die Gläubiger der Klassen II und VI fallen aus.

Das Schlußverzeichnis liegt in der Geschäftsstelle des Konkursgerichts zur Einsicht.

6206 Wiesbaden, 16. 8. 1973

Der Konkursverwalter:

Dr. Stempel, Wiesbaden

2824

1 N 3/73 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Kauffrau Waltraud Marks in 3436 Hess.-Lichtenau, Königsberger Str. Nr. 43, ist heute, am 15. August 1973, 10.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Steuerrecht Rudolf Schieke in 341 Northeim, Bahnhofstr. 14.

Konkursforderungen sind bis zum 20. Oktober 1973 beim Gericht in zweifacher Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Gegenstände: 1. Oktober 1973, 9.30 Uhr und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 19. November 1973, 9.30 Uhr, jeweils im hiesigen Amtsgericht, Witzhausen, Walburger Str. 38, Zimmer 121.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 20. Oktober 1973.

343 Witzhausen, 16. 8. 1973 Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2825

K 10/73: Das im Grundbuch von Engelbach, Band 17, Blatt 644, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Engelbach, Flur 5, Flurstück 138, Hof- und Gebäudefläche, Größe 4,46 Ar, Grünland, Hauptstraße 54, Größe 11,00 Ar,

soll am 16. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf/Lahn, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. Mai

1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Johann Josef Zlamal in Urbar, Hauptstraße 93.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch Beschluß vom 20. Juli 1973 auf 6530,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 13. 8. 1973 Amtsgericht

2826

K 17/73: Das im Grundbuch von Weidenhausen, Band 11, Blatt 422 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Weidenhausen, Flur 15, Flurstück 30,

soll am 30. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstr. 72, Zimmer 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kauffrau Emmy Bärbel Verena Ott in Weidenhausen, geb. am 15. Juni 1945.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

356 Biedenkopf, 14. 8. 1973 Amtsgericht

2827

2 K 94/68: Die im Grundbuch von Altenstadt, Band 35, Blatt 1462, ideelle Hälfte des eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Altenstadt, Flur Nr. 19, Flurstück 53, Hof- und Gebäudefläche Amselweg 30, Größe 7,43 Ar,

soll am Montag, dem 12. November 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. Januar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mathilde Fedtke, geb. Krieg, Altenstadt/Hessen.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 47 500,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte Zwangsversteigerungen wird hingewiesen.

647 Büdingen, 13. 8. 1973 Amtsgericht

2828

8 K 28/73: Die im Grundbuch von Niederscheid, Band 29, Blatt 1061, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederscheid, Flur 2, Flurstück 131/70, Grünland, Im Eibach, Größe 7,97 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niederscheid, Flur 10, Flurstück 104, Ackerland, Das Feld, Größe 6,76 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Niederscheid, Flur 20, Flurstück 24, Ackerland, Hinten im Lepperstal, Größe 7,47 Ar,

lfd. Nr. 8, Gemarkung Niederscheid, Flur 8, Flurstück 62/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 46, Größe 6,25 Ar,

sollen am 17. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. Juni 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Werkmeister Heinrich Albert Buckard, Niederscheid.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 8. 8. 1973 Amtsgericht

2829

8 K 57, 62/71: Die im Grundbuch von Niederscheid, Band 29, Blatt 1057, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niederscheid, Flur 9, Flurstück 62/1, Hof- und Gebäudefläche, Dillgasse, Größe 0,04 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niederscheid, Flur 9, Flurstück 61/1, Hof- und Gebäudefläche, Dillgasse 5, Größe 0,05 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Niederscheid, Flur 9, Flurstück 61/3, Hof- und Gebäudefläche, Dillgasse 5, Größe 1,71 Ar,

sollen am 24. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. 11. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Schlosser Willi Hofmann und Ingeborg geb. Wagner, Niederscheid, zu je 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 9. 8. 1973 Amtsgericht

2830

8 K 62/72: Die im Grundbuch von Hirzenhain, Band 15, Blatt 595, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hirzenhain, Flur Nr. 12, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 64, Größe 1,41 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Hirzenhain, Flur Nr. 12, Flurstück 41, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße, Größe 0,80 Ar,

sollen am 24. Oktober 1973, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Januar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Heinrich Heppner in Wolzhäusen/Kreis Biedenkopf.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

lfd. Nr. 1: 1700,— DM
lfd. Nr. 17: 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 10. 8. 1973 Amtsgericht

2831

8 K 15/73: Die im Grundbuch von Langenaubach, Band 14, Blatt 540, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 67, Gemarkung Langenaubach, Flur 5, Flurst. 303/1, Bauplatz in der Eitelwiese, Größe 1,16 Ar,

lfd. Nr. 68, Gemarkung Langenaubach, Flur 5, Flurst. 303/2, Bauplatz in der Eitelwiese, Größe 1,13 Ar,

lfd. Nr. 69, Gemarkung Langenaubach, Flur 5, Flurst. 303/3, Bauplatz in der Eitelwiese, Größe 0,19 Ar,

lfd. Nr. 70, Gemarkung Langenaubach, Flur 5, Flurst. 303/4, Bauplatz in der Eitelwiese, Größe 4,05 Ar,

lfd. Nr. 71, Gemarkung Langenaubach, Flur 5, Flurst. 303/5, Bauplatz in der Eitelwiese, Größe 0,90 Ar,

sollen am 31. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Elfriede Stoidner, geb. Schneider, Langenaubach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

lfd. Nr. 67 1160,— DM
lfd. Nr. 68 1130,— DM
lfd. Nr. 69 190,— DM
lfd. Nr. 70 4050,— DM
lfd. Nr. 71 900,— DM

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 15. 8. 1973 Amtsgericht

2852

3 K 2 73: Die im Grundbuch von Vierbach, Band 17, Blatt 538, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wipperode, Flur Nr. 6, Flurstück 85, Hof- und Gebäudefläche, Die Brausmühle, Haus Nr. 78, Größe 2,05 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wipperode, Flur Nr. 6, Flurstück 84, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 6,11 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wipperode, Flur Nr. 6, Flurstück 27, Hutung, Auf dem Maintzenrain, Größe 12,58 Ar, sollen am 8. Dezember 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. Februar 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Karl-Heinz Kniese, Wehretal-Vierbach, Brausmühle.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 14. 8. 1973 Amtsgericht

2853

3 K 17 72 — 3 K 30 72: In der Veröffentlichung — StAnz. Nr. 32/1973 S. 1465, Nr. 2593 — muß es richtig heißen:

„lfd. Nr. 4, Gemarkung Netra, Flur 1, Flurstück 114, Hof- und Gebäudefläche, Ackerland, Im Winkel 2, Größe = 23,48 Ar“ (nicht 23,84 Ar).

344 Eschwege, 15. 8. 1973 Amtsgericht

2854

K 7/72: Die im Grundbuch von Weschnitz, Band 4, Blatt 103, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 13, Gartenland, Siegfriedstr. 17, Größe 4,00 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 14, Hof- und Gebäudefläche, Siegfriedstraße 17, Größe 9,56 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 15, Hofraum Siegfriedstraße 17, Größe 0,50 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 29, Ackerland (Obstb.) Schollacker, Größe 5,42 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 108, Ackerland am Berg, Größe 78,96 Ar, Grünland, Größe 6,00 Ar, Wiese, Größe 8,80 Ar, Hutung (Obstb.) Größe 7,20 Ar, Unland, Größe 3,20 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Weschnitz, Flur 1, Flurstück 109, Wald (Holzung) am Berg, Größe 42,30 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Weschnitz, Flur Nr. 2, Flurstück 34, Ackerland, Sengerts, Größe 47,28 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Weschnitz, Flur Nr. 2, Flurstück 38, Ackerland, Sengerts, Größe 61,70 Ar, Wald (Holzung), Größe 14,20 Ar, Unland, Größe 7,07 Ar,

lfd. Nr. 15, Gemarkung Hammelbach, Flur 11, Flurstück 57/1, Ackerland, im Eselstein, Größe 50,06 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 18. Oktober 1973, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Straße 15, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Februar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. a) Hoffmann, Hubert, Maurermeister in Bullau/Odw., b) Hoffmann, Lydia, geborene Frey, dessen Ehefrau, daselbst, in Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 15. März 1973 gem. § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

a) für Flur 1, Flurstück 13: 3 400,— DM,

- b) für Flur 1, Flurstück 14: 16 126,— DM,
 c) für Flur 1, Flurstück 15: 425,— DM,
 d) für Flur 1, Flurstück 29: 3 523,— DM,
 e) für Flur 1, Flurstück 108: 9 800,— DM,
 f) für Flur 1, Flurstück 109: 3 800,— DM,
 g) für Flur 2, Flurstück 34: 2 364,— DM,
 h) für Flur 2, Flurstück 38: 8 007,40 DM,
 i) für Flur 11, Flurstück 57/1: 5 006,— DM.

Bieter müssen u. U. im Termin $\frac{1}{10}$ des Bargebots als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte Zwangsvorsteigerungen wird hingewiesen.

6149 Fürth, 5. 7. 1973 Amtsgericht

2855

K 4 73: Die im Grundbuch von Wald-Michelbach, Band 48, Blatt 1691 eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 230/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Binzig, Größe 27,62 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 200/1, Grünland, Im hintersten Binzig, Größe 34,12 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wald-Michelbach, Flur 30, Flurstück 197, Grünland, Im hintersten Binzig, Größe 29,70 Ar, Unland, daselbst, Größe 2,22 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 8. November 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Str. 13, Zimmer 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Heinrich Reinhard, Kaufmann in Ludwigshafen/Rhein, b) dessen Ehefrau Ingrid Reinhard, geb. Gauweiler, daselbst, zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstücke ist durch Beschluß vom 15. 6. 1973 auf insgesamt 87 288 Deutsche Mark festgesetzt worden (§ 74a Abs. 5 ZVG).

Bieter müssen im Termin u. U. Sicherheit in Höhe $\frac{1}{10}$ des Bargebots hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 16. 7. 1973 Amtsgericht

2856

K 26 72: Die im Grundbuch von Siedelsbrunn, Band 5, Blatt 186, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Siedelsbrunn, Flur 1, Flurstück 48/1, Gartenland, Im Ort, Größe 10,12 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Siedelsbrunn, Flur 1, Flurstück 48 2, Gartenland, Im Ort, Größe 3,84 Ar,

lfd. Nr. 11, Gemarkung Siedelsbrunn, Flurstück 47/2, Hof- und Gebäudefläche, Wald-Michelbacher Str. 6, Größe 11,75 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Siedelsbrunn, Flurstück 45/11, Straße L 535, Wald-Michelbacher Str., Größe 0,02 Ar,

sollen am 22. November 1973, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude 6149 Fürth/Odw., Heppenheimer Str. 13, Zimmer 8 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. November 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Doris Weber, geb. König, Kauffrau in 6944 Hemsbach an der Bergstraße.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

- a) Fl. 1 Nr. 48/1: 50 600,— DM,
 b) Fl. 1 Nr. 48/2: 19 200,— DM,
 c) Flurstück Nr. 47/2: 446 000,— DM,
 d) Flurstück Nr. 45/11: 100,— DM.

Bieter müssen u. U. im Termin $\frac{1}{10}$ des Bargebotes als Sicherheit hinterlegen.

Auf die Sammelbekanntmachung am

Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth/Odw., 31. 7. 1973 Amtsgericht

2857

K 41/71 — Aufgebot: Das im Grundbuch von Burgjoss, Band 8, Blatt 320, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 2, Gemarkung Burgjoss, Flurstück 9/1, Hof- und Gebäudefläche, Zur Bretzel 3, Größe 20,96 Ar,

soll am Freitag, dem 9. November 1973, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. Juni und 25. August 1971 (Tage des Zwangsvorsteigerungsvermerks): Kaufmann Karl Müller und Eva Müller geb. Fuchs, beide in Burgjoss — je zu $\frac{1}{2}$ Anteil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 75 960,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 7. 8. 1973 Amtsgericht

2858

42 K 16 73 — Beschluß: Die im Grundbuch von Gießen, a) Band 397, Blatt 15 022, und b) Band 351, Blatt 13 661, eingetragenen Grundstücke

a) lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 2, Flurstück 165 2, Lieg.-B. 591, Hof- und Gebäudefläche, Asterweg 48, Größe 3,99 Ar, lfd. Nr. 2, Gemarkung Gießen, Flur 2, Flurstück 165 3, Lieg.-B. 591, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 2,42 Ar,

b) lfd. Nr. 1, Gemarkung Gießen, Flur 27, Flurstück 87, Lieg.-B. 1741, Hof- und Gebäudefläche, Wißmarer Weg 9, Größe 10,76 Ar,

sollen am 8. November 1973, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 205, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wilhelm Ernst Heinrich Euler, Maler und Weißbinder, geb. 27. Februar 1938, Gießen, Asterweg 48,

b) Gisela Euler, Hauswirtschaftsleiterin, geb. 3. September 1941, 5882 Meinertshagen (Sauerland), Auf der Freiheit 3 — in Erbgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 2. 8. 1973 Amtsgericht

2859

4 K 35 72: Die im Grundbuch von Dorchheim, Band 12, Blatt 445, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dorchheim, Flur Nr. 11, Flurstück 84, Gartenland, In der Bitz, Größe 10,91 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Dorchheim, Flur Nr. 11, Flurstück 85, Gartenland, In der Bitz, Größe 15,21 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Dorchheim, Flur Nr. 11, Flurstück 481/253, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 7, Größe 8,62 Ar,

sollen am 18. 10. 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gymnasiumstr. 8, Zimmer Nr. 7, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 1. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Ehefrau des Druckers Erwin Müller, Margot geb. Bill, geschiedene Erwes, Eschhofen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvorsteigerungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 10. 8. 1973 Amtsgericht

2840

2 K 2/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Udenhausen, Band 19, Blatt 573, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Udenhausen, Flur Nr. 7, Flurstück 139, Lieg.-B. 229, Hof- und Gebäudefläche, Wegelange, Größe 6,26 Ar, soll am 26. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Str. 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. Februar 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Monteur Erwin Fehling und Helga geb. Carrier in Udenhausen je zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 26. 6. 1973 **Amtsgericht**

2841

2 K 6/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Immenhausen, Band 44, Blatt 1404, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Immenhausen, Flur 7, Flurstück 199/2, Lieg.-B. 2478, Hof- und Gebäudefläche, Im kleinen Loh, Haus Nr. 2, Größe 15,23 Ar, soll am 26. Oktober 1973, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Zimmer 26, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Drogist Martin Schumbeck und Anneliese geb. Haase in Immenhausen zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 272 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

352 Hofgeismar, 26. 6. 1973 **Amtsgericht**

2842

5 K 38/71: Die im Grundbuch von Homberg, Kr. Alsfeld, Blatt 2001, eingetragenen Miteigentumshälften an den Grundstücken Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flst. 453/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 0,80 Ar = 20 400,— Deutsche Mark,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Flst. 458, Hofraum, Oberstraße 12, Größe 0,04 Ar = 20,— DM, sollen am Mittwoch, dem 10. Oktober 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kirchhain, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der zu versteigernden Grundstückshälften am 15. November 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Koch Venizelos Yanadakis in Homberg.

Der Wert der Grundstückshälften wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG wie oben angegeben festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain/Bez. Kassel, 9. 8. 1973 **Amtsgericht**

2843

7 K 52/71 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Groß-Rohrheim, Band 47, Blatt Nr. 2513, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Rohrheim, Flur 15, Flurstück 23, Ackerland, Am Selmlengraben, Größe 53,83 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Groß-Rohrheim, Flur 28, Flurstück 73, Ackerland, Die Haarswiesen, Größe 17,14 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 7. 11. 1973, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. 8. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Katharina Lautenbach in Groß-Rohrheim.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 16 028,50 Deutsche Mark. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 16. 7. 1973 **Amtsgericht**

2844

7 K 10/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lampertheim, Band 170, Blatt Nr. 7414, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, 15, 58/1000, Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Lampertheim, Flur 9, Flurstück 473/16, Hof- und Gebäudefläche, Daimlerstr. 2, Größe 57,84 Ar, verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung Nr. 117 im 11. Obergeschoß und Sondernutzung des Kellerraumes Nr. 117, soll am Mittwoch, dem 14. 11. 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Zimmer 10 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 4. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Herbert Diehlmann, Gärtner in Lampertheim, zu $\frac{1}{2}$, dessen Ehefrau Luise Margarete geb. Ehmer, daselbst, zu $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Wohnungseigentums an dem Grundstück wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 87 400,— DM. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 16. 7. 1973 **Amtsgericht**

2845

7 K 66/71: Das im Grundbuch von Biblis, Band 76, Blatt 4225, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biblis, Flur 3, Flurstück 10/2, Hof- und Gebäudefläche, Darmstädter Str. 86, Größe 15,48 Ar,

soll am Mittwoch, 24. 10. 1973, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 11. 10. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Berta Maria Otruba geb. Lass, Darmstadt, Liebigstraße 39.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 196 905,— Deutsche Mark. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 16. 7. 1973 **Amtsgericht**

2846

7 K 41/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Viernheim, Band 31, Blatt 2135, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Viernheim, Flur Nr. 14, Flurstück 73, Ackerland, Die Nachweide, Größe 18,65 Ar,

soll am Mittwoch, dem 31. 10. 1973, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 28. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anna Margareta Bauer in Viernheim.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 10. 8. 1973 **Amtsgericht**

2847

5 K 3, 16/73: Das im Grundbuch von Unter-Schmitten, AG-Bezirk Nidda, Band Nr. 23, Blatt 1224, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Unter-Schmitten, Flur 2, Flurstück 26/20, Hof- und Gebäudefläche, Höhenstraße 5, Größe 8,28 Ar,

soll am 15. November 1973, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Kaufmann Hans August Jung, Unter-Schmitten, zu $\frac{1}{2}$,

b) derselbe,

c) dessen Tochter Juliane Hanneli Jung, daselbst,

zu b) und c) in Erbengemeinschaft zu $\frac{1}{2}$. Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 221 560,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 14. 8. 1973 **Amtsgericht**

2848

K 29/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Altweilnau, Band 13, Blatt 431, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Altweilnau, Flur 2, Flurstück 192/4, Lieg.-B. 570, Hof- und Gebäudefläche, An der Hohl, Größe 12,91 Ar,

soll am Donnerstag, dem 18. Oktober 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Str. 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Der auf den 27. September 1973, 9.00 Uhr, anberaumte Termin wird aufgehoben.

Eingetragene Eigentümer am 8. November 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Witwe Leokadia Weyel geb. Stempin in Altweilnau und

b) Joachim Weyel in Altweilnau — geb. am 28. März 1953 —

— zu a) zu $\frac{5}{24}$ und zu b) zu $\frac{19}{24}$ Anteil —. Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 340 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

639 Usingen/Ts., 13. 8. 1973 **Amtsgericht**

2849

3 K 12/71: Das im Grundbuch von Cleeburg, Band 45, Blatt 1639, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Cleeburg, Flur 3, Flurstück 92, Hof- und Gebäudefläche, Untere Pforte 65, Größe 12,50 Ar,

soll am 24. Oktober 1973, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Saal 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 3. 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Graphiker Gerhard Eberhard, Cleeburg,

b) dessen Ehefrau Johanna, geb. Hofmann, daselbst,

c) Maria Eberhard, geb. Schepp, Bad Nauheim,

— zu je $\frac{1}{3}$ —.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 3. 5. 1971 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf 15 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

633 Wetzlar, 13. 8. 1973 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

2850

I. Nachtragshaushaltssatzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel für das Rechnungsjahr 1972

Gemäß § 117 Abs. 2 und 3 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25. 2. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird nachstehend die vom Verwaltungsrat des KGRZ Kassel am 25. 8. 1972 beschlossene I. Nachtragshaushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1972 öffentlich bekanntgemacht:

§ 1

Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes festgesetzt	
	DM	DM	gegenüber bisher	auf zunehm
	1	2	3	4
a) im ordentlichen Haushalt				
die Einnahmen	1 500,—	266 000,—	6 232 100,—	5 967 600,—
die Ausgaben	946 700,—	1 211 200,—	6 232 100,—	5 967 600,—
b) im außerordentlichen Haushalt				
die Einnahmen	—	—	—	—
die Ausgaben	—	—	—	—

§ 2

Kassenkredite werden nicht in Anspruch genommen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung von Ausgaben im außerordentlichen Haushaltsplan bestimmt sind,

wird auf 550 000 DM festgesetzt. Er soll nach dem Haushaltsplan für die Abrechnung der Neubaumaßnahme des KGRZ in der Knorrstraße 30 und 30 A verwendet werden.

gez. Dr. Branner

Vorsitzender des Verwaltungsrates

Die Hessische Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 12. März 1972 den I. Nachtragshaushaltsplan gemäß §§ 15 und 22 des Datenverarbeitungsgesetzes vom 18. 12. 1969 (GVBl. S. 304) genehmigt.

Der Nachtragshaushaltsplan wird vom 29. 8. 1973 bis 7. 9. 1973 während der Dienststunden im Geschäftszimmer des KGRZ Kassel, Knorrstraße 3, öffentlich ausgelegt.

35 Kassel, 16. 8. 1973

Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel
Der Direktor
gez. Koch

2851

Öffentliche Auslegung der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1973 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1974 des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel

Gemäß § 113 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25. 1. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 121) werden die Entwürfe der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1973 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1974 in der Zeit vom 29. August bis 7. September 1973 im Geschäftszimmer des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel, Knorrstraße 30, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

35 Kassel, 16. 8. 1973

Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel
Der Direktor
gez. Koch

2852

Öffentliche Ausschreibungen

Frankfurt/Main: Für die Herstellung eines Gußasphaltteppichbelages zwischen km 188,35 und km 196,00 der Richtungsfahrbahn Frankfurt/M.—Würzburg im Bereich der Autobahnmeisterei Offenbach.

Leistungen u. a.:

4 500 t	Gußasphalt
3 000 t	Asphaltbinder 0/11
15 000 qm	Asphaltbeton 0/8

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 24. 8. 1973 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder ob diese durch die Post zugeschickt werden sollen.

Der Beleg über die Einzahlung von 20,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Ffm. 6821, ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 27. 8. 1973 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 223, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 12. 9. 1973, 11.00 Uhr.

Für die Auftragserteilung kommen nur Firmen mit entsprechender fachlicher Bewährung, Leistungsfähigkeit und solche, die über die Fertiger neuester Bauart verfügen, in Frage.

6 Frankfurt/M., 14. 8. 1973

Autobahnamt Frankfurt (M.)

2853

Frankfurt/Main: Für die Herstellung eines Gußasphaltteppichbelages zwischen km 199,25 und km 204,58 der Richtungsfahrbahn Frankfurt/M.—Würzburg im Bereich der Autobahnmeisterei Offenbach.

Leistungen u. a.:

5 000 t	Gußasphalt
4 500 t	Asphaltbinder 0/11
17 000 qm	Asphaltbeton 0/8

Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 24. 8. 1973 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder ob diese durch die Post zugeschickt werden sollen.

Der Beleg über die Einzahlung von 22,— DM für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Ffm. 6821 ist beizufügen.

Für Selbstabholer werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 27. 8. 1973 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 223, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 13. 9. 1973, 10.00 Uhr.

Für die Auftragserteilung kommen nur Firmen mit entsprechender fachlicher Bewährung, Leistungsfähigkeit und solche, die über die Fertiger neuester Bauart verfügen, in Frage.

6 Frankfurt/Main, 14. 8. 1973

Autobahnamt Frankfurt (M.)

2854

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3145 in der OD Schwalmstadt-Stadtteil Treysa, Kreis Ziegenhain, zwischen km 0,073 und km 0,294, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 2200 cbm Erdarbeiten
- ca. 2000 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 3000 qm Tragschicht, Körnung 0/32, 290 kg/qm
- ca. 3000 qm Asphaltbinder, Körnung 0/16, 100 kg/qm
- ca. 3000 qm Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 157 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 28. 8. 1973 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Konto Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: am 11. September 1973, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

Zuschlags- und Bindefrist: 11. Oktober 1973.

6430 Bad Hersfeld, 10. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2855

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Neubau einer Straßenunterführung unter der Bundesbahnstrecke Frankfurt—Darmstadt im Zuge der Kreisstraßen 165/166, bei Wixhausen, Landkreis Darmstadt, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 32 000 cbm Erdaushub
- 400 lfd. m Vorflutkanal ϕ 350
- 3 000 qm Spundwände
- 9 000 cbm Stahlbeton B 300
- 2 000 cbm Magerbeton B 160
- 450 t Betonstahl III b
- 3 000 qm 4lagige Isolierung gegen Druckwasser AIB
- 4 500 qm Mastixisolierung
- 4 500 qm Kunststoffimprägnierung
- 3 000 qm Gußasphalt 3,5 cm
- 3 000 qm Asphaltbeton 3,5 cm und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 530 Werktage (ca. 20 Monate).

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 31. 8. 1973 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 40,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Unterführungsbauwerk K 165/166 Wixhausen.“

Eröffnung: Dienstag, den 2. Oktober 1973, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

61 Darmstadt, 16. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2856

Darmstadt: Deckenverstärkung im Zuge der L 3317 zwischen Messel und Offenthal (km 11,000 bis km 12,668) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 3 400 lfd. m Fahrbahnträger freilegen
- 400 t Steinerde
- 250 t Asphaltbinder
- 10 000 qm Asphaltbeton und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 20 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 3. 9. 1973 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3317, Messel—Offenthal“.

Eröffnung: Freitag, den 14. 9. 1973, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 16. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2857

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen zur Beseitigung von Frostschäden auf der L 3233 zwischen Ludwigsau, OT Ersrode und Ludwigseck, Kreis Hersfeld-Rotenburg, km 14,768 und km 15,050, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 4800 cbm Erdarbeiten
- ca. 1000 cbm Frostschutzmaterial
- ca. 2300 qm Tragschicht, Körnung 0/32, 290 kg/qm
- ca. 2200 qm Asphaltbinder, Körnung 0/16, 100 kg/qm
- ca. 2200 qm Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 65 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 29. 8. 1973 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Konto Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 12. September 1973 im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

Zuschlags- und Bindefrist: 12. Oktober 1973.

643 Bad Hersfeld, 14. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2858

Darmstadt: Die Bauleistungen für Deckenverstärkungen im Zuge der Landesstraße 3303 zwischen L 3097 und Pfungstadt, von km 8,881 bis km 6,205, und zwischen Pfungstadt und Bickenbach, von km 4,660 bis km 3,430, und von km 2,000 bis km 0,500, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 10 000 lfd. m Fahrbahnträger freimachen
- 800 t Steinerde
- 800 t Asphaltbinder 0/11
- 36 000 qm Asphaltbeton und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 30 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 8. 1973 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3303, Pfungstadt-Bickenbach“.

Eröffnung: Freitag, den 7. 9. 1973, 10.15 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 13. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2859

Darmstadt: Deckenverstärkung im Zuge der Landesstraße 3115 zwischen Schaaflheim und Landesgrenze, von km 31,000—km 32,567 und zwischen Kleestadt und Richen (km 25,530 bis km 22,100) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 8 000 lfd. m Fahrbahnträger freilegen
- 800 t Steinerde liefern
- 600 t Asphaltbinder 0/11
- 26 000 qm Asphaltbeton und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 30 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 8. 1973 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigelegt. Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3115 Schaaflheim und Kleestadt—Richen“.

Eröffnung: Mittwoch, den 12. 9. 1973, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 15. 8. 1973 Hessisches Straßenbauamt

2860

Darmstadt: Die Bauleistungen zur Deckenverbesserung im Zuge der Landesstraße 3117 zwischen Gravenbruch und Wildhof (km 2.000 bis km 4,252) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

4 500 lfd. m	Fahrbahnränder freilegen
100 t	Steinerde liefern
600 t	Asphaltbinder 0/22
100 t	Asphaltbinder 0/10
23 000 qm	Asphaltbeton
	und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 30 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 8. 1973 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 6,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beigefügt. Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 355 99-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen L 3117 Gravenbruch—Wildhof“.

Eröffnung: Freitag, den 7. 9. 1973, 10.00 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

6100 Darmstadt, 13. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2861

Frankfurt/Main. Die Bauleistungen für Beton-, Abdichtungs- und Deckenbauarbeiten für die Erneuerung der Fahrbahndecken, Mittelstreifen und Gehwege der Talbrücke Eichhorst, in km 340,5 der BAB Kirchheim—Eisenach (A 23) bei Bad Hersfeld, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

3600 qm	Betonfahrbahndecke abbrechen 20 cm
5000 qm	Mastix-Abdichtung
3400 qm	Gußasphalt 3,5 cm
3400 qm	Asphalttragschicht 11 cm
3400 qm	Feinbinder 4 cm
3400 qm	Asphaltfeinbeton 3,5 cm
390 cbm	Stahlbeton B 400
95 cbm	B 225
14 t	Stahl IV

Bauzeit: 220 Werktage, 50 Schlechtwettertage eingerechnet.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. August 1973 schriftlich anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM (ohne MWSt.), die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.), 6821, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Fahrbahn-Erneuerung Talbrücke Eichhorst, km 340,05 (A 23)“.

Für Selbstabholer werden bestellte Ausschreibungsunterlagen am 4. September 1973, in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr, beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Abtlg. Brückenbau, Steinweg, Zimmer 49, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 19. September, 10.30 Uhr, im Zimmer 421.

Zuschlags- und Bindefrist: 9. Oktober 1973.

Voraussichtlicher Baubeginn: Oktober 1973.

6 Frankfurt (M.), 15. 8. 1973

Autobahnamt Frankfurt (M.)

2862

Frankfurt: Die Bauleistungen für Beton-, Abdichtungs- und Deckenbauarbeiten für die Erneuerung der Fahrbahndecken, Mittelstreifen und Gehwege der Talbrücke Großer Kessel in km 347,0 der BAB Kirchheim—Eisenach (A 23) bei Bad Hersfeld, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

3100 qm	Betonfahrbahndecke abbrechen 20 cm
4500 qm	Mastix-Isolierung
3100 qm	Gußasphalt 3,5 cm
3100 qm	Asphalttragschicht 11 cm
3100 qm	Feinbinder 4 cm
3100 qm	Asphaltfeinbeton 3,5 cm
370 cbm	Stahlbeton B 400
90 cbm	B 225
16 t	Stahl IV

Bauzeit: 220 Werktage, 50 Schlechtwettertage eingerechnet.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 29. August 1973 schriftlich anzufordern

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM (ohne MWSt.), die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt/M., Postscheckkonto Frankfurt/M. 6821 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Fahrbahnerneuerung Talbrücke Großer Kessel, km 347,0 (A 23)“.

Für Selbstabholer werden bestellte Ausschreibungsunterlagen am 4. September 1973 in der Zeit von 9.00 bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt/M., Abtl. Brückenbau, Steinweg 9, Zimmer 49, ausgegeben.

Eröffnungstermin: 19. September 1973, 10.00 Uhr, Zimmer 421.

Zuschlags- und Bindefrist: 9. Oktober 1973. Voraussichtlicher

Baubeginn: Oktober 1973.

6000 Frankfurt/M., 15. 8. 1973

Autobahnamt Frankfurt/M.

2863

Fulda. Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur im Zuge der L 3174 zwischen Hofbieber und dem OT Schwarzbach, im 15,648—19,851 = 4203 m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

rd. 12 000 cbm	Erdbewegung
rd. 3 450 t	Basaltmaterial d. K. 0/11 mm als Sauberkeitsschicht
rd. 16 000 t	Basaltmaterial d. K. 0/56 mm als Frostschuttschicht
rd. 9 000 t	Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm, bis 13 cm dick
rd. 27 000 qm	Teerasphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4 cm dick sowie sonstige Nebenarbeiten.

Die Bauarbeiten sollen Ende September 1973 begonnen werden und sind bis zum 31. Oktober 1974 zu beenden.

Die Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung, gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 40,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto 6753, mit obiger Angabe einzuzahlen. Die Quittung ist vorzulegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Mittwoch, dem 12. Sept. 1973, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 10. Oktober 1973, 24.00 Uhr.

64 Fulda, 16. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2864

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Beseitigung von Fahrbahnschäden im Zuge der L 3017 von km 0,555 bis km 1,300 in der OD Bremthal sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

ca. 100 cbm	Boden der Bodenkl. 2.23—2.27 lösen, laden und abfahren
ca. 60 cbm	Frostschutz (Hartgestein 0/45 mm) liefern und einbauen
ca. 150 qm	bit. Tragschicht 0/32 mm ca. 9 cm dick mit 225 kg/qm liefern und einbauen
ca. 400 t	Asphaltbinder 0/11 und 0/16 mm liefern und einbauen
ca. 4600 qm	Asphaltbetondecke 0/11 mm ca. 4 cm dick mit 100 kg/qm liefern und einbauen.

Bauzeit: 30 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 8. 1973 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Beseitigung von Fahrbahnschäden auf der L 3017 OD Bremthal“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 30. 8. 1973, 10.30 Uhr.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 14. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2865

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Ausbau der B 84 zwischen Hünfeld und Rasdorf;

Los I

OD Hünfeld, km 101,918—102,868 = 950 m

Los II

zwischen Hünfeld und Einmündung der K 61, km 102,868 — 104,359 = 1491 m

Los III

wischen Neuwirtshaus und Rasdorf, km 109,690—112,165 = 2475 m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- | | |
|----------------|--|
| rd. 35 000 cbm | Erdbewegung |
| rd. 2 000 t | Basaltmaterial d. K. 0/11 mm als Sauberkeitsschicht |
| rd. 12 000 t | Basaltmaterial d. K. 0/56 mm als Frostschutzschicht |
| rd. 12 500 t | Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm |
| rd. 37 500 qm | Teerasphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4,0 cm dick |
| rd. 3 800 qm | Gehwegfläche herstellen und sonstige Arbeiten, wie Verlegen von Rohrleitungen, Versetzen von Mauern und Zäunen, Fällen von Bäumen usw. |

Die Bauarbeiten des Loses I sollen im Frühjahr 1974 und die der Lose II und III Ende September 1973 begonnen werden. Der Fertigstellungstermin für alle Arbeiten wird auf den 31. Oktober 1974 festgesetzt.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 50,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PschKto. Ffm. 6753 mit der Angabe — Ausbau der B 84 zwischen Hünfeld und Rasdorf, Los I— III — einzuzahlen. Bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen ist die Einzahlung durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 11. September 1973, 11.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Schillerstraße 8, statt.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 15. November 1973, 24.00 Uhr.

6400 Fulda, 16. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2866

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Beseitigung von Fahrbahnschäden L 3368 in der OD Hofheim, Stadtteil Langenhain, von km 5,100 bis km 5,600, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- | | |
|-------------|--|
| ca. 500 cbm | Boden der Bodenkl. 2.23—2.27 lösen, laden und abfahren |
| ca. 350 cbm | Frostschutz (Hartgestein 0/45 mm) liefern und einbauen |
| ca. 850 qm | bit. Tragschicht 0/32 mm ca. 9 cm dick mit 225 kg/qm liefern und einbauen |
| ca. 120 t | bit. Mischgut 0/32 mm liefern und einbauen |
| ca. 250 t | Asphaltbinder 0/16 mm und 0/11 mm liefern und einbauen |
| ca. 3900 qm | Asphaltbinderschicht 0/16 mm ca. 3,5 cm dick mit 85 kg/qm liefern und einbauen |
| ca. 3900 qm | Asphaltbetondecke 0/11 mm ca. 4 cm dick mit 100 kg/qm liefern und einbauen. |

Bauzeit: 30 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 8. 1973 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 13,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Beseitigung von Fahrbahnschäden auf der L 3368 in der OD Hofheim, Stadtteil Langenhain“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 30. 8. 1973, 11.30 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 14. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

Spezial-Kredite für Beamte u. Angestellte ö. D.

ohne Bürgschaft - steuerbegünstigt - jede Ablösung möglich

Langfristig: bis DM 90 000,— / Laufzeit bis 20 Jahre
tilgungsfrei, Rückzahlung erfolgt durch
Tilgungs-Versicherung 2:1 oder 1:1.

Mittelfristig: bis DM 50 000,— / Laufzeit bis 10 Jahre
normale Tilgung, ohne Lebensversicherung

H. Neuendorf Finanz KG · 77 Singen/Hohentwiel
Ekkehardstraße 10 / Telefon (0 77 31) 6 42 36

2867

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Deckenerneuerung der L 3039 zwischen Wiesbaden-Igstadt und Breckenheim, von Str.-km 7,350 bis 8,750, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- | | |
|---------|---|
| 1100 t | Mischgut 0/32 mm einbauen |
| 6500 qm | Asphaltbinderschicht 0/16 mm, ca. 4 cm dick |
| 6500 qm | Asphaltbetonschicht 0/11 mm, ca. 4 cm dick |
| 100 t | Asphaltbinder 0/16 mm einbauen. |

Bauzeit: 15 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 10. 9. 1973 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 10,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Deckenerneuerung der L 3039 zw. Wbn.-Igstadt und Breckenheim“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. 8. 1973, in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 46.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 12. 9. 1973, 10.30 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 16. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2868

Wiesbaden: Die Arbeiten für die Deckenerneuerung der L 3031 zwischen Beuerbach und Camberg/Bauamtsgrenze von Str.-km 4,070—5,050, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- | | |
|---------|---|
| 600 cbm | Boden 2.22—2.27 lösen und laden |
| 200 cbm | Boden 2.24—2.26 liefern und einbauen |
| 560 m | Straßengraben regulieren |
| 100 m | Straßengraben herstellen |
| 600 cbm | Frostschutzmaterial 0/32 mm |
| 1750 t | bituminöses Mischgut einbauen |
| 6000 qm | Asphaltbinderschicht 0/16 mm, ca. 4 cm dick |
| 6000 qm | Asphaltbetonschicht 0/11 mm, ca. 4 cm dick |
| 100 t | Asphaltbinder 0/16 mm einbauen |
| 320 m | Flachbordsteine F 10 liefern und versetzen |

Bauzeit: 40 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 10. 9. 1973 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 15,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheck-Konto: Frankfurt/M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Deckenerneuerung L 3031 Beuerbach—Camberg“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. 8. 1973, in der Zeit von 9.00 bis 15.30 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 46.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 12. 9. 1973, 11.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 16. 8. 1973

Hessisches Straßenbauamt

2869

Königstein im Taunus

Bei der Stadtverwaltung Königstein im Taunus ist zum 1. 10. 1973 die Stelle eines

JUGENDPFLEGER

zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach IV b BAT.

Außer den besoldungsrechtlichen bzw. tarifvertraglichen Dienstbezügen gewährt die Stadt Königstein im Taunus Sondervergünstigungen wie Aufnahme in die Zusatzversorgungskasse, Beihilfen in Krankheitsfällen und Urlaubsgeld. Umzugskostenvergütung und Trennungsgeldentschädigung wird nach den beamtenrechtlichen Grundsätzen gewährt. Bei der Beschaffung einer Wohnung ist die Stadt Königstein im Taunus behilflich.

Gesucht wird eine jüngere dynamische Fachkraft — Sozialarbeiter, Sozialpädagoge (oder gleichwertig). Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere die Mitarbeit in einem selbstverwaltetem Jugendzentrum (Eröffnung IV. Quartal 1973), die Erarbeitung eines Stadtjugendplanes, internationalen Jugendaustausch, Ferienspiele, Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring sowie allgemeine Jugendpflegearbeiten.

Königstein im Taunus (16 000 Einwohner, sämtliche Schulen, heil-klimatischer Kurort) liegt in der Nähe von Frankfurt am Main.

Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, handgeschriebener Lebenslauf, Zeugnisse) richten Sie bitte an den

Magistrat der Stadt Königstein im Taunus
— Personalamt —
6240 Königstein im Taunus, Hauptstr. 15

oder rufen Sie uns unter Nr. (06174) 2 02-2 27

2870

Die Gemeinde Oberaula

staatlich anerkannter Luftkurort, im Landkreis Ziegenhain beabsichtigt zum 1. Januar 1974 einen jüngeren Beamten des mittleren oder gehobenen Dienstes oder einen jüngeren Verwaltungsangestellten als

BÜROLEITER

einzustellen. — Die abgelegte 1. Verwaltungsprüfung ist Voraussetzung, die 2. Verwaltungsprüfung ist erwünscht. Die Einstufung in die Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe erfolgt nach den abgelegten Prüfungen und der Tätigkeit. Vorrücken bis zur Bes.-Gr. A 10 bzw. BAT IVb ist möglich.

Die Gemeinde Oberaula wird nach Abschluß der Gebietsreform ca. 3400 Einwohner haben.

Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, begl. Zeugnisabschriften oder Fotokopien und Nachweis der bisherigen Tätigkeit werden bis zum 17. September 1973, 17.00 Uhr, erbeten an den

Gemeindevorstand
6435 Oberaula

2871

Bei dem Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden

ist die Stelle eines

**Technischen Inspektors /
Technischen Oberinspektors**

Bes.-Gr. A 9/A 10 HBesG

zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Die Bewerber sollen Kenntnisse und Erfahrungen auf den Gebieten des Kraftfahrzeug-, Waffen-, Fernmelde- und Gerätewesens besitzen.

Angestellte mit den gleichen Befähigungen können sich ebenfalls bewerben. Die Eingruppierung erfolgt in die Vergütungsgruppe Vb BAT; Höhergruppierung nach Vergütungsgruppe IVb BAT ist bei Vorliegen der tarifrechtlichen Voraussetzungen möglich.

Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Unterlagen über den bisherigen beruflichen Werdegang werden bis zum 10. September 1973 erbeten an das

Hessische Landeskriminalamt
62 Wiesbaden
Friedrich-Ebert-Allee 12.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

2872

Bei der Stadt Michelstadt

ist die Stelle eines

Fremdenverkehrssachbearbeiters

zu besetzen. Die Vergütung richtet sich nach dem BAT, die Besoldung nach der HBO, sofern es sich bei dem Bewerber um einen Beamten handelt.

Erwünscht ist ein Mitarbeiter, der über eingehende Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Fremdenverkehrssektor verfügt.

Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften sind zu richten an den Magistrat der Stadt Michelstadt, 612 Michelstadt, Marktplatz 1

Michelstadt hat 14 000 Einwohner, nennt sich „Herz des Odenwaldes“ und ist einschl. seiner Stadtteile Vielbrunn und Weiten Gesäß staatlich anerkannter Luftkurort.

Magistrat der Stadt
Michelstadt

ANZEIGEN-ANNAHMESCHLUSS:

jeweils montags, 7 Tage vor Erscheinen

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 18,80 (einschließlich 5 1/2% = 0,98 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Post-scheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 806. Druck: Pressehaus Geisel Nachf. 62 Wiesbaden Anzeigenannahme und Ver-

trieb Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden Wilhelmstraße 11, Telefon Sa.-Nr. 196 71, Fernschreiber 04 186 648. Preis von Einzelstücken bis 32 Seiten Umfang DM 1,90, bis 40 Seiten DM 1,90, bis 48 Seiten DM 4,50 über 48 Seiten DM 5,00. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 1/4 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 10 vom 1. 6. 1973. Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.